

**Schweizerische  
Nationalbank  
1975**



**68. Geschäftsbericht  
der Schweizerischen Nationalbank  
1975**



# Inhaltsverzeichnis

Bericht des Direktoriums über die Tätigkeit der Schweizerischen Nationalbank im Jahre 1975	
A. Zur Politik der Nationalbank im Jahre 1975	
Die Probleme der Notenbankpolitik im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung . . . . .	5
Geldmengenpolitik . . . . .	8
Wechselkurspolitik . . . . .	10
Zins- und Kapitalmarktpolitik . . . . .	13
B. Entwicklung der Weltwirtschaft	
Internationale Konjunkturerwicklung . . . . .	16
Entwicklung der internationalen Währungsverhältnisse . . . . .	19
Markanter Umschwung in der Entwicklung der Ertragsbilanzen . . . . .	19
Probleme der Defizitfinanzierung . . . . .	21
Das Geschehen an den Devisenmärkten . . . . .	22
Währungsreformgespräche im Rahmen des IWF . . . . .	24
C. Entwicklung der schweizerischen Wirtschaft	
Konjunkturverlauf . . . . .	27
Beschäftigungslage und Arbeitsmarkt . . . . .	28
Entwicklung der industriellen Produktion . . . . .	29
Bautätigkeit . . . . .	30
Aussenhandel . . . . .	31
Privater Konsum . . . . .	33
Fremdenverkehr . . . . .	33
Preis- und Lohnentwicklung . . . . .	34
Landwirtschaft . . . . .	35
Bundesfinanzen . . . . .	35
Entwicklung der inländischen Geld-, Kredit- und Kapitalversorgung . . . . .	36
Die Entwicklung der Geldversorgung . . . . .	36
Die Entwicklung der Geldmarktverhältnisse im Jahresablauf . . . . .	40
Die Entwicklung der inländischen Kreditstätigkeit und der Bankbilanzen . . . . .	44
Entwicklungstendenzen am inländischen Kapitalmarkt . . . . .	47
Die Entwicklung der Zinssätze . . . . .	51
Entwicklung der Währungsbeziehungen mit dem Ausland . . . . .	55
Devisenmarkt und Wechselkursentwicklung . . . . .	55

Entwicklung der Auslandverflechtung der schweizerischen Banken . . . . .	58
Entwicklung des bewilligungspflichtigen Kapitalexports . . . . .	58
Geld-, währungs- und konjunkturpolitische Massnahmen im Jahre 1975 . . . . .	60
D. Bankbehörden, Direktorium und Direktion . . . . .	66
Jahresrechnung	
Allgemeine Erläuterungen . . . . .	71
Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1975 . . . . .	74
Jahresschlussbilanz vom 31. Dezember 1975 . . . . .	76
Erläuterungen zur Jahresrechnung	
Aktiven der Bilanz . . . . .	78
Passiven der Bilanz . . . . .	82
Dienstleistungen für den Bund . . . . .	88
Gewinnverteilung . . . . .	90
Anträge . . . . .	90
Bericht der Revisionskommission . . . . .	93
Beilagen	
Nr. 1 Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise . . . . .	98
Nr. 2 Gliederung des Notenumlaufs nach Abschnitten . . . . .	100
Nr. 3 Geschäftsverkehr der einzelnen Bankstellen . . . . .	102
Nr. 4 Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank	
Tabelle I: Bestände am Jahresende . . . . .	104
Tabelle II: Jahresdurchschnitte . . . . .	108
Tabelle III: Umsätze . . . . .	112
Tabelle IV: Geschäftsergebnisse . . . . .	116
Nr. 5 Graphische Darstellung	
Schweizerische Nationalbank 1970–1975 . . . . .	120
Nr. 6 Diskontosatz und Lombardzinsfuss seit Eröffnung der Bank . . . . .	121
Nr. 7 Verzeichnis der Mitglieder der Bankbehörden und der Bankorgane . . . . .	122

# **Bericht des Direktoriums über die Tätigkeit der Schweizerischen Nationalbank im Jahre 1975**

## **A. Zur Politik der Nationalbank im Jahre 1975**

### **Die Probleme der Notenbankpolitik im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung**

In der ersten Hälfte des Berichtsjahres verstärkte sich in unserem Lande die Tendenz eines Umschwunges in der Bauwirtschaft, die sich in der zweiten Jahreshälfte 1974 abgezeichnet hatte, und einer spürbaren Abschwächung der Auftragseingänge der Exportwirtschaft, die gegen Ende 1974 sichtbar geworden war. Die kräftige Aufwärtsbewegung des Frankens, die insbesondere im Spätherbst 1974 eingesetzt hatte, wirkte sich zusammen mit dem rezessionsbedingten Nachfragerückgang im Ausland in weiten Bereichen der Exportindustrie nachteilig aus. Sie gefährdete die internationale Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft. Besonders betroffen wurden von dieser Entwicklung konsumnahe Bereiche, wie die Uhren-, die Textil-, die Bekleidungs- und die Schuhindustrie. Ihnen bereiteten neben der Höherbewertung des Frankens insbesondere auch die grossen Kursschwankungen und die sich daraus ergebende Unsicherheit während der ersten Monate des Jahres Schwierigkeiten. Die starken Kursfluktuationen erschwerten nicht nur die in diesen Branchen übliche Bemusterung und Offertstellung, sondern bewirkten auch verzögerte Zahlungseingänge, weil ausländische Kunden in Erwartung günstigerer Frankenkurse mit den Zahlungen zurückhielten, wodurch sich die Liquiditätsverhältnisse bei schweizerischen Exportfirmen verschlechterten.

In der zweiten Jahreshälfte begann sich die Lage in der Exportwirtschaft etwas zu entspannen. Die Auftriebstendenzen des Schweizerfrankenkurses liessen nach. Gegenüber dem US-Dollar sowie einigen weiteren Währungen schwächte der Franken sich sogar leicht ab. Vor allem aber verminderten sich die Ausschläge der Kursschwankungen. Die Mässigung des Kosten- und Preisauftriebs schritt wesentlich rascher und kräftiger voran als im Ausland und erleichterte die Anpassung an die veränderten Wechselkursverhältnisse. Die enge und verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern beim Übergang zu Kurzarbeit, bei unvermeidlich gewordenen Verminderungen des Arbeitskräftebestandes wie auch insbesondere bei der Gestaltung der Lohn- und Gehaltsabkommen trug massgeblich zu dieser positiven Entwicklung bei. Die erschwerten Absatzverhältnisse gaben sodann Anlass zu erhöhten Anstrengungen, um einerseits die Produktion zu rationalisieren und das Produkteangebot zu straffen und zu verbessern und andererseits um neue Märkte und Absatzgebiete, insbesondere in den erdölproduzierenden Ländern sowie in Osteuropa, zu erschliessen. Diese Bemühungen blieben nicht ohne Erfolg.

Der Rückgang der Auslandnachfrage, der die exportorientierte Industrie traf, er-

fasste die gleichfalls stark auslandabhängigen Dienstleistungsbereiche wie Fremdenverkehr und Versicherungsbranche in geringerem Masse oder, wie im Falle des Bankgewerbes, überhaupt nicht. Dagegen wurde er im binnenwirtschaftlichen Bereich von einem ungewöhnlich scharfen Konjunkturinbruch in der Bauwirtschaft und den eng mit ihr verbundenen Wirtschaftszweigen begleitet. Nach einer übersetzten Wohnungsproduktion in den vorangegangenen Jahren hatte sich, erstmals in der Nachkriegszeit, bereits 1974 eine deutliche Sättigung des Wohnungsmarktes abgezeichnet. Das Überangebot an Wohnungen wurde im Berichtsjahr durch den erheblichen Rückgang der Zahl ausländischer Arbeitskräfte noch verstärkt. Bau- und Ausrüstungsinvestitionen von Industrie und Gewerbe gingen im Zusammenhang mit der Rezession in der übrigen Wirtschaft ebenfalls stark zurück. Dies schlug sich zusammen mit den stark verminderten Energie-, Rohwaren- und Halbfabrikatebezügen aus dem Ausland in einem drastischen Rückgang der Wareneinfuhr nieder. Das traditionelle Defizit in der Handelsbilanz schrumpfte, und da auch die Nettoeinnahmen im Dienstleistungsverkehr leicht zunahmen, schloss die Ertragsbilanz mit einem ungewöhnlich hohen Einnahmenüberschuss.

Die Abschwächung der Bautätigkeit erfasste zwangsläufig auch die auf die Ausrüstung des Baugewerbes oder die Einrichtung der Bauten ausgerichteten Industrie- und Gewerbebranche. Die rückläufige Entwicklung in diesen Bereichen dauerte bis zum Jahresende an. Das Bauvolumen nahm gegenüber dem Vorjahr um rund 40 % ab, weshalb sich die Frage stellte, ob der in Gang gekommene Prozess einer «Redimensionierung» des Baugewerbes und seiner Nebenzweige nicht zu weit gehe und demzufolge Baukapazität vernichtet werde, die für die Aufrechterhaltung einer angemessenen Entwicklung auf längere Sicht erforderlich wäre.

Unter den gegebenen Verhältnissen konnte eine gewisse Stützung der Bautätigkeit nur von der öffentlichen Hand ausgehen. Der Bund beschloss daher um die Jahresmitte ein konjunkturpolitisch begründetes Investitionsprogramm. Dieses sah vor, durch Mehrausgaben des Bundes in der Höhe von rund 460 Mio Franken zusätzliche Aufwendungen für Bauten und Ausrüstungen im Gesamtbetrag von 1,1 Mrd Franken auszulösen. Ein weiteres Zusatzbudget in der Höhe von 600 Mio Franken, das im Endeffekt ebenfalls eine Auftragsvergabe im Gesamtbetrag von etwa 1,1 Mrd Franken bewirken soll, wurde von den eidgenössischen Räten am Jahresende verabschiedet. Im weiteren setzten auch verschiedene Kantone, vom Bund hiezu ermuntert, zusätzliche Aufwendungen im Investitionsbereich fest. Aktiv gefördert wurde im Interesse des Baugewerbes und seiner Nebenzweige insbesondere die Renovation von Altbauten.

Die zusätzliche Belastung der öffentlichen Hand mit konjunkturpolitisch bedingten Ausgaben verschärfte die bereits angespannte Finanzlage des öffentlichen Sektors, insbesondere jene des Bundes. Die Rezession deckte auch hier Schwächen auf, die im



Laufe der vergangenen Jahre durch die rasche Expansion und die hohe Inflation verdeckt worden waren. Die Entwicklung im Berichtsjahr zeigte namentlich mit aller Deutlichkeit, dass dem Bund in den letzten Jahren Aufgaben und damit Ausgaben überbürdet worden waren, für deren Deckung keine angemessenen Einnahmen bereitstanden. Der Bund war deshalb gezwungen, seine Liquiditätsreserven aufzuzehren, und sah sich seit 1973 mit einem jährlich ansteigenden Tresorieredefizit konfrontiert.

Die dargelegten Schwierigkeiten der Wirtschaft wie auch der öffentlichen Hand stellten die Notenbank bei der Gestaltung ihrer Politik vor grosse und teilweise neuartige Probleme. Einerseits galt es, die Anstrengungen zur Verringerung der Teuerung fortzuführen, um die von der Preisinflation ausgehenden sozialen Schäden einzudämmen und die internationale Wettbewerbsposition von der Kostenseite her zu erleichtern. Andererseits musste aber auch darauf Bedacht genommen werden, eine Geld-, Kredit- und Kapitalversorgung der Wirtschaft sicherzustellen, welche die rezessiven Tendenzen von der monetären Seite her nicht förderte, sondern einer normalen Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivität den nötigen finanziellen Spielraum gewährte. In diesem Zusammenhang war von Bedeutung, die Leistungsfähigkeit des Kapitalmarktes aufrechtzuerhalten. Denn nur so war es möglich, die Finanzierung der wachsenden Verschuldung des Bundes und zugleich eines zusätzlichen Konjunkturbudgets für die Rezessionsbekämpfung auf inflationsfreiem Wege zu gewährleisten und überdies, vor allem in der zweiten Hälfte des Jahres, eine allmähliche Senkung der Zinssätze und damit eines für die Binnen- wie für die Exportwirtschaft bedeutsamen Kostenelementes zu erreichen. Sehr grosses Gewicht kam im weiteren der Aufgabe zu, den anhaltenden Auftriebstendenzen des Frankenkurses und der daraus resultierenden Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Aussenwirtschaft entgegenzutreten, störende Kursschwankungen aufzufangen und auf eine möglichst geordnete Entwicklung am Devisenmarkt hinzuwirken.

Um diese teilweise gegensätzlichen Ziele einigermaßen miteinander in Einklang bringen zu können, war eine elastische, sorgfältig aufeinander abgestimmte Anwendung verschiedener notenbankpolitischer Mittel unerlässlich. Grundlage für diese Politik bildete eine konsequente, jedoch innerhalb des Jahresablaufes flexible Steuerung der Notenbankgeldmenge. Die Tatsache, dass die Abschöpfung des 1971 und 1972 entstandenen Liquiditäts- und Kreditüberhangs noch im Vorjahr hatte abgeschlossen werden können, erwies sich dabei im Zeichen der im Berichtsjahr einbrechenden Rezession als günstige Voraussetzung. Sie gestattete in Verbindung mit der Befreiung von der Pflicht, an einem starren Wechselkurs festzuhalten, erstmals eine gezielte, auf die Wirtschaftsentwicklung ausgerichtete Ausweitung der Notenbankgeldmenge und der gesamten Geldversorgung und eine reibungslose Aufhebung der Kreditbegrenzung. Zugleich gewährte sie der Nationalbank einen willkommenen Spielraum für die Wiederaufnahme von Deviseninterven-

tionen zur Eindämmung des Frankenkursanstiegs und zum Ausgleich hektischer Kursfluktuationen. Die angestrebte Ausweitung der Notenbankgeldmenge bildete eine Leitlinie, nach der sich nicht nur die Interventionspolitik am Devisenmarkt, sondern auch die Bemessung des Emissionsprogramms und der darin unterzubringenden Finanzierung des Fehlbetrages der öffentlichen Hand, namentlich des Bundes, auszurichten hatten. Weder die für Devisenkäufe noch die für eine allfällige Stützung des Geld- und Kapitalmarktes durch Offenmarktkäufe eingesetzten Notenbankmittel durften die für eine gesamtwirtschaftlich angemessene Ausweitung der Geldmenge erforderlichen Beträge wesentlich überschreiten, wenn unerwünschte inflatorische Aufblähungen und Verzerrungen im Wirtschaftsablauf vermieden werden sollten.

### **Geldmengenpolitik**

Nachdem im Verlaufe des Jahres 1974 die zuvor allzu reichliche Geld- und Kreditversorgung allmählich mit den normalen Bedürfnissen der Wirtschaft hatte in Einklang gebracht werden können und die Wirtschaft «in das zu weite Geldkleid hineingewachsen» war, konnte die Nationalbank für 1975 eine gezielte Erhöhung der Geldversorgung ins Auge fassen. Das Direktorium entschloss sich deshalb zu Beginn des Jahres, die für 1975 anzustrebende Ausweitung der Notenbankgeldmenge quantitativ festzulegen. Die Entwicklung der Geldmenge sollte dem Wachstum der Wirtschaft angepasst werden. Als wichtigstes Beurteilungskriterium diente die von einer bundesinternen Arbeitsgruppe vorausgeschätzte Wachstumsrate der Gesamtheit aller Güter und Dienstleistungen der Volkswirtschaft (reales Bruttosozialprodukt) von null Prozent unter Einbezug einer realistischen erwartenden Teuerung. Das Direktorium erachtete unter diesen Voraussetzungen eine Ausweitung der Geldmenge  $M_1$  (Bargeld sowie Sichteinlagen des Publikums bei Banken und beim Postcheck) um 6% für angemessen. Da jedoch die Entwicklung der im Publikum befindlichen Geldmenge von der Zentralbank nicht direkt gesteuert und kontrolliert werden kann, weil insbesondere die Entwicklung der Bankguthaben vom Ausmass der Kreditnachfrage der Wirtschaft und der Kreditgewährungsbereitschaft der Banken abhängt, setzte das Direktorium als Zielgrösse eine Erweiterung der Notenbankgeldmenge, der sogenannten monetären Basis, welche die Notenbank selbst unmittelbar bestimmen kann, um 6% oder rund 1,5 Mrd Franken fest. Unter der Annahme, dass sich die Relation zwischen der monetären Basis und der Geldmenge  $M_1$ , der sogenannte Multiplikator, im Jahre 1975 nicht wesentlich ändern werde, sollte sich auch diese Grösse um ungefähr 6% oder rund 3 Mrd Franken ausdehnen. Von vorneherein musste allerdings damit gerechnet werden, dass sich das Geschehen in der Wirtschaft anders entwickeln

Gezielte Ausweitung der  
Geldversorgung

Zusammenspiel von Geld-  
mengen- und Deviseninter-  
ventionspolitik

könnte, als zu Beginn des Jahres vorausgesehen wurde. Deshalb behielt sich das Direktorium vor, «die Zielvorstellungen und die zu befolgende Politik auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse laufend» zu überprüfen. Die geldmengenpolitische Zielsetzung war somit bewusst nicht als ein unverrückbares Datum, sondern als eine geldpolitische Leitlinie für die Notenbankpolitik sowie als Orientierungshilfe für die Banken und die übrige Wirtschaft gedacht.

Die Verwirklichung der in Aussicht genommenen Ausweitung der Notenbankgeldmenge erfolgte im Laufe des Berichtsjahres im wesentlichen über den Ankauf von Devisen im Zusammenhang mit Interventionen zur Bremsung des Kursanstiegs des Frankens, bzw. zur Eindämmung grösserer Kursfluktuationen. Die Interventionspolitik am Devisenmarkt wurde so zugleich in den Dienst der Geldmengenpolitik gestellt, während die angestrebte Ausweitung der Notenbankgeldmenge ihrerseits dem Ausmass der Devisenkäufe eine Grenze setzte. Die Auflage, bei genehmigungspflichtigen, auf Schweizerfranken lautenden Kapitalexportgeschäften den Frankenerlös bei der Nationalbank voll in Devisen zu konvertieren, ermöglichte es dem Noteninstitut, den Spielraum für Fremdwährungskäufe am Markt erheblich über die für ihre Geldmengenpolitik gesteckte Grenze auszuweiten. Ein grosser Teil der gekauften Dollars liess sich nämlich im Wege der Konversionspflicht in den Markt zurückleiten, womit durch Devisenkäufe neugeschaffenes Notenbankgeld wieder abgeschöpft wurde.

Einen wesentlich geringeren Beitrag zur Vermehrung der Notenbankgeldmenge steuerte die Herabsetzung der Mindestguthaben auf den ausländischen Verbindlichkeiten bei. Aus dem Freiwerden von vorübergehend auf Grund von Überschreitungen der Kreditzuwachsbeschränkung stillgelegten Geldern ergab sich eine weitere Erhöhung der Notenbankgeldmenge, die jedoch mit Rücksicht auf die Einhaltung der angestrebten Zielsetzung teilweise durch Plazierung von Sterilisierungsreskriptionen dem Markt wieder entzogen wurde.

Aus den verschiedenen Quellen resultierte bis zum Jahresende eine Zunahme der bereinigten monetären Basis (d. h. ohne die Kreditbeanspruchung der Notenbank) um 2,1 Mrd Franken oder 10,0%. Das Direktorium strebte diese gegenüber der ursprünglichen Zielsetzung höhere Ausweitung an, weil sich im Verlaufe des Jahres gezeigt hatte, dass die Expansion der Geldmenge im Publikum ( $M_1$ ) nicht im erwarteten Masse jener der Notenbankgeldmenge folgte. Die Geldmenge  $M_1$  nahm vielmehr, vor allem als Folge der rezessionsbedingten Abschwächung der Kreditfähigkeit der Banken, 1975 nur um durchschnittlich 4,4% zu.

Die bereits zu Beginn des Jahres deutlich nachlassende Kreditnachfrage veranlasste den Bundesrat, im Einvernehmen mit der Nationalbank die Kreditzuwachsbeschränkung zunächst zu lockern und auf Anfang Mai ganz aufzuheben. In Empfehlungen zur Kredit-

Zunahme der Geldmenge im  
Jahre 1975

politik legte die Nationalbank den Banken die Bevorzugung von Exportkrediten sowie von privaten und öffentlichen Investitionen zur Förderung der Arbeitsbeschaffung nahe.

Da das Wirtschaftswachstum wesentlich geringer war als vorausgeschätzt – das Bruttosozialprodukt nahm nominal um 1% und real um 7% ab –, war die Ausweitung der Geldmenge reichlich. Sie fand ihren Niederschlag zur Hauptsache in einem kräftigen Zuwachs des Wertschriftenportefeuilles der Banken, in einem Rückgang der Beanspruchung des Notenbankkredits sowie in erhöhten Nettoanlagen der Banken im Ausland.

### **Wechselkurspolitik**

Die scharfe Aufwärtsbewegung des Frankenkurses, die vor allem im Spätherbst 1974 eingesetzt hatte, hielt zu Beginn des Jahres an. Da zugleich der durch die weltweite Rezession bedingte Rückgang der Auslandnachfrage in den ersten Monaten in ganzer Breite fühlbar wurde, sah sich die schweizerische Exportwirtschaft einer äusserst schwierigen Lage gegenüber. Traditionelle Absatzmärkte drohten verlorenzugehen. Bereits hereingebrachte Aufträge wurden storniert oder konnten nur mit bedeutenden Preiskonkzessionen gehalten werden. Das Direktorium gab sich über die vordringliche Bedeutung des Wechselkursproblems voll Rechenschaft. Als Massnahmen kamen in Frage eine Verschärfung der Abwehrmassnahmen gegen unerwünschte Zuflüsse von Geldern aus dem Ausland, die Wiederaufnahme von Interventionen am Devisenmarkt zur Eindämmung des Kursauftriebs und der Kursfluktuationen und damit zur Aufrechterhaltung geordneter Marktverhältnisse sowie die Förderung des Wiederabflusses von Geldern nach dem Ausland durch Wahrung eines angemessenen Zinsgefälles und eine betont liberale Kapital-exportpolitik. Von all diesen Instrumenten wurde Gebrauch gemacht.

Verschärfung der  
Währungsschutzmassnahmen

Zu Beginn des Jahres schien der Kursauftrieb, wie schon im vorangegangenen Spätherbst, durch ein starkes ausländisches Interesse am Erwerb von Schweizerfranken bedingt zu sein. Das Direktorium beantragte dem Bundesrat deshalb in der zweiten Hälfte Januar, die gegen Zuflüsse von Geldern aus dem Ausland ergriffenen Massnahmen zu verschärfen. Zu diesem Zwecke wurde das Verbot der Verzinsung ausländischer Frankenguthaben durch die Banken auf sämtliche Guthaben, also auch bereits bestehende, ausgedehnt. Bisher hatte sich das Verzinsungsverbot nur auf Guthaben, die nach dem 31. Oktober 1974 entstanden waren, bzw. auf den seither eingetretenen Zuwachs, erstreckt. Gleichzeitig wurde die Kommissionsbelastung auf diesen neuen Frankenguthaben drastisch, nämlich von 3% auf 10% pro Quartal, erhöht. Die Bewilligungspflicht für die Kreditaufnahme im Ausland durch Nichtbanken blieb unverändert in Kraft. Von der Inkraftsetzung eines Verbots der Anlage ausländischer Gelder in schweizerischen Wert-

schriften sah hingegen der Bundesrat auf Empfehlung der Nationalbank ab. Die Erfahrungen, die mit diesem Instrument von 1972 bis 1974 hatten gemacht werden können, versprachen keine nachhaltige Entlastung des Kursauftriebs. Auch die Rücksicht auf die Zinsentwicklung liess einen Verzicht auf Anlagerestriktionen ratsam erscheinen. Der Gedanke einer Zweiteilung des Devisenmarktes wurde von den Behörden entschieden verworfen.

Wiederaufnahme der Interventionen am Devisenmarkt

Um aber den Kursauftriebstendenzen im Rahmen des Möglichen auch direkt entgegenzutreten, begann die Nationalbank am 6. Januar – erstmals seit Februar 1973 – wieder mit Interventionskäufen am Devisenmarkt. Die Präsenz der Notenbank sollte dem Markt die wechsellkurspolitischen Absichten des Direktoriums klar machen und, als Hauptanliegen, eine geordnete Entwicklung der Markt- und Kursverhältnisse gewährleisten. Hingegen stand auf Grund der Erfahrungen in der Vergangenheit von vorneherein fest, dass es selbst mit massiven Interventionen nicht möglich sein werde, ein durch den Trend der Marktkräfte bedingtes Ansteigen des Frankenkurses aufzuhalten. Da eine Kursstabilisierung im wesentlichen durch Dollarkäufe zu erfolgen hatte, war ein solches Unterfangen allein wegen des völlig disproportionierten Grössenverhältnisses zwischen weltweitem Dollarvolumen und den von einem Kleinstaat einsetzbaren Interventionsmitteln auszuschliessen. Gelegentliche Versuche mit massiven Interventionen bestätigten die begrenzten Möglichkeiten, einen allgemeinen Kurstrend auf diese Weise wirksam und nachhaltig beeinflussen zu können.

Im übrigen aber waren dem Umfang der bereits erwähnten Stützungskäufe Grenzen von der Geldmengenpolitik her gezogen. Allerdings gestattete die im Dezember 1974 eingeführte Pflicht, den Frankenerlös aus genehmigungspflichtigen Kapitalexportgeschäften bei der Nationalbank in Devisen umzuwandeln, zusammen mit einer grosszügigen Zulassung solcher Geschäfte ein erweitertes Interventionsvolumen. So erreichten die Dollarkäufe der Nationalbank im Berichtsjahr rund 11,2 Mrd Franken oder ungefähr das Fünffache der daraus resultierenden Ausweitung der Notenbankgeldmenge. Denn im Zusammenhang mit Konversionen aus Kapitalexportgeschäften konnten 9,1 Mrd Franken dem Markt wieder entzogen werden.

Bestrebungen zur internationalen Koordination der Deviseninterventionen

Im Rahmen seiner Wechselkurspolitik nahm das Direktorium sodann zu Beginn des Jahres mit den Notenbanken der Bundesrepublik Deutschland und der Vereinigten Staaten Kontakt auf mit dem Ziel, zu einer besseren Koordination der Interventionen an den Devisenmärkten zu gelangen. Desgleichen begann das Direktorium im Einvernehmen mit dem Bundesrat, bei den dem Europäischen Währungsverbund, der sogenannten kleinen Schlange, angeschlossenen Ländern über die Möglichkeit einer Beteiligung des Schweizerfrankens zu sondieren. Unmittelbaren Anlass zu diesem Vorgehen bildete, wie bei den Kontakten mit den Währungsbehörden der USA und der Bundesrepublik, das

Bestreben, zu einer gemeinsamen Interventionspolitik der massgebenden Notenbanken an den Devisenmärkten zu gelangen, um die Kursfluktuationen zu mässigen. Eine Beteiligung an der kleinen Währungsschlange hätte unserem Lande eine begrenzte Wechselkursstabilisierung wenigstens im Verhältnis zu einigen für den Aussenhandel besonders wichtigen Ländern ermöglicht. Ferner hätte sie durch die Teilnahme an den täglichen Konsultationen der Devisenabteilungen der betreffenden Notenbanken die Interventions-tätigkeit der Nationalbank am Devisenmarkt wesentlich erleichtert; die Marktentwicklung wäre überschaubarer geworden. Aller Voraussicht nach wäre auch das Mass der erforderlichen Interventionen kleiner geworden. Die Bemühungen der Schweiz wurden gegen Ende des Jahres vorläufig eingestellt. Zu einer vollen Beteiligung des Frankens an der kleinen Schlange kam es nicht. Hingegen wurde die Nationalbank in das tägliche telefo-nische Konsultations- und Konzertationssystem der beteiligten Notenbanken aufgenom-men. Ein weiterer Fortschritt wurde in der von der Nationalbank angestrebten Intensi- vierung und Koordination der Interventionspolitik erzielt, als sich im Anschluss an die zwischen Frankreich und den USA Mitte November in Rambouillet zustande gekommene Verständigung über das internationale Wechselkurssystem auch die USA zur Beteiligung am Koordinations- und Konsultationsverfahren der kleinen Schlange entschlossen.

Neben der Verschärfung der Abwehrmassnahmen gegen den Zufluss ausländischer Gelder, die eine Konstante der auf die Beeinflussung der Wechselkursentwicklung ge- richteten Politik der Nationalbank bildeten, und der direkt auf das Kursgeschehen aus- gerichteten Interventionspolitik stellten die Zinspolitik sowie die Handhabung der Zu- lassungspraxis für genehmigungspflichtige Kapitalexporte eine wichtige Ergänzung der Wechselkurspolitik dar.

Wahrung eines angemessenen  
Zinsgefälles zum Ausland

Das Geschehen an den Devisenmärkten liess seit dem Übergang zum «Floating» einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Zinsdifferenzen zwischen wichtigen Industrieländern und den jeweiligen Wechselkursen der betreffenden Wäh- rungen erkennen. Das Direktorium legte deshalb Wert darauf, ein angemessenes Zinsgefälle gegenüber dem Ausland, insbesondere im Verhältnis zu den USA, der Bundesrepublik Deutschland und zum Euromarkt, zu halten. Angesichts der rückläufigen Zinsentwick- lung im Ausland wurde deshalb der offizielle Diskontsatz im Laufe des Jahres fünfmal, der Lombardsatz viermal gesenkt, häufiger als dies je in einem anderen Jahre der Nach- kriegszeit der Fall gewesen war.

Eine betonte Lockerung der Bewilligungspraxis gegenüber genehmigungspflichten Kapitalexporten war nicht nur mit Rücksicht auf die hohe Aufnahmefähigkeit des in- ländischen Kapitalmarktes vertretbar, sondern auch geeignet, die Nachfrage nach fremden Währungen zu stärken, nachdem die Ertragsbilanz der Schweiz im Laufe des Jahres in- folge rückläufiger Importe eine Tendenz zu zunehmender Aktivierung bekundete. Das

Direktorium entschloss sich deshalb im Mai 1975, die betragsmässige Begrenzung für mittelfristige Schuldverschreibungen («Notes») sowie für Bankkredite an das Ausland gänzlich aufzuheben. Die Plafonds für ausländische Anleihssemissionen wurden zwar aus markttechnischen Gründen beibehalten, jedoch beträchtlich erhöht. Zugleich bewilligte das Direktorium Anleihssemissionen internationaler Entwicklungshilfeinstitutionen wie der Weltbank ausserhalb der Plafonds. Ferner ermöglichte es diesen Institutionen auch, spezielle «Notes»-Emissionen bei erdölproduzierenden Ländern zu plazieren, um auf diese Weise zum «Recycling» von Erdölgeldern zugunsten von Entwicklungshilfeprojekten beizutragen.

Im Zusammenhang mit der Wechselkurspolitik der Notenbank sind auch ihre Bemühungen zu erwähnen, den Spielraum für unerwünschte Devisenspekulationen dadurch einzuengen, dass die Bestimmungen über den täglichen Ausgleich der Devisenpositionen der Banken im Frühjahr verschärft und der Umfang der zulässigen Frankenverkäufe auf Termin verschiedentlich herabgesetzt wurde. Um die Vorgänge am Devisenmarkt überschaubarer zu gestalten, schloss die Nationalbank sodann mit den Banken im April eine Vereinbarung ab, in der sich diese bereit erklärten, alle grösseren Devisentransaktionen (Beträge ab 5 Mio Dollar) zu melden und der Notenbank die Wahl zu lassen, diese Geschäfte selbst zu tätigen. Eine analoge Vereinbarung wurde auch mit im Auslandgeschäft massgeblichen Unternehmungen des Nichtbankenbereichs abgeschlossen.

Schliesslich war die Nationalbank bestrebt, einzelnen Wirtschaftszweigen, die von den brüskten Wechselkursschwankungen in besonderem Masse betroffen wurden, die Anpassung an die veränderten Verhältnisse durch Devisentermingeschäfte nach Möglichkeit zu erleichtern. Dies war der Fall anlässlich der für die Uhrenindustrie wichtigen Uhrenmesse im Rahmen der Basler Mustermesse sowie im Anschluss an die für Teile der Textilindustrie bei Neubestellungen massgebliche Frankfurter «Interstoff»-Messe. Zur Unterstützung, welche die Nationalbank der Exportwirtschaft in diesem Zusammenhang gewährte, sind auch die Vereinbarungen mit den Banken zur Erleichterung der Exportfinanzierung zu zählen. Diese Vorkehren werden im folgenden Abschnitt näher dargelegt.

### **Zins- und Kapitalmarktpolitik**

Am Geld- und Kapitalmarkt tendierten die Marktkräfte im grossen und ganzen in einer den gesamtwirtschaftlichen Verhältnissen gemässen Richtung. Die Nationalbank konnte sich deshalb im wesentlichen darauf beschränken, diesem Trend durch Herabsetzung der offiziellen Sätze Nachdruck zu verleihen und die Banken anzuhalten, ihre im Aktivgeschäft angewandten Zinssätze möglichst rasch der Entwicklung der Passivsätze

Bemühungen zur Verbesserung der Transparenz am Devisenmarkt

Unterstützung des Zinsrückgangs durch die Notenbank

Besondere Vorkehrungen zur Milderung der Liquiditätsschwierigkeiten in der Exportwirtschaft

anzupassen. Auch am Kapitalmarkt, dessen Aufnahmefähigkeit erheblich zunahm, gingen die Zinssätze ohne Nachhilfe des Noteninstitutes zurück. Die Nationalbank sorgte zusammen mit der Emissionskommission für eine angemessene Beanspruchung des Marktes; insbesondere lag ihr daran, die günstigen Marktverhältnisse zur Finanzierung des massiv ansteigenden Haushaltsdefizits des Bundes zu nutzen.

In der ersten Jahreshälfte bereiteten Liquiditätsschwierigkeiten sowie die Höhe der Zinssätze für Bankkredite namentlich der Exportwirtschaft Probleme. Wichtige Zweige der Exportindustrie verspürten eine Benachteiligung im Wettbewerb mit führenden ausländischen Konkurrenzländern nicht nur auf Grund der Höherbewertung des Frankens, sondern ebenfalls als Folge der verschlechterten Liquiditätslage wegen verzögerten Zahlungseinganges und der vergleichsweise ungünstigeren Zinskonditionen. Die Nationalbank traf mit den Banken im April eine Vereinbarung, in der sie ihnen die Möglichkeit der Rediskontierung von Exportwechseln besonders hart betroffener Exportzweige, wie namentlich der Uhren-, Textil- und Schuhindustrie, zu einem Vorzugssatz zusicherte. Die Banken verpflichteten sich ihrerseits, Exportwechsel, vor allem solche mit einer Laufzeit von bis zu sechs Monaten, bevorzugt zu diskontieren. Im weiteren erklärte sich die Nationalbank gegen Jahresmitte in einer Übereinkunft mit einer Anzahl im Exportfinanzierungsgeschäft führenden Banken bereit, für grössere Exportkredite mittlerer und längerer Laufzeiten Rediskontzusagen zu erteilen. Dadurch konnten die bisher üblichen, das Kreditgeschäft stark erschwerenden Refinanzierungsklauseln modifiziert und die der Exportindustrie anfallenden Zinskosten gesenkt werden. In diesem Zusammenhang führte die Nationalbank auch Vorstudien für die Errichtung einer Exportkreditbank durch, nachdem schweizerische Unternehmen wiederholt auf Wettbewerbsvorteile der ausländischen Konkurrenz dank günstigerer Exportkredite seitens spezieller Institute hingewiesen hatten.

Wiederholte Senkungen der Diskont- und Lombardsätze

Mit dem allmählichen Rückgang der Zinssätze liess die Dringlichkeit des Problems der Zinskostenhöhe in der zweiten Jahreshälfte deutlich nach. Der ausserordentlich starke Zufluss von Publikumsgeldern, namentlich im Bereich der Spareinlagen und Kassenobligationen, veranlasste die Banken, die Passiv- und in der Folge auch die Aktivzinssätze schrittweise zu senken. Das Direktorium setzte angesichts der insgesamt rückläufigen Zinsentwicklung den Diskont- und Lombardsatz – nach zwei bzw. einer Reduktion im ersten Semester – in der zweiten Jahreshälfte nochmals in drei Schritten, nämlich Ende August, Ende September sowie Ende Oktober herab. Es geschah dies mit dem Ziel, nicht nur auf eine Vergrösserung des Zinsgefälles gegenüber dem Ausland hinzuwirken und dadurch dem tendenziellen Kursauftrieb des Frankens zu begegnen, sondern auch um ein klares Signal für eine allgemeine Reduktion der Zinskonditionen auf inländischen Krediten zu setzen. Der Nationalbank lag daran, die in Gang gekommene rückläufige Zinsentwicklung zu beschleunigen, um die ungünstig gewordene Liquiditäts- und namentlich auch



Ertragslage weiter Teile sowohl der Export- als auch der Binnenwirtschaft durch eine Senkung der Zinskosten zu entlasten und damit zur rascheren Überwindung der Rezession beizutragen. Zugleich förderte die rückläufige Zinsentwicklung aber auch die allmähliche Auflösung von in den vorangegangenen Jahren entstandenen Verzerrungen in der Zinsstruktur, namentlich zwischen alten und neuen Hypothekarsätzen.

Am Kapitalmarkt konnte die Nationalbank im Rahmen der Emissionskontrolle vom 2. Quartal an auf eine betragsmässige Begrenzung der zugelassenen Anleihensemissionen verzichten. Die für die Festsetzung des Anleihensprogramms zuständige Emissionskommission limitierte allerdings mit Rücksicht auf den zur Verfügung stehenden Zeitraum die Anzahl der zugelassenen Emissionen. Der Markt bewies eine Aufnahmefähigkeit, die alle Erwartungen übertraf. An inländischen Anleihensemissionen wurde ein Betrag plaziert, der um rund 50% höher war als im Vorjahr. Die allgemein höhere Spartätigkeit des Publikums sowie eine mangels Kreditnachfrage und attraktiver Immobilien- und Hypothekaranlagen stark gestiegene Nachfrage nach Wertschriften seitens Banken wie auch institutioneller Investoren trugen zu dieser Entwicklung bei. Dies wirkte sich insofern günstig aus, als es dadurch möglich wurde, das stark gestiegene Defizit des öffentlichen Haushaltes ohne grössere Schwierigkeiten durch Mittelaufnahmen am Kapitalmarkt zu decken und ohne dadurch den Rückgang der Zinssätze am Anleihensmarkt zu verhindern. Dem Bund und in geringerem Masse auch den Kantonen erleichterte dies auch die Finanzierung zusätzlicher Ausgaben zur Konjunkturbelebung und Arbeitsbeschaffung. Die Nationalbank war dem Bund bei der Plazierung von vier Anleihens- und vier Kassaschein-Emissionen im Gesamtbetrag von 1501 Mio Franken behilflich. Dies war nahezu viermal so viel wie im Vorjahr. Ferner suchte die Nationalbank den Kantonen die Finanzierung von konjunkturfördernden Investitionsausgaben durch Zusicherung einer betragsmässig begrenzten Rediskontierungszusage für kantonale und kommunale Reskriptionen zu erleichtern.

Ziele und Massnahmen seiner Politik erarbeitete das Direktorium in engem Einvernehmen mit dem Bundesrat. Die Nationalbank war im weiteren an den Vorbereitungen für die befristete Verlängerung des Währungs- und des Kreditbeschlusses wie auch für die Revision des Notenbankgesetzes und die Überprüfung der verfassungsmässigen Grundlagen hiefür beteiligt. Sie unternahm besondere Anstrengungen, um den Informations- und Meinungsaustausch mit den Banken und der übrigen Wirtschaft zu intensivieren und den Überblick über die Entwicklungen im Geld- und Währungsbereich durch den Ausbau und die Neugestaltung der statistischen Erhebungen zu verbessern.

Lockerung der Emissionskontrolle

Enge Zusammenarbeit zwischen Direktorium und Bundesrat

## **B. Entwicklung der Weltwirtschaft**

### **Internationale Konjunktorentwicklung**

Stärkster Konjunkturrückschlag seit Kriegsende

Die Weltwirtschaft verzeichnete 1975 die bisher schärfste Rezession seit Kriegsende. In den meisten Ländern, insbesondere in den Industriestaaten, war die konjunkturelle Entwicklung geprägt durch einen starken Rückgang von Nachfrage und Produktion, durch sinkende Kapazitätsauslastung, zunehmende Sparquoten und wachsende Arbeitslosigkeit sowie, trotz gewisser Erfolge in der Inflationsbekämpfung und weitgehenden Verschwindens des Nachfrageüberhanges, durch zum Teil nach wie vor beträchtlich ansteigende Preise. Der Ablauf dieser rezessiven Entwicklung war allerdings in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Während sich in der zweiten Jahreshälfte in den Vereinigten Staaten und gleichfalls, wenn auch nur sehr schwach, in Japan eine gewisse Erholung der Wirtschaftstätigkeit abzeichnete, schien der Konjunkturrückgang in verschiedenen Ländern erst den Tiefpunkt zu erreichen oder gar richtig einzusetzen.

Der weltweite Konjunkturrückschlag und sein ungewöhnliches Ausmass dürften dem Zusammentreffen verschiedener Faktoren zuzuschreiben sein. So trug u. a. zweifellos die empfindliche Kaufkraftabschöpfung, die aus der massiven Erdölpreiserhöhung vom Herbst 1973 resultierte, dazu bei, die Nachfrage in den erdölimportierenden Ländern zu dämpfen. In der gleichen Richtung wirkte auch der Zwang, die teilweise gewaltigen Ertragsbilanzdefizite des Vorjahres abzubauen, weil Fehlbeträge solchen Umfanges nicht länger tragbar waren.

In der vorangegangenen Phase übersetzter Expansion, inflatorisch steigender Preise und teilweiser Verknappung gewisser Rohstoffe waren sodann aussergewöhnlich hohe Lager aufgebaut worden. Mit dem weltweit einsetzenden Konjunkturumschlag wurde der Rohstoffverbrauch vorwiegend aus den vorhandenen hohen Lagerbeständen gedeckt. Dieser Lagerzyklus verstärkte den Nachfrageausfall.

Wandel im psychologischen Klima

Der Erdölschock fiel in eine Zeit, in der die zunehmende Inflation in breiten Bevölkerungskreisen den Eindruck förderte, der Teuerung und der Entwicklung der Wirtschaft überhaupt hilflos ausgeliefert zu sein. Ein grundlegender Wandel im psychologischen Klima war die Folge. Erstmals seit Kriegsende breitete sich das Gefühl aus, der Wirtschaftsablauf entziehe sich dem Einfluss der Behörden; ein andauerndes Wachstum von Einkommen und Wohlstand sei für die Zukunft keineswegs so gesichert, wie dies bisher angenommen worden war. Die rasch ansteigende Arbeitslosigkeit verstärkte zwangsläufig diese Unsicherheit in allen Industriestaaten. Sie erhöhte allgemein das Streben nach vermehrter Zukunftsvorsorge und führte zu einer bemerkenswerten Zunahme der Sparquoten. Die erhöhte Spartätigkeit und der vielfach verzeichnete Rückgang der realen Einkommen hatten eine Abschwächung der privaten Konsumausgaben zur Folge.

Der Produktionsrückgang war in zahlreichen Ländern von einer erheblichen Verminderung des Auslastungsgrades der verfügbaren Produktionskapazitäten und, wie erwähnt, von einer starken Zunahme der Zahl der Arbeitslosen begleitet. In den Vereinigten Staaten ging die mittlere Kapazitätsauslastung in der Industrie auf rund 69%, in der Bundesrepublik Deutschland auf 75% und in Japan auf 82% zurück. Die Zahl der Arbeitslosen erreichte den höchsten seit der Weltwirtschaftskrise verzeichneten Stand. Am Jahresende wurden in den Mitgliedstaaten der OECD rund 15 Mio Arbeitslose oder etwa 5,5% der erwerbstätigen Bevölkerung gezählt.

Ausgeprägter Lagerzyklus

Die allgemeine Abschwächung der Nachfrage liess auch den Absatz von industriellen Erzeugnissen schrumpfen, so dass sich unfreiwillige Lager bildeten. Angesichts der wachsenden unbeanspruchten Kapazitätsreserven in der Industrie ging auch die Investitionstätigkeit stark zurück. Zugleich sahen sich die Unternehmungen zunehmenden Liquiditätsschwierigkeiten gegenüber, da der rapide Kostenanstieg vorerst noch andauerte, jedoch angesichts der sich abschwächenden Nachfrage und der zunehmenden Konkurrenz, teils auch wegen der behördlichen Preisüberwachung nicht mehr auf die Preise überwältigt werden konnte, und die Zahlungsmoral sich verschlechterte.

Im weiteren begannen sich nun auch die zur Bremsung der inflatorischen Expansion getroffenen Restriktionsmassnahmen auszuwirken. Mit der Freigabe der Wechselkurse gewann namentlich in den europäischen Ländern die Geld- und Kreditpolitik wieder erhöhten Einfluss. Die Eindämmung der wachsenden Geld-, Kredit- und Kapitalversorgung nach der in den Jahren 1971 und 1972 erfolgten übermässigen Liquiditätsausweitung machte sich vornehmlich von der zweiten Jahreshälfte 1974 an bemerkbar.

Zutagetreten bedeutender  
Strukturverzerrungen

Das allmähliche Zurückweichen der inflatorischen Flut liess bedeutende Strukturverzerrungen sichtbar werden. In verschiedenen Ländern, so insbesondere in den Vereinigten Staaten, in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in der Schweiz zeigte sich, dass die Bautätigkeit, insbesondere im Wohnungsbereich, im Zeichen von Geldentwertung und Spekulation den eigentlichen Bedarf erheblich überstiegen und ein Überangebot geschaffen hatte, das zuerst absorbiert werden musste. Ähnliche Probleme stellten sich auch in anderen Bereichen. Produktionseinschränkungen struktureller Natur fielen so zusammen mit einer konjunkturell bedingten Abschwächung der Nachfrage.

Rückläufiger Welthandel

Der Abbau der in früheren Jahren gebildeten Lager und die allgemeine Abschwächung der Investitionstätigkeit sowie der privaten Konsumnachfrage schlugen sich auch im zwischenstaatlichen Gütertausch deutlich nieder. Vor allem die Importe von Rohstoffen und Energieträgern der Industrieländer zeigten einen scharfen Rückgang. Da die Exporte von industriellen Erzeugnissen im allgemeinen weniger stark abnahmen, wiesen die Handels- und Ertragsbilanzen der Industrieländer rezessionsbedingt eine beachtliche

Besserung auf. Erstmals seit 1958 nahm das Welthandelsvolumen ab. Nach den Schätzungen des OECD-Sekretariates ging es 1975 mengenmässig im Vergleich zum Vorjahr um 6% zurück.

Die verantwortlichen Behörden sahen sich bei der Gestaltung der zu befolgenden Wirtschaftspolitik vor ausserordentlich schwierige Probleme gestellt. Angesichts der nach wie vor hohen Inflationsraten galt es einerseits, die Teuerungsbekämpfung weiterzuführen. Andererseits erforderten die rückläufige wirtschaftliche Aktivität und vor allem die wachsende Zahl der Arbeitslosen Vorkehren, um dem Umsichgreifen der Rezession Einhalt zu gebieten und auf eine Erholung der Konjunktur hinzuwirken.

Unbefriedigende Erfolge bei der Inflationseindämmung

Im Kampf gegen die Inflationstendenzen waren zwar Fortschritte zu verzeichnen, doch blieb die Teuerung im internationalen Mittel nach wie vor auf einer unerfreulichen Höhe. Die Konsumentenpreise stiegen im OECD-Raum im Durchschnitt um 10,6%, verglichen mit 13,4% im Vorjahr. Der starke Rückgang zahlreicher Rohwarenpreise wie auch die angesichts nachlassender Nachfrage zunehmende Konkurrenz und ein als Folge der veränderten Arbeitsmarktverhältnisse nachlassender Lohnkostenauftrieb trugen dazu bei, dass die Preishausse sich in den meisten Ländern abschwächte. Die Entwicklung verlief allerdings unterschiedlich, so dass sich das Gefälle zwischen den nationalen Inflationsraten kaum verminderte. Auch schien das Nachlassen der Teuerung in einzelnen Ländern, so namentlich in den USA, in der zweiten Jahreshälfte als Folge ansteigender Nahrungsmittelpreise bereits wieder ein Ende zu finden. Besonders markant gingen die Teuerungsraten 1975 in Japan, Italien und Dänemark zurück, wo zu Beginn des Jahres extreme Preiserhöhungen verzeichnet worden waren. Den geringsten Preisanstieg wiesen im Jahresdurchschnitt die USA, die Bundesrepublik Deutschland und die Schweiz auf.

Anstrengungen zur Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit

Zur Förderung der Konjunkturbelebung wurde in den meisten Ländern die Geldpolitik gelockert, um die finanziellen Voraussetzungen für einen Wiederaufschwung zu erleichtern und die Zinskosten zu verringern. In der gleichen Richtung wirkte sich auch die Notwendigkeit aus, die Finanzierung der wachsenden Defizite in den öffentlichen Haushalten sicherzustellen. Denn um den Nachfragerückgang nach Möglichkeit auszugleichen, wurden die staatlichen Aufwendungen erhöht. Mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit wuchsen die Ausgaben für Sozialleistungen gewaltig an, während die Steuer- und Zolleingänge zurückgingen. Die Finanzierung der wachsenden Budgetdefizite unter Vermeidung einer Überlastung des Kapitalmarktes, aber auch einer inflatorischen Inanspruchnahme der Notenpresse, stellte die verantwortlichen Währungsbehörden vor grosse Probleme. Es zeigte sich dabei, dass eine antizyklische Fiskalpolitik in der Praxis schwierig zu verwirklichen ist.

In den Vereinigten Staaten, wo der Konjunkturrückgang am frühesten eingesetzt hatte, zeigten sich auch zuerst Zeichen eines gewissen Erfolges der Konjunkturbelebungsmaßnahmen. Als Folge von Steuersenkungen begann ab Jahresmitte die Konsumnachfrage wieder leicht anzusteigen. Die Käufe dauerhafter Konsumgüter, insbesondere von Autos, nahmen deutlich zu. Die Investitionstätigkeit der Unternehmungen liess dagegen erst gegen Jahresende eine Belebung erkennen. Zugleich ging auch der Lagerabbau zu Ende. Die Zahl der Arbeitslosen blieb jedoch weiterhin hoch, da die grosse Zahl der neu ins Erwerbsleben Tretenenden nicht voll absorbiert werden konnte.

In Japan, wo der Konjunkturrückgang bereits im Frühjahr aufgehört hatte, setzten Erholungstendenzen bis zum Jahresende nur sehr zögernd und schwach ein. Auch in der Bundesrepublik Deutschland, wo die Rezession wahrscheinlich im Laufe des Sommers ihren Tiefpunkt erreicht hatte, war bis zum Schluss des Jahres noch kein eindeutiger Wiederaufschwung zu erkennen. In Frankreich fiel, verglichen mit den meisten anderen Industrienationen, der Konjunkturreinbruch relativ mässig aus. In der zweiten Jahreshälfte zeigten sich erste Anzeichen einer schwachen Belebung. In Grossbritannien und Italien dauerte der Konjunkturrückgang bis zum Jahresende an. Der Rückschlag war in Italien besonders ausgeprägt, während die Abschwächung in Grossbritannien erst im Verlaufe des Jahres ein stärkeres Ausmass annahm.

## **Entwicklung der internationalen Währungsverhältnisse**

### **Markanter Umschwung in der Entwicklung der Ertragsbilanzen**

Nach den gewaltigen Ertragsbilanzstörungen des Jahres 1974 traten auch im Berichtsjahr wieder bedeutende Veränderungen in der Struktur der internationalen Ertragsbilanzverhältnisse ein. Waren die Entwicklungen im Vorjahr vorwiegend durch die Erhöhung des Erdölpreises und deren Auswirkungen bestimmt, so stand die Ertragsbilanzgestaltung 1975 vor allem im Zeichen der Rezession und ihrer Einflüsse auf den internationalen Warenaustausch.

Das 1974 durch massive Preiserhöhungen auf Erdöl und anderen Rohstoffen ausgelöste enorme Ertragsbilanzdefizit der Industrieländer schrumpfte im Berichtsjahr stärker und rascher als erwartet. Der Fehlbetrag der OECD-Länder verminderte sich 1975 von insgesamt 33 Mrd Dollar auf rund 5 Mrd Dollar. Die Gesamtheit der dieser Organisation angeschlossenen Mitglieder – die massgeblichen Industrienationen – war somit in der Lage, ihren laufenden Zahlungsverkehr mit der übrigen Welt innerhalb eines Jahres nahezu wieder zum Ausgleich zu bringen. Die Verbesserung der Zahlungsbilanzsituation be-

Starke Ertragsbilanz-  
verbesserung der Industrie-  
länder

schränkte sich allerdings im wesentlichen auf einige wenige grosse Industrieländer. So vermochten insbesondere Japan, Frankreich und Italien ihre hohen Passivsaldo weitgehend abzutragen, während Grossbritannien das Ertragsbilanzdefizit des Vorjahres zwar annähernd halbieren konnte, aber weiterhin noch einen bedeutenden Fehlbetrag zu verzeichnen hatte. In der Bundesrepublik Deutschland ging demgegenüber der hohe Ertragsbilanzüberschuss der Vorjahre stark zurück. Die bei weitem stärkste Verbesserung in ihrer Aussenwirtschaftsbilanz erzielten die Vereinigten Staaten. Nach einem geringfügigen Defizit im Vorjahr schloss die Ertragsbilanz 1975 mit einem Rekordüberschuss von über 10 Mrd Dollar. Von den kleineren Industriestaaten vermochten jene, die bereits 1974 eine aktive Ertragsbilanz aufgewiesen hatten, diese Position im Berichtsjahr zu halten (Niederlande) oder noch zu verbessern (Belgien, Schweiz). Die Mehrzahl von ihnen, vor allem wirtschaftlich weniger fortgeschrittene, mussten jedoch eine weitere Verschlechterung der Ertragsbilanzergebnisse in Kauf nehmen.

Starker Rückgang der  
Warenimporte in den  
Industrieländern

Der Umschwung in der Ertragsbilanzkonstellation der Industrienationen in der Grössenordnung von 28 Mrd Dollar resultierte im wesentlichen aus Verschiebungen im Warenhandel. Die weltweite Rezession hatte einen drastischen Rückgang der Warenimporte namentlich seitens der industriell fortgeschrittenen Länder zur Folge. Die Abschwächung der industriellen Produktion war begleitet von einem starken Lagerabbau und in diesem Zusammenhang auch von einer ausgeprägten Verminderung der Energie- und Rohstoffeinfuhr. Die Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen reagierte demgegenüber wesentlich weniger elastisch, auch wenn sie gesamthaft deutlich abnahm. Rückschläge bei der Ausfuhr von Industriegütern nach anderen Gebieten konnten überdies zum Teil durch stark erhöhte Exporte nach erdölproduzierenden Ländern sowie nach Osteuropa aufgefangen werden.

Sprunghaftes Ansteigen der  
Ertragsbilanzdefizite in den  
ärmsten Entwicklungsländern

Als Folge rückläufiger Erdölexporte bei gleichzeitig stark ansteigenden Importen, insbesondere aus den Industrieländern, verringerte sich der Ertragsbilanzüberschuss der erdölproduzierenden Länder von 65 Mrd im Vorjahr auf rund 35 Mrd Dollar. Der erzielte Einnahmenüberschuss blieb jedoch, gemessen am Ziel einer ausgeglicheneren internationalen Zahlungsbilanzstruktur, weiterhin hoch. Dieser Überschuss wurde, da sich die Position der Industrieländer gesamthaft vor allem dank rezessionsbedingten Einfuhrrückgängen stark besserte, zu einem grossen Teil zulasten der Entwicklungsländer erzielt, die über keine eigenen Erdölvorkommen verfügen. Das Defizit dieser Länder stieg 1975 auf rund 23 Mrd Dollar. Diese Entwicklung war teilweise eine Folge der Verteuerung der Erdölimporte; sie stand vor allem aber auch im Zusammenhang mit einer starken Abnahme der Exporterlöse, wobei nicht nur die verkauften Mengen, sondern auch die Preise der wichtigsten Exportgüter dieser Länder, insbesondere von Rohwaren, zurückgingen.

## Probleme der Defizitfinanzierung

Grenzen der Mittelaufnahme  
an den Finanzmärkten

Die ausserordentlich hohen Zahlungsbilanzdefizite wurden wie bereits im Vorjahr grösstenteils durch Aufnahme von Krediten in Überschussländern sowie an den internationalen Finanzmärkten überbrückt. Die Mittelbeschaffung wurde durch die hohe Sparfähigkeit und die rückläufige Kreditbeanspruchung in den meisten Industrieländern begünstigt. Positiv wirkte sich auch die Normalisierung der Verhältnisse an den Euromärkten aus, wo das Problem einer angemessenen Fristenkonzordanz und Liquiditätsvorsorge, das im Vorjahr einige Besorgnis verursacht hatte, weitgehend an Bedeutung verlor. Da die kurzfristigen Zinssätze stark zurückgingen, nahm das Interesse an mittel- und langfristigen Anlagen sichtlich zu, so dass sich die Übereinstimmung der Fälligkeiten zwischen Ausleihungen und Mittelbeschaffung deutlich verbesserte. In zahlreichen Fällen dürften indessen die Grenzen der Verschuldung erreicht, wenn nicht vereinzelt überschritten worden sein, sei es im Hinblick auf die Höhe der Belastung durch Zinsen und Rückzahlungen auf seiten der Schuldner, sei es wegen der wachsenden Zurückhaltung auf seiten der Gläubiger.

Erweiterte Kreditfazilitäten  
des IWF

Aus diesem Grunde drängte sich eine Erweiterung der Kreditfazilitäten des Internationalen Währungsfonds (IWF) auf. So wurde namentlich die im Jahre 1974 erstmals ins Leben gerufene «Ölfazilität» erneuert und erhöht. Der IWF wurde ermächtigt, bei erdölproduzierenden Ländern sowie Industriestaaten mit aktiver Zahlungsbilanz Mittel im Umfange von bis zu 5 Mrd Sonderziehungsrechten (SZR) zur Finanzierung dieses Spezialfonds aufzunehmen. Die Gelder sollten zur Gewährung von Überbrückungskrediten nicht nur an Entwicklungsländer, sondern auch an industrialisierte Staaten, die als Folge der verteuerten Erdölimporte mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu kämpfen hatten, Verwendung finden. Zur Verminderung der aus solchen Kreditaufnahmen anfallenden Zinsbelastung wurde für besonders hart betroffene Entwicklungsländer zusätzlich ein besonderes Zinsverbilligungskonto («Interest Subsidy Account») geschaffen. Darüber hinaus wurde im Zusammenhang mit der Revision der IWF-Statuten die Errichtung zweier weiterer Institutionen in Aussicht genommen, welche dazu beitragen sollen, die Überwindung der hohen Zahlungsbilanz-Ungleichgewichte zu erleichtern. Es handelt sich um die Bildung eines «Trust Fund» im Rahmen des IWF, der im wesentlichen aus dem Gewinn finanziert werden soll, den der IWF aus dem Verkauf eines Sechstels seines Goldbestandes zu erzielen hofft. Ferner wurde eine Heraufsetzung der Kreditfazilitäten des IWF im Rahmen der sogenannten kompensatorischen Finanzierung für Länder mit starken Schwankungen auf ihren Exporterlösen beschlossen.

Auch bei der Weltbank wurde eine zusätzliche Finanzquelle unter der Bezeichnung «dritter Schalter» geschaffen. Die Kredite dieser neuen Institution sollen zu einem Vor-

zugszins – 4 Prozentpunkte unter dem üblichen Satz für Weltbankdarlehen – gewährt werden. Zu diesem Zweck wurde wie beim IWF ebenfalls ein Zinsverbilligungskonto errichtet, das aus Beiträgen von Erdöl- und Industrieländern gespeist werden soll.

Die nach der Erdölpreiserhöhung und dem drohenden Erdölboykott aufgenommenen Verhandlungen unter den massgeblichen Einfuhrländern führten im Rahmen der OECD zu einer Vereinbarung über die Bildung eines speziellen Beistandsfonds («Safety Net»). Mitgliedstaaten, denen es nicht möglich sein wird, durch Erdölimporte verursachte Zahlungsbilanzdefizite anderweitig zu überbrücken, werden auf dem Wege über diese Institution die multilaterale Unterstützung der andern Mitglieder beanspruchen können. Die Finanzierung solcher Hilfeleistungen ist vorgesehen entweder durch Mittelaufnahme an nationalen und internationalen Märkten mit der Garantie aller Mitgliedstaaten oder aber durch direkte Beitragsleistungen dieser Länder. Die Ratifizierung dieses multilateralen Finanzbeistandes dürfte im Frühjahr 1976 zum Abschluss gelangen.

An verschiedenen der gebildeten Hilfsinstitutionen hat sich auch die Schweiz beteiligt. Gestützt auf den neuen Bundesbeschluss über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen, der am 15. Juli 1975 in Kraft trat, stimmte der Bundesrat einer Verlängerung der Mitwirkung der Schweiz an den «Allgemeinen Kreditvereinbarungen» mit dem IWF um fünf Jahre sowie einem schweizerischen Beitrag von 150 Mio SZR an die «Oil Facility» des IWF zu. Dieser Kredit in der Höhe von umgerechnet rund 170 Mio Dollar mit einer Laufzeit von 7 Jahren wurde dem IWF von der Nationalbank erteilt, wobei diese aber mit Rücksicht auf die ihr auferlegten gesetzlichen Einschränkungen eine Rücknahmegarantie des Bundesrates erhielt. Die Schweiz sicherte im weiteren ihre Mitwirkung am neuen Beistandsfonds im Rahmen der OECD («Safety Net») bis zu einer Höhe von 400 Mio SZR zu. Schliesslich hiess das Parlament in der Dezembersession Beitragsleistungen des Bundes an den Zinsausgleichsfonds des IWF von 10 Mio und jenen der Weltbank von 15 Mio Franken gut. In diesem Zusammenhang ist sodann zu erwähnen, dass die Schweiz den internationalen Entwicklungshilfeinstitutionen bevorzugt die Inanspruchnahme des schweizerischen Kapitalmarktes ermöglichte, indem sie Anleihsenmissionen der Weltbank sowie der Interamerikanischen und der Asiatischen Entwicklungsbank ausserhalb der Emissionsplafonds zuließ und überdies spezielle Plazierungen mittelfristiger Schuldverschreibungen in Schweizerfranken bei erdölproduzierenden Ländern bewilligte.

Beteiligung der Schweiz an internationalen Hilfsaktionen

## **Das Geschehen an den Devisenmärkten**

Die Wechselkurse verzeichneten im Berichtsjahr wiederum bedeutende Schwankungen. Trotzdem verlief das Geschehen an den internationalen Devisenmärkten weniger



hektisch als im Vorjahr. Die Erschütterungen, welche 1974 gewaltige Devisenverluste und im Gefolge davon einige Bankenzusammenbrüche ausgelöst hatten, klangen allmählich ab und machten im Laufe des Jahres einer zuversichtlicheren Beurteilung Platz. Dies zeigte sich nicht zuletzt in einer neuerlichen Zunahme des Umfanges der getätigten Devisentransaktionen. Dazu, dass die aufgetretenen Schwierigkeiten verhältnismässig reibungslos überwunden werden konnten und es nicht zu einer weltweiten Kettenreaktion kam, haben zweifellos die engere Zusammenarbeit unter den führenden Notenbanken und der von diesen in Aussicht gestellte Beistand im Falle von auftretenden Illiquiditäten einzelner Bankinstitute massgeblich beigetragen.

Im Vordergrund der Wechselkursentwicklung stand auch im Berichtsjahr vor allem der Verlauf des Dollarkurses. Die Schwäche des Dollars, die sich im späteren Herbst 1974 akzentuiert hatte, verstärkte sich zu Beginn des Jahres 1975 noch. Der Kurs des Dollars erreichte, vor allem gegenüber dem Schweizerfranken und der D-Mark, seinen tiefsten Stand Ende Februar. Das Anziehen der kurzfristigen Zinssätze, die sich abzeichnende Konjunkturbelebung und die erstaunliche Zahlungsbilanzverbesserung in den Vereinigten Staaten trugen dazu bei, dass sich der Dollarkurs vom Juni an deutlich erholte. Diese Entwicklung wurde Ende September jedoch wieder unterbrochen, obschon sich Konjunktur und insbesondere Ertragsbilanz der USA weiterhin günstig entwickelten. Ursachen der Dollarschwäche waren die wieder rückläufigen Zinssätze am amerikanischen Geldmarkt sowie die Finanzkrise der Stadt New York. Der Kursrückgang des Dollars hielt sich jedoch bei relativ geringen Schwankungen bis zum Jahresende innerhalb enger Grenzen.

Besonders starke Rückschläge hatte an den Devisenmärkten das englische Pfund zu verzeichnen. Es büsste, abgesehen von einer kurzen Pause im Juli, als die britische Regierung einen neuen Plan zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes ankündigte, während des ganzen Jahres laufend an Kurswert ein. Dazu dürfte neben der ungünstigen Wirtschaftslage Grossbritanniens auch die von einigen erdölproduzierenden Ländern angekündigte Absicht beigetragen haben, inskünftig Erdölkzahlungen nicht mehr in Pfund entgegenzunehmen. Dank einer markanten Besserung der italienischen Handels- und Ertragsbilanz vermochte die Lira ihren Kurs einigermassen zu halten.

Ein spektakulärer Anstieg des Franc-Kurses im Verlaufe der ersten Monate versetzte Frankreich in die Lage, am 10. Juli dem europäischen Währungsverbund, der sogenannten kleinen Schlange, mit dem gleichen Wechselkurs wieder beizutreten, den es bis zu seinem vorübergehenden Austritt im Januar 1974 aufrechterhalten hatte. Der Kursanstieg war vornehmlich der starken Verbesserung der französischen Handelsbilanz sowie der Politik der Währungsbehörden, die kurzfristigen Zinssätze immer deutlich über jenen an den internationalen und ausländischen Geldmärkten zu halten, zuzuschreiben.

Die Kursentwicklung innerhalb der europäischen Währungsschlange verlief ohne

grössere Spannungen. Bemerkenswert war der relative Kursrückgang der D-Mark, der dazu führte, dass die D-Mark von Mitte März bis Ende August zur schwächsten Währung in der Schlange wurde und zeitweise mit bedeutenden Beträgen gestützt werden musste.

### **Währungsreformgespräche im Rahmen des IWF**

Nachdem die «Zwanziger-Gruppe» ihre Bemühungen um eine weitreichende Reform des internationalen Währungssystems unter dem Druck der Verhältnisse im Juni 1974 eingestellt hatte, war von den Gouverneuren des IWF im September 1974 ein «Interim Committee» von im grossen und ganzen gleicher Zusammensetzung gebildet worden. Dieses Komitee erhielt vor allem den Auftrag, die Statuten des IWF den seit der Aufhebung der Goldkonvertibilität des Dollars und dem Übergang zu schwankenden Wechselkursen eingetretenen Änderungen anzupassen. Zugleich wurde es mit der Aufgabe betraut, die alle fünf Jahre fällige Überprüfung der Quotenhöhe an die Hand zu nehmen. Es zeichneten sich damit drei wesentliche Problemkreise ab, für die das «Interim Committee» eine Lösung zu suchen hatte, nämlich neben einer Anpassung der Mitgliedquoten ein Entscheid über die Rolle des Goldes im IWF selbst und zwischen den nationalen Währungsbehörden sowie über die Gestaltung des künftigen Wechselkursregimes in den Statuten des IWF.

Fortschritte bei  
den Verhandlungen des  
«Interim Committee» des IWF

Nach einer konstituierenden Sitzung im Januar und einer ohne sichtbare Erfolge zu Ende gegangenen Zusammenkunft des «Interim Committee» im Juni in Paris konnte an einer weiteren Zusammenkunft Ende August in Washington unmittelbar vor der Jahresversammlung des IWF eine weitgehende Verständigung über die Fragen der Quotenerhöhung sowie der Verwendung des Goldes erzielt werden. Es wurde in Aussicht genommen, die Mitgliedquoten des IWF insgesamt um 32,5% auf rund 39 Mrd SZR zu erhöhen. Zugleich sollen die Quoten der Erdölländer entsprechend ihrer gewachsenen Bedeutung im internationalen Wirtschafts- und Währungsgeschehen annähernd verdoppelt werden. Dies bedingte, dass einige andere Mitgliedländer ihren relativen Anteil entsprechend vermindern mussten, was zugleich eine Kürzung ihres Stimmrechtsanteils bedeutete. Schwierigkeiten bereitete diese Anpassung insbesondere im Falle der Vereinigten Staaten, weil diese mit einem Stimmrechtsanteil von über 20% bisher über ein praktisches Vetorecht verfügten. Die Hürde konnte überwunden werden, indem die USA in eine Herabsetzung ihrer Quote auf 21,5% einwilligten, was einem Stimmrechtsanteil von genau 20% entspricht. Gleichzeitig wurde in Aussicht genommen, das qualifizierte Mehr von bisher 80% auf neu 85% zu erhöhen.

Ferner wurde eine Verständigung darüber erzielt, dass das Gold seine bisherige Funk-

Kompromiss in der Goldfrage

tion als internationaler Währungsstandard im IWF verlieren sollte. Es wird in den abgeänderten Statuten keine Goldparität der Währungen vorgesehen und auch auf die Gold-einzahlungen beim Eintritt in den IWF oder bei Quotenerhöhungen verzichtet. Der IWF wurde sodann ermächtigt, zunächst einmal ein Sechstel seines eigenen Goldbestandes, bzw. rund 25 Mio Unzen, an die Mitgliedländer im Verhältnis ihrer seinerzeitigen Gold-beiträge an den IWF zurückzuerstatten sowie ein weiteres Sechstel zu Marktpreisen zu verkaufen. Der erzielte Gewinn ist für die Unterstützung der Entwicklungsländer vorge-sehen, indem damit namentlich der geplante «Trust Fund» gespeist würde. Schliesslich wurde Ende August vereinbart, dass die Währungsbehörden der «Zehner-Gruppe» ins-künftig Gold zu marktnahen Preisen kaufen und verkaufen könnten, wobei jedoch der Bestand ihrer eigenen Goldreserven sowie jener des IWF nicht erhöht werden und kein neuer offizieller de-facto-Goldpreis entstehen dürfe. Auch andere Länder können sich an dieser Regelung beteiligen. Weitere Einzelheiten sollen die elf Notenbanken der «Zehner-Gruppe» und der Schweiz im Rahmen ihrer BIZ-Zusammenkünfte unter sich vereinbaren.

Verständigung über das Wechselkursregime

Keine Verständigung konnte im August in Washington hingegen über die Frage des künftigen Wechselkursregimes und ihre Regelung in den IWF-Statuten erzielt werden. Tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten bestanden in dieser Hinsicht namentlich zwi-schen den Vereinigten Staaten und Frankreich. Die beiden Länder wurden deshalb ge-beten, sich um eine Überwindung ihrer Divergenzen bis zur nächsten Zusammenkunft des «Interim Committee» zu bemühen, die auf Anfang Januar 1976 in Aussicht genommen wurde. Experten der beiden Länder arbeiteten in der Folge intensiv daran, eine beiden Vorstellungen entsprechende Formulierung des Wechselkursregimes in den IWF-Statu-ten zu finden. An einer Gipfelkonferenz Mitte November, zu der der französische Staats-präsident die Regierungschefs von fünf anderen führenden Industrienationen, nämlich der USA, Grossbritanniens, der Bundesrepublik Deutschland, Italiens und Japans, nach Rambouillet geladen hatte, konnten die Finanzminister Frankreichs und der USA einen gemeinsamen Vorschlag für die Neufassung des einschlägigen Artikels IV der IWF-Statuten vorlegen. Dieser Textentwurf wurde zusammen mit einem Vorschlag, die Kon-sultationen und die Koordination zwischen den Zentralbanken wie auch den Finanzmini-ster und ihren Stellvertretern im Bereiche der Interventionen an den Devisenmärkten zur Ausschaltung erratischer Wechselkursfluktuationen zu intensivieren, den übrigen Ländern im Rahmen der EG, der «Zehner-Gruppe» und des Exekutivdirektoriums des IWF unter-breitet. Die Finanzminister und Notenbankgouverneure der «Zehner-Gruppe» erklärten sich nach einigen Bereinigungen mit der vorgeschlagenen Neuformulierung des Artikels IV einverstanden. Er legalisiert im wesentlichen die geltenden Verhältnisse sowohl hin-sichtlich schwankender Wechselkurse als auch in bezug auf Gruppen von Ländern, die unter sich die Wechselkurse stabilisieren, gegenüber anderen Ländern aber schwanken

lassen. Zugleich sieht er aber auch die Möglichkeit eines Übergangs zu allgemein stabileren Wechselkursverhältnissen vor.

Die Finanzminister und Notenbankgouverneure der «Zehner-Gruppe» waren sich einig darüber, dass die Ende August in Aussicht genommene Regelung für das Gold unverzüglich in Kraft gesetzt werden solle, sobald das «Interim Committee» sich Anfang 1976 über die nunmehr nach ihrer Auffassung möglich gewordene Gesamtlösung der geplanten Statuten-Revision und der Quotenerhöhung verständigt hätte. Damit stand am Jahresende das Gelingen zwar nicht einer umfassenden Reform der internationalen Währungsordnung, aber doch einer zweckmässig scheinenden Anpassung der geltenden Statuten an die geänderten internationalen Währungsverhältnisse in Aussicht.

## C. Entwicklung der schweizerischen Wirtschaft

### Konjunkturverlauf

Die Tendenzen zu einer konjunkturellen Abschwächung in der schweizerischen Wirtschaft, die sich bereits in der zweiten Hälfte 1974 abgezeichnet hatten, verstärkten sich zu Beginn des Berichtsjahres spürbar. Zum Rückgang in der Bauwirtschaft, der sich verschärft fortsetzte, gesellte sich in den ersten Monaten des Jahres 1975 eine nachhaltige Abnahme der Auslandnachfrage in den meisten Zweigen der Exportindustrie. Die durch die weltweite Rezession bewirkte Dämpfung der Auslandnachfrage wurde durch den kräftigen Kursanstieg des Frankens und die damit verbundene Beeinträchtigung der preislichen Konkurrenzfähigkeit schweizerischer Exportprodukte noch verstärkt.

Der Rückschlag der Exportentwicklung traf zunächst insbesondere die konsumnahen Zweige der Uhren-, Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Papierindustrie. Die stark schrumpfende Bautätigkeit, insbesondere im Wohnungsbereich, übertrug sich auch auf die mit diesem wichtigen Binnensektor verbundenen Gewerbe- und Industriebetriebe. Unter den Auswirkungen der rückläufigen Nachfrage und der sich verschärfenden Wettbewerbsbedingungen traten strukturelle Schwächen hervor, die lange Zeit durch die anhaltende und inflatorische Nachfrageexpansion verdeckt worden waren. Damit setzte ein Anpassungsprozess ein, der zahlreiche Betriebe, die bisher von der Expansion und der bevorzugten internationalen Konkurrenzstellung unseres Landes mitgetragen worden waren, zwang, sich umzustellen, sich einzuschränken oder ihre Tätigkeit ganz einzustellen.

Die Notwendigkeit von Strukturbereinigungen und beschleunigter Anpassung zeigte sich aber nicht nur in einzelnen Betrieben, sondern in ganzen Wirtschaftszweigen. Der Zwang zu einer Rückführung der Kapazitäten auf kleinere, den längerfristigen Erfordernissen angemessenere Verhältnisse war im Wohnungsbau besonders deutlich. Die Wohnungsproduktion der vorangegangenen Jahre war über den tatsächlichen Bedarf an zusätzlichem Wohnraum weit hinausgewachsen. Das bereits im Vorjahr sich abzeichnende Überangebot am Wohnungsmarkt, eine Erscheinung, die erstmals seit Kriegsende zu registrieren war, wurde durch die im Berichtsjahr fertiggestellten Wohnungen noch erhöht, obschon die Wohnungsproduktion bereits empfindlich zurückging. Stagnieren der inländischen Bevölkerungszahl, merkliche Abnahme der ausländischen Arbeitskräfte und die Unsicherheit über die künftige Einkommensentwicklung liessen die Wohnungsnachfrage deutlich schrumpfen.

Infolge des rückläufigen Wohnungsbaus und des sich abschwächenden Bevölkerungswachstums verminderten sich auch die Infrastrukturbauten der öffentlichen Hand wie Quartierstrassen, Schulhäuser u.a.m. In der gleichen Richtung wirkten sich die wach-

Rückgang von Bautätigkeit  
und Auslandnachfrage

Notwendigkeit  
beschleunigter Struktur-  
anpassungen

senden Finanzschwierigkeiten der öffentlichen Hand und die abnehmende Ausgabenfreudigkeit der Stimmbürger aus. Da die Kapazitätsauslastung mit schwindender Nachfrage zurückging und die Zukunftserwartungen keineswegs zu weiterer Expansion verlockten, bildeten sich auch die gewerblichen und industriellen Bauinvestitionen in erheblichem Masse zurück. Das gesamte private Bauvolumen nahm im Vergleich zum Vorjahr um gegen 40% ab.

Die markante Abschwächung der industriellen und gewerblichen Ausrüstungsinvestitionen sowie die Unterbrechung des in den vorangegangenen Jahren zum Teil überdimensionierten Lageraufbaus bewirkten einen massiven Rückgang der Importe. Er übertraf die Exportabschwächung bei weitem, so dass das traditionelle Handelsbilanzdefizit trotz der rückläufigen Exportkonjunktur weitgehend zusammenschumpfte.

Anzeichen eines Nachlassens  
der Konjunkturabschwächung

In der zweiten Jahreshälfte verlangsamte sich der Konjunkturabschwung. Vor allem in der Industrie begann sich die Produktion auf tieferer Stufe zu stabilisieren. In einzelnen exportorientierten Zweigen war eine leichte Erholung der Auslandsnachfrage zu verzeichnen. Die industrielle Produktion ging nach einem starken Rückschlag vor allem im ersten Quartal nicht mehr weiter zurück; für das ganze Jahr ergab sich gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung um 12%. Wichtige Dienstleistungsbereiche wurden von der Rezession gar nicht betroffen, wie insbesondere der Bankensektor, oder nur relativ geringfügig, wie beispielsweise die Versicherungen und der Fremdenverkehr. Auch die Landwirtschaft konnte 1975 auf einen im ganzen gesehen befriedigenden Ertragsverlauf zurückblicken.

Erfreulich rasche Rückbildung  
der Teuerung

Das reale Bruttosozialprodukt nahm gegenüber dem Vorjahr um 7% ab. Dies ist der stärkste Rückschlag der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes seit dem Zweiten Weltkrieg. Positiv zu vermerken ist demgegenüber das Nachlassen des Lohn- und Preisaufriffs. Die verständnisvolle und kooperative Haltung der Sozialpartner trug massgeblich nicht nur zur Überwindung der auftretenden Schwierigkeiten bei Arbeitszeitverkürzungen und Entlassungen, sondern auch zur Eindämmung der Lohnkostenentwicklung bei, was wiederum eine wichtige Voraussetzung für die rasche Rückbildung der Teuerung bildete. Unterstützt wurde diese ferner durch den durch den Kursanstieg des Frankens geförderten Preisrückgang bei den Importwaren sowie die Abschwächung des Mietpreisanstiegs als Folge der veränderten Wohnungsmarktlage und der Zinsentwicklung.

### **Beschäftigungslage und Arbeitsmarkt**

Die bereits im letzten Quartal 1974 feststellbare Abschwächung der Gesamtbeschäftigung setzte sich im Berichtsjahr in starkem Masse fort. In dem für die Beschäftigung repräsentativen dritten Quartal belief sich der Rückgang auf 8,2% gegenüber dem

Vorjahresquartal. Die Zahl der Arbeitslosen erreichte gegen Jahresende rund 26 000. Zum gleichen Zeitpunkt waren über 135 000 Arbeitskräfte auf Kurzarbeit gesetzt.

Der Beschäftigungsrückgang schlug sich zunächst vor allem in einem kräftigen Abbau der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte nieder. Ende August wurden in der Schweiz rund 750 000 erwerbstätige Ausländer oder 107 000 (12,5%) weniger als im Vorjahr gezählt. Mehrheitlich, nämlich zu 62%, handelte es sich dabei um Saisoniers, die 1975 nicht mehr eingestellt wurden.

Sektorale Unterschiede in der Beschäftigungslage

Der industrielle Bereich hatte schon in den letzten Jahren Arbeitskräfte verloren, namentlich an den Dienstleistungssektor (Banken). 1975 verstärkte sich diese Tendenz und breitete sich auch auf andere Sektoren der Wirtschaft aus. Grössere Abgänge waren in der Textilindustrie, in der Bekleidungsindustrie, in der Holz- und korkverarbeitenden Industrie, in der Kunststoffindustrie, im Metallgewerbe und in der Uhrenindustrie festzustellen.

Da die einzelnen Wirtschaftszweige von der Rezession in unterschiedlichem Ausmass erfasst wurden und der Konjunkturabschwung zudem teilweise mit strukturellen Anpassungsvorgängen zusammenfiel, trat der Beschäftigungsrückgang nach Branche und auch nach Unternehmung in unterschiedlichem Masse in Erscheinung. Insbesondere zeigten sich erhebliche regionale Verschiedenheiten. Die Beschäftigungslage gestaltete sich vor allem in den Regionen Jura und Südtessin kritisch. Sorgen bereitete sodann auch die zunehmende Zahl von Jugendlichen, die beim Eintritt ins Erwerbsleben keine geeignete Stelle finden konnten.

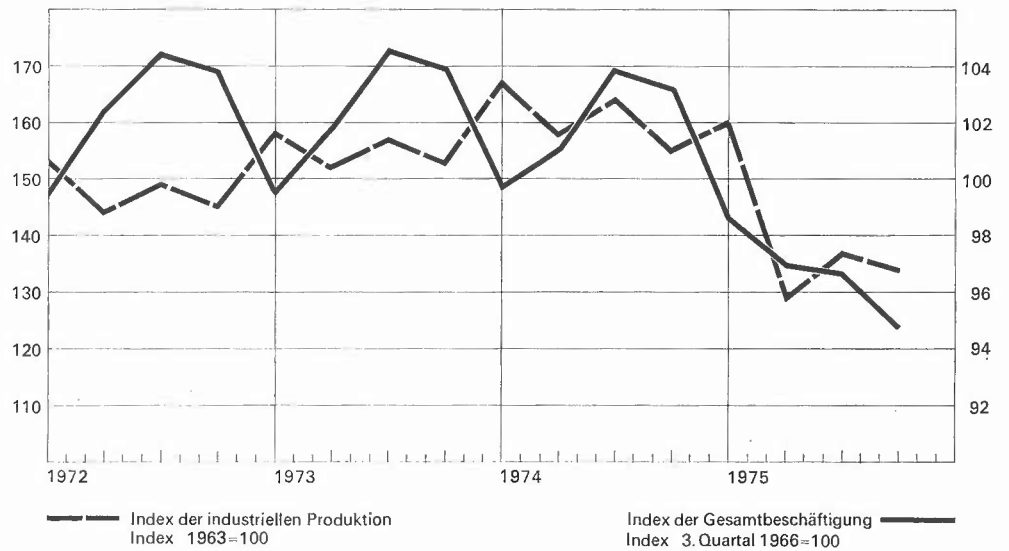
Einvernehmen zwischen den Sozialpartnern gewahrt

Die oft schwierigen Probleme, die sich beim Übergang zu Kurzarbeit, bei Entlassungen oder Betriebsschliessungen stellten, konnten im wesentlichen einvernehmlich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geregelt werden, wie überhaupt die Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern sehr gut war. Festgehalten zu werden verdient in diesem Zusammenhang die Schaffung von Rechtsgrundlagen für eine umfassende Arbeitslosenversicherung auf Bundesebene. Die Gesetzesvorlage wurde vom Parlament noch vor Jahresende verabschiedet.

## **Entwicklung der industriellen Produktion**

Die industrielle Produktion fiel im ersten Quartal 1975 um nicht weniger als 18% unter den Stand des entsprechenden Vorjahresquartals. Mit Ausnahme des Elektrizitätssektors wiesen alle Industriezweige Produktionsverringerungen auf. Die stärksten Einbussen verzeichneten dabei die Uhren-, die Metall-, die Papier-, die Textil- und die Chemiefaserindustrie. Im zweiten und dritten Quartal schwächte sich der Produktionsrück-

*Industrielle Produktion  
und  
Gesamtbeschäftigung*



gang in einzelnen Branchen deutlich ab. Die Gesamtproduktion lag im dritten Quartal noch 14% unter dem Niveau des Vorjahresquartals. Insbesondere jene Industriezweige, die bereits relativ früh vom Rückschlag betroffen worden waren, sahen sich im Verlaufe des Jahres aufgrund vermehrter Auslandaufträge in der Lage, ihren Ausstoss wieder leicht zu vergrößern. Das traf vor allem für einzelne Zweige der Textilindustrie, der Metallindustrie und der Uhrenindustrie zu.

**Bautätigkeit**

Die bereits im Vorjahr eingetretene Abschwächung der Bautätigkeit verschärfte sich im Berichtsjahr. Insbesondere im Wohnungsbau trat ein starker Rückschlag ein. In den Städten wurden rund 5 200 oder 18,4% weniger Wohnungen als im Vorjahr erstellt. Mit der fortschreitenden Fertigstellung der zu Beginn des Jahres noch im Bau befindlichen Vorhaben ging die Wohnbautätigkeit mehr und mehr zurück. Ende Juni befanden sich in Gemeinden mit über 2 000 Einwohnern 37 929 Wohnungen im Bau oder 41% weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Baubewilligungen nahm im Verlaufe des Jahres weiter ab.

Starke Zunahme des Leerwohnungsbestandes

Die Zahl der leerstehenden Wohnungen stieg von 31 000 1974 auf 51 000 Ende 1975 an. Billigere und standortgünstige Wohnungen blieben aber weiterhin gefragt.

Auch die öffentliche Bautätigkeit verringerte sich gemäss Statistik über die Bauvorhaben im Vergleich zum Vorjahr, obwohl mit real 9,5% wesentlich weniger als der Wohnungsbau. Der Rückgang betraf sowohl den Tiefbau wie auch den Hochbau. Die wesent-



Massnahmen zur Förderung  
der Bautätigkeit

lich stärkere Abnahme der privaten Bautätigkeit hatte zur Folge, dass sich der Anteil des öffentlichen Baus an der Gesamtbautätigkeit von 37,5% im Jahre 1974 auf 42,5% erhöhte.

Eine übermässige Schrumpfung der Bauwirtschaft und eine Vernichtung von auf längere Frist benötigten Baukapazitäten war volkswirtschaftlich unerwünscht. Die öffentliche Hand, insbesondere der Bund, bemühte sich deshalb, durch Vorverlegen von Aufträgen und zusätzliche Aufwendungen im Rahmen eines besonderen Konjunkturbudgets das Baugewerbe zu stützen. Diese Massnahmen vermochten sich jedoch vor Ende des Jahres noch kaum spürbar auf die Aktivität in der Bauwirtschaft auszuwirken.

Die industriellen und gewerblichen Bauinvestitionen, die bereits 1974 rückläufig gewesen waren, verminderten sich im Berichtsjahr real um 29%. Die gesamte private Bautätigkeit ging damit gegenüber dem Vorjahr um nicht weniger als 40% zurück.

### **Aussenhandel**

Starker Rückgang des  
Handelsbilanzdefizits

Im Berichtsjahr wurden Waren im Werte von 34 268 Mio Franken eingeführt. Die Ausfuhr erreichte einen wertmässigen Umfang von 33 430 Mio Franken, so dass sich ein Handelsbilanzdefizit von lediglich 838 Mio Franken ergab, 6 738 Mio Franken oder 88,9% weniger als im Vorjahr. Da seit Beginn des Jahres 1975 das Preisniveau der Importe unter dasjenige der Exporte fiel, verbesserten sich für unser Land auch die realen Austauschverhältnisse.

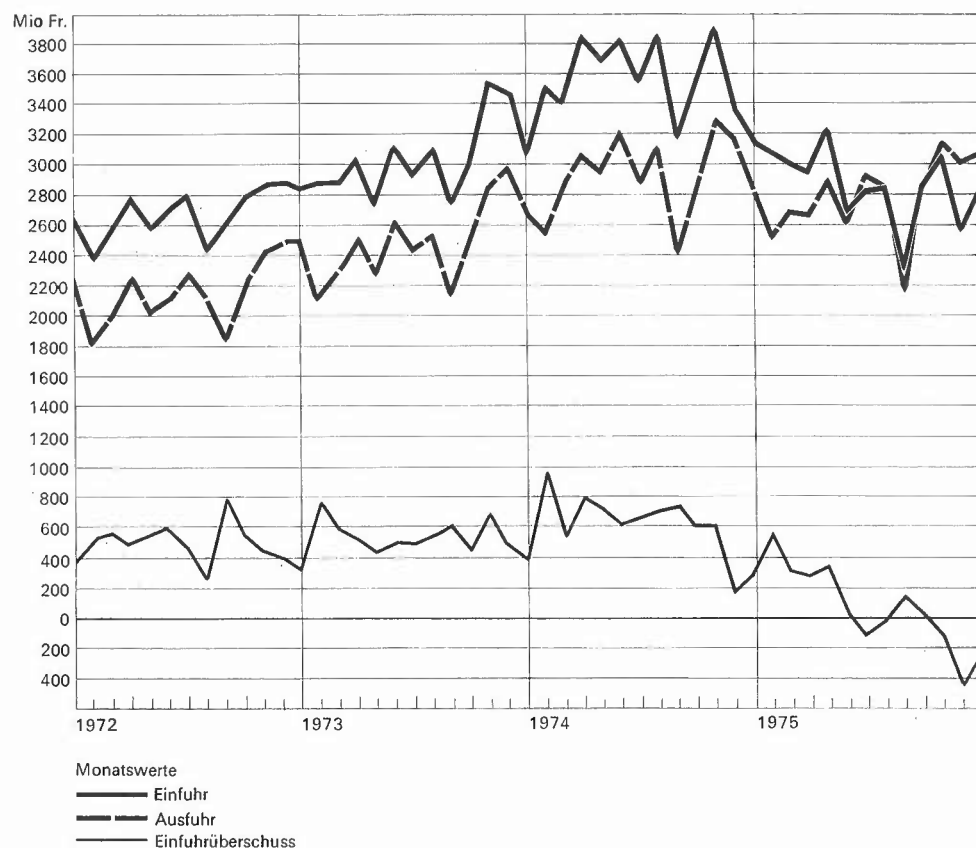
Wie schon in früheren Rezessionsphasen reagierte 1975 die Einfuhr rascher als die Ausfuhr. Die Abnahme gegenüber dem Vorjahr betrug 20,2%. Dies war vor allem auf den Lagerabbau und die massive Verringerung der Rohwaren- und Energieträgerbezüge sowie die rückläufige Investitionstätigkeit und die deshalb nachlassenden Importe von Ausrüstungsgütern zurückzuführen. Der Export erlitt eine verhältnismässig geringe Einbusse von 5,4%, die aber, gemessen an der Produktionskapazität der Exportindustrie, sehr spürbar war. Die Erfahrung, dass Erzeugnisse von hoher Qualität, insbesondere spezialisierte Investitionsgüter, konjunkturresistenter sind als ausgesprochene Konsumgüter und dass die Exporte einzelner Branchen, insbesondere der Maschinenindustrie, aufgrund längerer Fertigungszeiten erst relativ spät in den Sog der Rezession geraten, wurde 1975 bestätigt.

Rekordüberschuss der  
Ertragsbilanz

Die rezessionsbedingte Rückbildung des Handelsbilanzdefizites hatte, da sich der traditionelle Einnahmenüberschuss im Dienstleistungsverkehr kaum verminderte, eine starke Aktivierung der Ertragsbilanz zur Folge. Der Einnahmenüberschuss der Ertragsbilanz dürfte 7 Mrd Franken überstiegen haben; er hat damit einen absoluten Rekordbetrag erreicht.

Alle wichtigen Komponenten der Einfuhr verzeichneten im Berichtsjahr sowohl nominal wie real eine Abnahme. Das Ausmass war jedoch sehr unterschiedlich. Allein rund 60% des gesamten Importrückganges waren auf die verminderte Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten zurückzuführen. 18% entfielen auf Konsumgüter und etwa 14% auf Investitionsgüter.

## Handelsbilanz



Die Einfuhrabschwächung erstreckte sich auf alle wichtigen Bezugsgebiete. Aus der EWG wurden 20,5%, aus der EFTA 27,1% weniger importiert. Die Warenbezüge aus den USA und aus Kanada gingen um 10,7% zurück.

Die stärksten Exportrückschläge betrafen die Uhrenindustrie mit 15,2% und Textilien/Bekleidung mit 13,5%. Die Metall- und Maschinenindustrie verzeichnete erst vom dritten Quartal an einen Exportrückgang.

Die Warenausfuhr nach der EWG nahm um 6,9%, nach den EFTA-Ländern um 13,3% und nach Nordamerika (USA und Kanada) um 11% ab.

Unsere Exportindustrie vermochte dank grossen Anstrengungen ihre bisherigen

Marktpositionen im grossen und ganzen zu halten. Erleichtert wurde ihr dies durch die Tatsache, dass die im Vergleich zu anderen Staaten günstigere Entwicklung der Inflationsrate die Verschlechterung der Wettbewerbsposition durch den Wechselkurs in zahlreichen Absatzgebieten wenigstens teilweise ausglich. Es gelang im weiteren auch, neue Absatzmärkte zu erschliessen. Namentlich die Exporte nach den Entwicklungsländern, den ost-europäischen Staatshandelsländern sowie den OPEC-Staaten konnten erhöht werden, so dass der Anteil dieser Gebiete am Gesamtexport deutlich zunahm.

### **Privater Konsum**

Einige wesentliche Bestimmungsfaktoren des privaten Konsums haben sich seit Beginn der Rezession grundlegend geändert. Einmal verringerte sich mit dem kräftigen Rückgang der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte das Kaufkraftpotential der Konsumenten spürbar. In gleicher Weise wirkte sich auch das Ausscheiden von zahlreichen Zweitverdienern und Pensionierten aus dem Erwerbsleben aus. Im weiteren führte die Rezession und damit die Unsicherheit über die Zukunft zu einer deutlichen Zunahme der Spartätigkeit, was zwangsläufig von einer gewissen Abschwächung der Konsumnachfrage begleitet war.

Aufgrund der realen Kleinhandelsumsätze war seit Mitte 1974 eine deutliche Schrumpfung des privaten Verbrauches festzustellen. Im vierten Quartal betrug der Rückgang gegenüber dem Vorjahr 7,4%. Besonders kräftig nahmen die Käufe von dauerhaften Konsumgütern ab.

### **Fremdenverkehr**

Als bemerkenswert konjunkturrestant erwies sich im Berichtsjahr der Fremdenverkehr. Im dritten Quartal 1975 lag die Zahl der Hotelübernachtungen 5,2% unter dem Vorjahresergebnis. Für die Schweizer Gäste belief sich der Rückgang auf 6,2%, für Ausländer auf 4,5%. Stärker nahm der Berufsreiseverkehr ab, nämlich für die gleiche Referenzperiode um 23,2%. Im inländischen Ferienreiseverkehr nahm nun auch die Beanspruchung der sogenannten Para-Hotellerie leicht ab.

Regional waren wesentliche Frequenzunterschiede festzustellen. Während einzelne Gegenden wie das Tessin und die Innerschweiz einen wenn auch geringen Zuwachs an Hotelübernachtungen registrieren konnten, gingen die Besucherzahlen in anderen Regionen, vor allem aber in den Städten, merklich zurück.

Abgeschwächte Konsumnachfrage

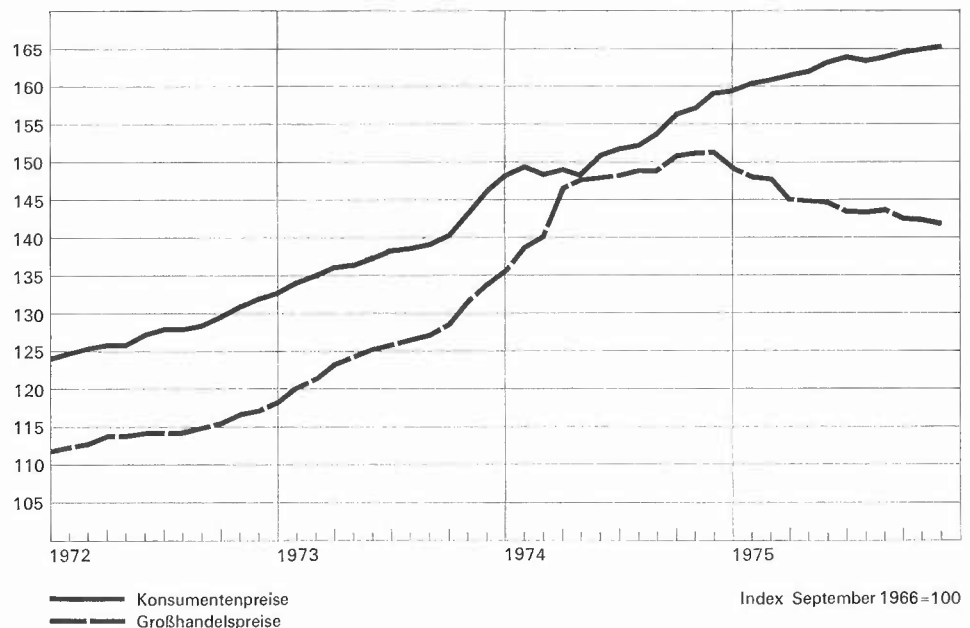
Geringer Rückschlag im Fremdenverkehr

## Preis- und Lohnentwicklung

Markanter Rückgang der  
Teuerung

Einen Lichtblick im sonst unfreundlichen Bild des Wirtschaftsgeschehens bildete im Berichtsjahr die Entwicklung der Preise. Nach dem ausserordentlich starken Ansteigen der Teuerung in den Vorjahren konnte, vor allem in der zweiten Jahreshälfte, ein beachtlicher Erfolg bei der Eindämmung der Verteuerung der Lebenshaltungskosten erzielt werden. Zu dieser erfreulichen Tendenzwende trug namentlich die Verbilligung der Importwaren bei. Der stärkere Wettbewerb bewirkte ferner, dass Wechselkursvorteile vermehrt an die Konsumenten weitergegeben wurden.

Entwicklung  
des Preisniveaus



Während die Grosshandelspreise schon seit dem vierten Quartal 1974 rückläufig waren, trat eine spürbare Abflachung des Teuerungstrends beim Index der Konsumentenpreise erst in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres ein. Zu dieser Entwicklung trugen vor allem sinkende Preise für Nahrungsmittel und Textilien bei. Die Teuerungsrate ging, verglichen mit dem jeweiligen Vorjahresmonat, von 7,3% im Januar auf 3,4% im Dezember zurück. Die Schweiz wies am Jahresende die geringste Preissteigerung aller Industrienationen auf.

Kräftige Senkung der  
Importpreise

Die Grosshandelspreise sanken erstmals im März des Berichtsjahres unter den Vorjahresstand. Der rückläufige Trend setzte sich in der Folge fort, und der Index lag im Dezember 4,9% tiefer als im Vorjahr. Der Preisindex der Importwaren unterschritt den Vorjahresstand in diesem Zeitpunkt sogar um 11,0%. Bei den Inlandwaren folgte der Preisrückgang mit einer zeitlichen Verzögerung von rund sechs Monaten. Ende Jahr lag ihr Preisindex um 2,3% unter dem Vorjahresstand.

Die Abschwächung der Bautätigkeit und der dadurch ausgelöste Wettbewerbsdruck bei Offertstellungen führte zu einer deutlichen Verbilligung auch im Bausektor. Der Zürcher Baukostenindex lag im Oktober 5,8% tiefer als zwölf Monate zuvor. Im Vorjahr war noch ein Baukostenanstieg von 7% registriert worden.

Verlangsamter Lohnanstieg

Auch die Lohnentwicklung verlangsamte sich. Die Zuwachsraten der durchschnittlichen Stunden- und Monatsverdienste verunfallter Arbeitnehmer lagen unter den Vorjahreswerten. Von Quartal zu Quartal war eine leichte Abschwächung der Zuwachsraten festzustellen. Im dritten Quartal 1975 lagen die durchschnittlichen Monatsverdienste 6,4% über den entsprechenden Vorjahreswerten, verglichen mit einer Zuwachsrate von 16,7% im Vorjahr.

### **Landwirtschaft**

Geringfügige Ertragseinbussen

Im Verhältnis zu den meisten anderen Wirtschaftszweigen erlitt die Landwirtschaft im vergangenen Jahr insgesamt einen nur geringfügigen Rückschlag. Veränderte Konsumgewohnheiten und eine geringere Bevölkerungszahl bewirkten einen leichten Rückgang des Nahrungsmittelkonsums; davon wurde insbesondere der Fleischabsatz betroffen.

Verglichen mit dem sehr guten Landwirtschaftsjahr 1974 fiel der Endrohertrag 1975 laut Berechnung des Bauernsekretariats mengenmässig um 2,4% niedriger aus. Angesichts der noch relativ guten Lage der Landwirtschaft und der deutlichen Abschwächung des Lohnkostenauftriebs verzichtete der Bauernverband im Herbst auf Preiserhöhungsforderungen für den Beginn des Jahres 1976.

Die veränderte Lage auf dem Arbeitsmarkt hatte überdies zur Folge, dass das Problem der Arbeitskräfteknappheit, das den Agrarsektor in den letzten Jahren besonders belastet hatte, etwas in den Hintergrund trat.

### **Bundesfinanzen**

Wesentliche Verschlechterung des Bundeshaushaltes

Die im April vorgelegte Finanzrechnung 1974 zeigte eine deutliche Verschlechterung der Haushaltlage des Bundes an. Bei einer Erhöhung der Ausgaben um 12,3% und der Einnahmen um 10,7% ergab sich ein Ausgabenüberschuss von rund 1 Mrd Franken. Im Budget war lediglich ein Defizit von 200 Mio Franken vorgesehen.

Durch die in der Hochkonjunktur dem Staate vermehrt übertragenen Aufgaben hatten sich die Ausgaben der öffentlichen Hand in einem Masse ausgedehnt, mit dem die

Einnahmenentwicklung, die sich infolge der konjunkturellen Abschwächung zusehends verlangsamte, bei weitem nicht Schritt zu halten vermochte. Der Bundesrat war deshalb gezwungen – besonders auch nach der Ablehnung der Finanzvorlage vom 8. Dezember 1974 durch das Volk – eine budgetierte Finanzierungslücke von annähernd 2 Mrd Franken durch Ausgabensenkungen in der Höhe von 1 Mrd Franken auf ein gesamtwirtschaftlich tragbares Mass zu reduzieren. Das bereinigte Budget sah danach noch eine Steigerung der Ausgaben um 3,9%, eine solche der Einnahmen um 2% und ein Defizit von rund 500 Mio Franken vor.

Am 8. Juni nahm der Souverän Finanzvorlagen an, welche dem Bund zusätzliche Einnahmen durch Erhöhung der Warenumsatz- und der Wehrsteuer gewährten.

Zusätzliche Ausgaben zur  
Konjunkturbelebung

Die sich verschlechternde Konjunktur, insbesondere der starke Rückschlag in der Bauwirtschaft, veranlassten den Bund, Massnahmen zur Belebung der Konjunktur und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu ergreifen. Das vom Parlament im Juni verabschiedete Programm sah zusätzliche bundeseigene Investitionen von 200 Mio Franken und vom Bund mitfinanzierte Aufwendungen im Betrage von 600 Mio Franken vor. Insgesamt sollte damit ein zusätzliches Auftragsvolumen von 1,1 Mrd Franken ausgelöst werden können.

Zusammen mit dem Budget 1976, das ein Defizit von 600 Mio Franken vorsieht, unterbreitete der Bundesrat den eidgenössischen Räten im Herbst einen konjunkturbedingten Budgetzusatz von 600 Mio Franken. Das Parlament stimmte Budget samt Konjunkturzusatz noch in der Wintersession zu.

## **Entwicklung der inländischen Geld-, Kredit- und Kapitalversorgung**

### **Die Entwicklung der Geldversorgung**

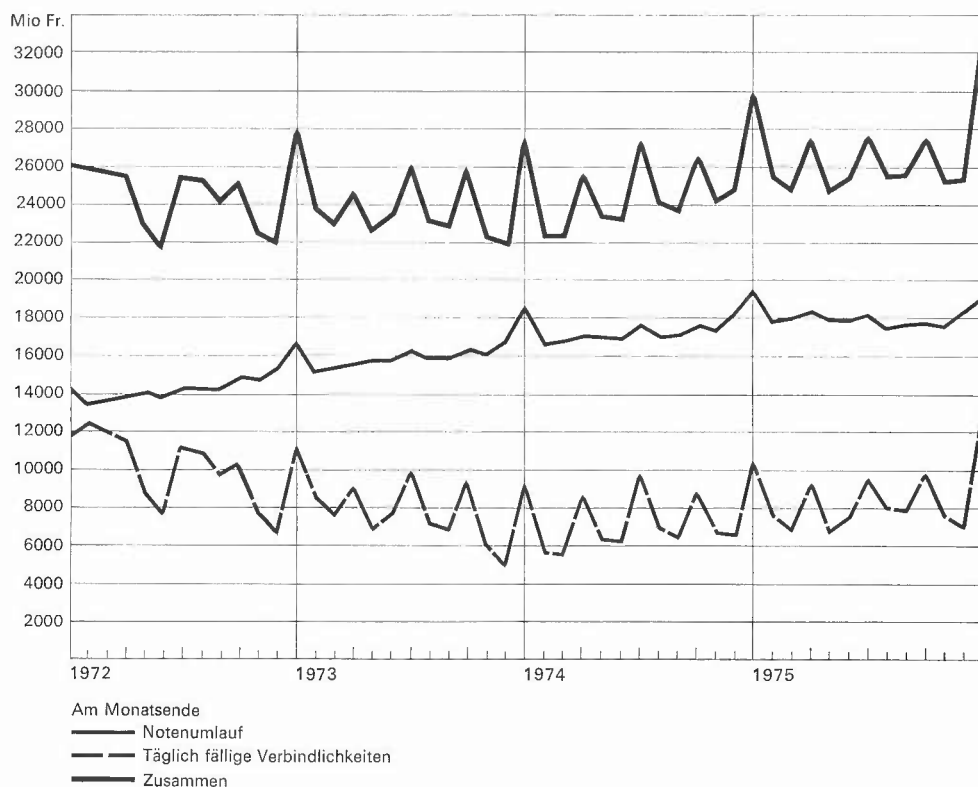
Geldmengenziel 1975:  
Ausweitung um 6%

Die Nationalbank sah sich 1975 erstmals in der Lage, eine gezielte Erweiterung der Geldversorgung der schweizerischen Wirtschaft planen zu können. Für die in Aussicht genommene Ausweitung des Notenbankgeldes, der sogenannten monetären Basis (Notenumlauf und Giro Guthaben der privaten Wirtschaft beim Noteninstitut), um 1,5 Mrd Franken oder 6% standen ihr verschiedene Wege offen: Freigabe von sterilisierten Geldern (u.a. Mindestguthaben), Offenmarktkäufe von Wertpapieren und Ankauf von Devisen gegen Gutschrift von Schweizerfranken.

Als Folge der am 6. Januar wieder aufgenommenen Interventionskäufe am Devisenmarkt verzeichnete die monetäre Basis im ersten Quartal eine beträchtliche Expansion. Für die Geldmengenpolitik kann allerdings nicht primär auf die Bruttogrösse der monetären

*Notenumlauf und  
täglich fällige  
Verbindlichkeiten*

ren Basis abgestellt werden, da diese auch durch die in der Regel kurzfristigen Finanzierungshilfen der Notenbank, vorab über die geldwirtschaftlichen Spitzentermine, beeinflusst wird. Werden die von der Nationalbank geborgten Liquiditäten ausgeklammert, so bewegten sich die jährlichen Zuwachsraten der derart bereinigten monetären Basis im ersten Vierteljahr zwischen 10,6% im Januar und 7,7% im März.



In den ersten Monaten des Berichtsjahres nahmen die Banken die Refinanzierungshilfen der Nationalbank etwas stärker in Anspruch als im Vorjahr, ab Frühjahr dagegen deutlich weniger. Ende Juni lag deshalb das gesamte Notenbankgeldvolumen einschliesslich Beanspruchung des Notenbankkredits nur 1,0% über dem Vorjahresniveau, obschon die bereinigte monetäre Basis eine Expansionsrate von 11% gegenüber dem Vorjahresstand aufwies, indem diese seit Jahresbeginn um 1,4 Mrd Franken auf 22,8 Mrd Franken angestiegen war. Das ursprüngliche Ziel, nämlich eine Vergrösserung um 1,5 Mrd Franken im gesamten Berichtsjahr, war damit bereits annähernd erreicht.

In verlangsamtem Rhythmus setzte die Nationalbank die Schaffung neuen Notenbankgeldes auch in der zweiten Jahreshälfte fort. Ende Dezember lag die bereinigte monetäre Basis um 2,1 Mrd Franken oder 9,9% über dem Niveau vom Jahresende 1974.

### Entwicklung der Geldmenge

In Mrd Franken – Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %

Quartalsende	Monetäre Basis <sup>1</sup>		Bargeldumlauf <sup>2</sup>		Sichteinlagen <sup>3</sup>		Geldmenge M <sub>1</sub> <sup>4</sup>		Quasi-Geld <sup>5</sup>		Geldmenge M <sub>2</sub> <sup>6</sup>		Geldmenge M <sub>3</sub> <sup>7</sup>	
	Mrd Fr.	Zuwachs %	Mrd Fr.	Zuwachs %	Mrd Fr.	Zuwachs %	Mrd Fr.	Zuwachs %	Mrd Fr.	Zuwachs %	Mrd Fr.	Zuwachs %	Mrd Fr.	Zuwachs %
<b>1973</b>														
März	24,1	- 1,1	14,3	+ 10,7	27,3	- 1,8	41,6	+ 2,2						
Juni	24,1	+ 2,1	14,8	+ 12,9	27,5	- 0,7	42,3	+ 3,7	20,4	+ 12,1	62,7	+ 6,3	122,3	+ 9,6
September	24,3	+ 3,2	15,1	+ 12,7	26,7	- 4,3	41,8	+ 1,3						
Dezember	26,4	+ 2,5	16,4	+ 10,2	27,8	- 2,3	44,2	+ 2,0	22,8	+ 14,3	67,0	+ 5,9	129,6	+ 7,6
<b>1974</b>														
März	25,1	+ 4,1	15,8	+ 10,3	25,7	- 5,8	41,5	- 0,2						
Juni	26,4	+ 9,2	16,1	+ 8,4	25,9	- 5,8	42,0	- 0,8	27,1	+ 32,8	69,1	+ 10,1	131,4	+ 7,4
September	26,1	+ 7,5	16,3	+ 7,8	25,4	- 5,0	41,7	- 0,3						
Dezember	29,1	+ 10,1	17,7	+ 7,9	27,0	- 3,0	44,7	+ 1,1	27,6	+ 20,7	72,3	+ 7,8	137,4	+ 6,0
<b>1975</b>														
März	27,0	+ 7,7	16,8	+ 6,5	26,7	+ 3,8	43,5	+ 4,8						
Juni	26,6	+ 1,0	16,7	+ 3,6	27,3	+ 5,3	43,9	+ 4,7	26,2	- 3,1	70,2	+ 1,6	139,2	+ 5,9
September	26,2	+ 0,1	16,3	- 0,2	27,1	+ 7,0	43,4	+ 4,2						
Dezember	30,9	+ 6,2	17,7	- 0,1	29,9	+ 11,0	47,6	+ 6,6	-	-	-	-	-	-

<sup>1</sup> Monetäre Basis = Notenumlauf (= Noten und Münzen exkl. Bestände bei Postcheck, Bund) + Giroguthaben von Banken, Handel, Industrie und übrigen Privaten bei der Nationalbank

<sup>1a</sup> Zuwachsraten der bereinigten monetären Basis (= monetäre Basis exkl. Refinanzierungskredite der Nationalbank)

<sup>2</sup> Bargeldumlauf = Noten und Münzen beim privaten Publikum (= Notenumlauf exkl. Bestände bei Banken)

<sup>3</sup> Sichteinlagen = inländische Sichteinlagen in SFr. des privaten Publikums (= Nichtbankensektor) bei Banken und Postcheck

<sup>4</sup> Geldmenge M<sub>1</sub> = Bargeldumlauf + Sichteinlagen

<sup>5</sup> Quasi-Geld = inländische Termineinlagen und Sichteinlagen in fremder Währung des privaten Publikums bei Banken

<sup>6</sup> Geldmenge M<sub>2</sub> = Geldmenge M<sub>1</sub> + Quasi-Geld

<sup>7</sup> Geldmenge M<sub>3</sub> = Geldmenge M<sub>2</sub> + inländische Spareinlagen, Depositen- und Einlagehefte bei Banken



Abnehmender Geldmultiplikator

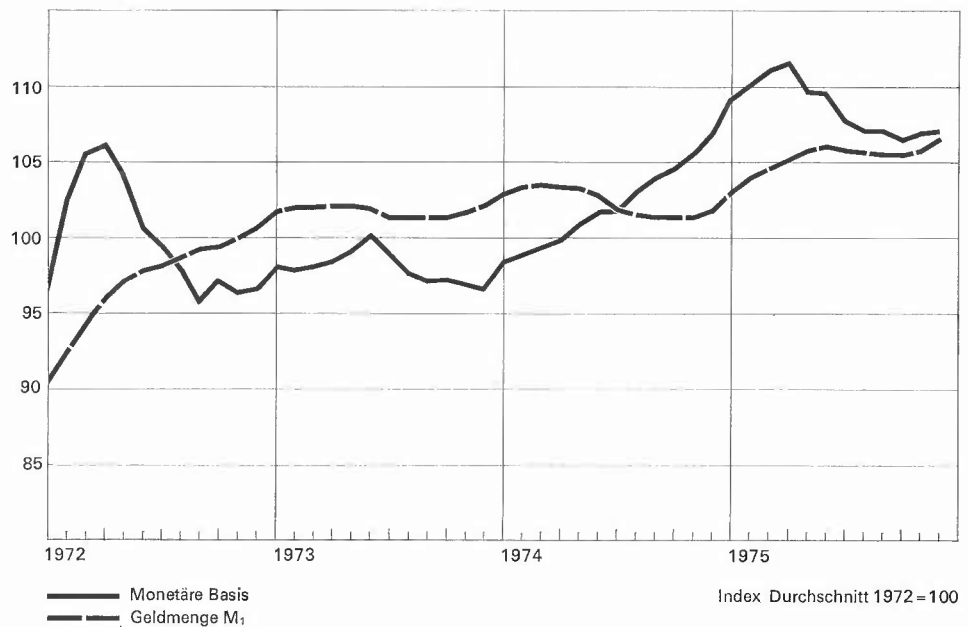
Bei der Beurteilung dieser Expansion ist die Entwicklung der volkswirtschaftlich relevanten Geldmenge  $M_1$  (Bargeldumlauf und Sichteinlagen des Nichtbankensektors) in Rechnung zu stellen. Die Ausweitung der monetären Basis um insgesamt 1,5 Mrd Franken war im Hinblick auf ein angestrebtes Geldmengenwachstum ( $M_1$ ) von 3 Mrd Franken oder 6% formuliert worden. Das Verhältnis zwischen den beiden Grössen, der sogenannte Geldmultiplikator, wird u.a. durch die Geld- und Kreditnachfrage bestimmt und unterliegt deshalb Schwankungen im Konjunkturablauf. Die Wirtschaftslage entwickelte sich weniger günstig als erwartet. Entsprechend geringer war die Kreditnachfrage, weshalb sich das Wachstum der monetären Basis nicht, wie angenommen, im doppelten Ausmass (Geldmultiplikator von 2), sondern mit einem Multiplikator von durchschnittlich 1,89 auf die Geldmenge  $M_1$  übertrug. Wie für den Fall einer solchen Entwicklung bereits im Januar angekündigt, entschloss sich die Nationalbank zu einer etwas stärkeren Ausdehnung der monetären Basis, um damit die Voraussetzungen für ein angemessenes Geldmengenwachstum zu verbessern. Dabei war zu berücksichtigen, dass auch mit einer noch so grossen Geldschöpfung keine entscheidenden Impulse auf die Investitionstätigkeit und die Beschäftigungslage ausgelöst werden können, solange die bestehenden Produktionskapazitäten wegen ungenügender Nachfrage schlecht ausgelastet sind.

Zinsbedingte Verlagerung von Termin- auf Sichtguthaben

Die beiden Komponenten der Geldmenge  $M_1$ , Bargeld und Sichteinlagen, entwickelten sich im Berichtsjahr gegenläufig. Die Jahreszuwachsrate des Bargeldumlaufs verminderten sich von 7,0% im Januar bis auf -0,1% im Dezember. Das war eine Folge der schwachen Wirtschaftstätigkeit und der fallenden Teuerungsraten. Die Sichtguthaben waren im Vorjahr rückläufig gewesen, weil wegen der hohen Zinssätze eine Verlagerung von den Sicht- zu den Termineinlagen stattgefunden hatte. Letztere waren damals auch durch Gelder alimentiert worden, die in Erwartung weiter steigender langfristiger Zinssätze dem Kapitalmarkt noch nicht zugeleitet wurden. Im Berichtsjahr verlief die Entwicklung im wesentlichen entgegengesetzt, wobei aber der Anstieg der Sichtguthaben wegen der geringen Geld- und Kreditschöpfung im Bankensystem anfänglich bescheiden blieb, im Jahresverlauf jedoch eine deutlich steigende Tendenz aufwies. Im Dezember zeigte sich die Wirkung der vorangegangenen Expansion der monetären Basis in einem Anstieg der Jahreszuwachsrate der Sichtguthaben auf 11%. Die Geldmenge  $M_1$  lag in diesem Zeitpunkt mit 47,6 Mrd Franken um 6,6% über dem Vorjahresniveau (im Jahresdurchschnitt: + 4,4%). Damit war das geldmengenpolitische Ziel trotz des unerwarteten Ausmasses der Rezession weitgehend erreicht worden. Über die Entwicklung der Geldmenge und ihrer Komponenten gibt die Tabelle auf Seite 38 Aufschluss.

Die Ausweitung der bereinigten monetären Basis betrug im Berichtsjahr insgesamt 2,1 Mrd Franken. Davon entfielen 0,2 Mrd Franken auf den Abbau der Mindestguthaben

*Entwicklung der  
monetären Basis  
und der Geldmenge*



Abschöpfung von Notenbank-  
geld durch Konversionspflicht  
auf Kapitalexporten

und 0,6 Mrd Franken auf die um den Betrag der neuplazierten Sterilisierungsreskriptionen (425 Mio Franken) verminderte Freigabe von Geldern, die als Sanktion für die Überschreitung des zulässigen Kreditwachses eingefordert worden waren (1,0 Mrd Franken). Der grösste Betrag, nämlich 2,1 Mrd Franken, resultierte jedoch aus dem Saldo der Interventionskäufe am Devisenmarkt (11,2 Mrd Franken) und der Devisenabgaben im Rahmen der Konversionspflicht für Kapitalexporte (9,1 Mrd Franken). Da der volle Betrag der bewilligungspflichtigen Kapitalexporte bei der Nationalbank in Devisen zu konvertieren war, wurde auf diesem Wege kontinuierlich Notenbankgeld abgeschöpft und damit der geldmengenpolitisch vertretbare Spielraum für Interventionskäufe am Devisenmarkt ganz wesentlich erweitert. Die Summe der aufgeführten Beträge übersteigt den Zuwachs der bereinigten monetären Basis um 0,8 Mrd Franken. Diese Differenz ist im wesentlichen bedingt durch den Anstieg der Bundesguthaben bei der Nationalbank, die nicht zur monetären Basis gerechnet werden.

**Die Entwicklung der Geldmarktverhältnisse im Jahresablauf**

Die Interventionskäufe der Nationalbank am Devisenmarkt, der hohe Zufluss an Kundengeldern zu den Banken und die geringe Beanspruchung der Bankkredite gestalteten den Geldmarkt im allgemeinen sehr flüssig. Die am 6. Januar nach fast zweijährigem Unterbruch wieder aufgenommenen Deviseninterventionen der Nationalbank erleichter-

ten es den Banken, die von der Nationalbank über den Jahresultimo gewährte Überbrückungshilfe wieder abzutragen. Um die Verflüssigung des Geldmarktes in Grenzen zu halten, forderte die Nationalbank Ende Februar auf dem Bestand und dem Zuwachs ausländischer Verbindlichkeiten zusätzliche Mindestguthaben im Betrag von rund 500 Mio Franken ein. (Die inländischen Verbindlichkeiten waren im November 1974 von der Mindestguthabepflicht befreit worden.) Dadurch wurde ein Teil der Devisenkäufe, die bis Mitte Januar schon 1,2 Mrd Franken erreichten, kompensiert. Als Folge der leichten Marktverfassung bildeten sich die kurzfristigen Zinssätze zurück.

Im März wurden im Dezember 1974 abgeschlossene Dollar-Franken-Swaps auf 3 Monate im Betrag von 510 Mio Franken fällig. Die Banken nahmen deshalb über das erste Quartalsende die Finanzierungshilfe der Nationalbank in erheblichem Ausmass in Anspruch. Im April verknappte sich der Geldmarkt, und die Giroguthaben der Wirtschaft fielen erstmals im Berichtsjahr unter 5 Mrd Franken, nachdem sie im ersten Quartal in der Regel mehr als 6 Mrd Franken betragen hatten. Dies war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Konversionspflicht für grössere Kapitalexperte in erheblichem Ausmass Liquidität absorbiert hatte. Die Nationalbank gab deshalb auf Ende April rund 300 Mio Franken Mindestguthaben frei und bot den Banken ausserdem Dreimonats-Swaps an. Die Banken machten von dieser Offerte im April und Mai im Betrag von insgesamt rund 220 Mio Franken Gebrauch.

Eine weitere Reduktion der Mindestguthaben um etwa 400 Mio Franken erfolgte auf Ende Mai. Zusätzlich wurden 150 Mio Franken frei aus Geldern, die im Zusammenhang mit Kreditüberschreitungen zeitweise stillgelegt worden waren. Zu Jahresbeginn waren rund 1 Mrd Franken auf einem Sonderkonto der Nationalbank blockiert. Im März 1975 wurden die Überschreitungen per Ende Januar 1975 eingefordert und gleichzeitig die im Dezember 1974 geleisteten Einzahlungen nach Ablauf der dreimonatigen Sperrfrist freigegeben. Da die Überschreitungen Ende Januar nicht höher waren als jene vom Oktober, resultierte aus dieser Abrechnung kein weiterer Liquiditätsentzug. Die Ende Mai und im Juni erfolgte Abrechnung der Überschreitungen von Ende April führte per Saldo zur Freigabe von rund 150 Mio Franken. Mitte Jahr waren somit noch rund 850 Mio blockiert.

Mitte Juni erreichten die Giroguthaben der Wirtschaft den hohen Betrag von 6,5 Mrd Franken. Die Banken nahmen deshalb die ihnen zur Bewältigung des Semesterultimos angebotenen Dollar-Franken-Swaps (1 Mrd Dollar) nicht einmal zur Hälfte in Anspruch, benützten hingegen den Notenbankkredit recht kräftig. Die gesamte Überbrückungshilfe der Nationalbank betrug 3,5 Mrd Franken gegenüber 4,8 Mrd vor Jahresfrist und 4,3 Mrd Ende März 1975. Die Giroguthaben der Wirtschaft beim Noteninstitut stiegen am Ultimo auf 8,4 Mrd Franken (8,8 Mrd im Juni 1974 und 8,7 Mrd im März

## Beanspruchung des Notenbankkredits (Diskont- und Lombard)

### Ultimo-Finanzierungshilfe der Nationalbank – in Mrd Franken

	Notenbankkredit				Ultimo-Finanzierungshilfe <sup>1</sup>	
	Stand Ende Monat		Anstieg in der Woche vor Ultimo		1974	1975
	1974	1975	1974	1975		
Januar	0.89	1.70	0.65	0.79	0.65	0.79
Februar	0.97	1.02	0.73	0.11	0.73	0.11
März	1.75	2.51	1.46	2.09	3.96	4.25
April	1.05	1.59	0.52	1.00	0.52	1.00
Mai	1.83	1.05	1.11	0.76	1.11	0.80
Juni	2.40	2.61	1.76	2.37	4.82	3.52
Juli	1.62	1.46	0.79	1.24	0.79	1.24
August	1.53	0.93	0.75	0.69	0.75	0.69
September	1.99	2.33	1.17	2.10	4.04	3.26
Oktober	1.80	0.84	1.11	0.62	1.11	0.62
November	2.10	1.04	1.20	0.81	1.20	0.81
Dezember	3.39	2.14	2.39	1.85	5.31	7.15

<sup>1</sup> Anstieg des Notenbankkredits in der Woche vor Ultimo + Ultimo-Swaps + kurzfristige Rücknahme von Sterilisierungsreskriptionen des Bundes durch die Nationalbank

1975). Der verhältnismässig geringe zusätzliche Liquiditätsbedarf war nicht nur auf die reichliche Versorgung des Geldmarktes, sondern auch auf einen im Vergleich zum Vorjahr deutlich abgeschwächten saisonalen Anstieg des Notenumlaufes zurückzuführen.

Im dritten Quartal bewegten sich die Giro Guthaben der Wirtschaft in der Regel deutlich über 5,5 Mrd, oft auch über 6 Mrd Franken. Im August liefen die im Mai abgeschlossenen Dreimonats-Swaps ab. Andererseits wurden ebenfalls im August und in der ersten Septemberhälfte die aufgrund der Kreditüberschreitungen per Ende April im Juni eingeforderten Beträge in der Höhe von rund 550 Mio Franken und in der zweiten Monatshälfte die im Zusammenhang mit den Überschreitungen per Ende Juli 1974 blockierten Gelder im Betrag von etwa 300 Mio Franken freigegeben. Damit war das Sonderkonto Kreditüberschreitungen Ende September bis auf einen unbedeutenden Restposten liquidiert. Um die Ausweitung der monetären Basis im Rahmen der geldmengenpolitischen Zielsetzungen zu halten, schöpfte die Nationalbank einen Teil dieser zusätzlichen Liquidität ab, indem sie anfangs September bei den Banken Sterilisierungsreskriptionen im Betrag von 425 Mio Franken plazierte.

Der Septemberultimo konnte mit einer Finanzierungshilfe der Notenbank von 3,3 Mrd Franken problemlos abgewickelt werden. Erneut bevorzugten die Banken den Dis-

Liquidierung des Sonderkontos «Kreditüberschreitungen»

## Dollar/Franken-Swaps der Nationalbank mit den Banken

in Milliarden Franken

	Swaps auf 30–90 Tage						Ultimo-Swaps		Swaps total	
	neu abgeschlossene				Stand Ende Monat				Stand Ende Monat	
	30 Tage		90 Tage		30–90 Tage		7–14 Tage		7–90 Tage	
	1974	1975	1974	1975	1974	1975	1974	1975	1974	1975
Januar	–	–	–	–	–	0.51	–	–	–	0.51
Februar	–	–	–	–	–	0.51	–	–	–	0.51
März	–	–	–	–	–	–	2.50	2.07	2.50	2.07
April	0.54	–	–	0.05	0.54	0.05	–	–	0.54	0.05
Mai	–	–	0.25	0.17	0.25	0.22	–	–	0.25	0.15
Juni	0.12	–	0.10	–	0.47	0.22	2.99	1.04	3.46	1.26
Juli	0.76	–	–	–	1.11	0.18	–	–	1.11	0.18
August	–	–	–	–	0.10	–	–	–	0.10	0.00
September	–	–	0.46	–	0.46	–	2.72	0.73	3.18	0.73
Oktober	–	–	–	–	0.46	–	–	–	0.46	0.00
November	–	–	–	–	0.46	–	–	0.81	0.46	0.81
Dezember	0.83	–	0.51	–	1.34	–	2.68 <sup>1</sup>	4.77 <sup>1</sup>	4.02	4.77

<sup>1</sup> Im Dezember betrug die Laufzeit der Ultimo-Swaps 7–30 Tage

kont- und Lombardkredit und benützten die offerierten Swap-Fazilitäten nur etwa zur Hälfte. Die Giro Guthaben der Wirtschaft erreichten am dritten Quartalsende 8,3 Mrd Franken gegenüber 8,4 Mrd Franken vor Jahresfrist. Im Oktober kam es zu vorübergehenden Anspannungen, die mit einer kurzfristigen Verlängerung von Ultimo-Swaps der Nationalbank behoben wurden.

Gegen Ende November begann sich am Geldmarkt der Einfluss des Jahresendes bemerkbar zu machen. Der Notenumlauf stieg in der Woche vor Ultimo um 1,0 Mrd auf 18,3 Mrd Franken. Diese Expansion fiel kräftiger aus, als aufgrund der Entwicklung der vorangegangenen Monate hätte erwartet werden können. Dennoch lag der Notenumlauf nur schwach (+ 0,9%) über dem Vorjahresstand. Die Nationalbank erklärte sich frühzeitig bereit, dem Markt die auf das Jahresende benötigten Liquiditätshilfen zur Verfügung zu stellen. Anfangs Dezember offerierte sie Swap-Fazilitäten im Ausmass von 1,2 Mrd Dollar. Als sich trotz dieser Zusicherung unerwünschte Spannungen am Geldmarkt abzeichneten, stellte die Nationalbank den Banken weitere Swaps in Aussicht. Damit konnte ein wechselkurspolitisch unerwünschter Anstieg der kurzfristigen Zinssätze abgewendet werden. Über den Jahresultimo nahmen die Banken die Finanzierungshilfe der Nationalbank im Betrag von 7,1 Mrd Franken in Anspruch. Davon entfielen 4,8 Mrd

Umfangreiche Swap-Kredite  
an die Banken am Jahresende

Franken auf Dollar-Franken-Swaps, 1,8 Mrd auf zusätzliche Notenbankkredite und 0,5 Mrd auf die kurzfristige Mobilisierung von Sterilisierungsreskriptionen. Die reichlich bemessenen Zusatzliquiditäten liessen die Giro Guthaben der Wirtschaft bei der Nationalbank auf 11,5 Mrd Franken ansteigen. Am Jahresende 1974 hatten sie 9,5 Mrd Franken betragen. Der Notenumlauf erreichte kurz vor den Festtagen mit 20,2 Mrd Franken seinen Jahreshöchststand (1974: 20,3 Mrd); am Ultimo lag er mit 19,1 Mrd Franken um 1,6% unter dem Vorjahresniveau.

### **Die Entwicklung der inländischen Kreditfähigkeit und der Bankbilanzen**

Lockerung und schliesslich  
Aufhebung der Kredit-  
begrenzung

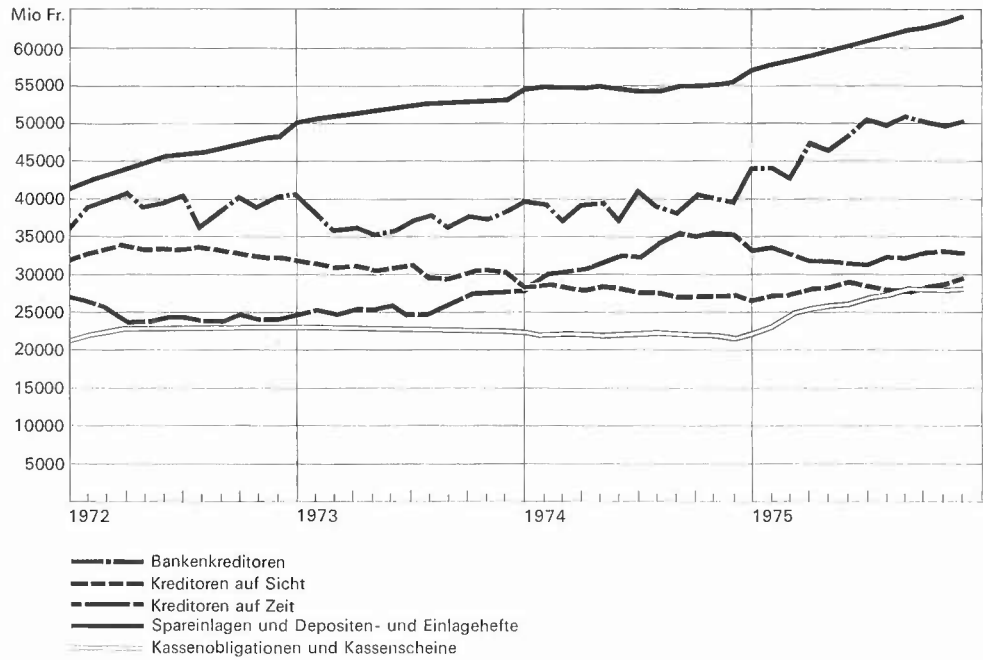
Mit Rücksicht auf die Lage des Baugewerbes beschloss der Bundesrat im Einvernehmen mit der Nationalbank auf 15. Januar eine wesentliche Lockerung der Kreditzuwachsbeschränkung. Der gemeinnützige Wohnungsbau wurde von der Beschränkung generell befreit; die Plafonierung der auf Gesuch hin schon zuvor möglichen Freistellungen («Härtekontingent») für Kredite zur Ausarbeitung von Projekten bis zur Baureife, für den nichtluxuriösen Wohnungsbau sowie für Bauten der Infrastruktur wurde fallengelassen.

Auf Antrag der Nationalbank hob der Bundesrat angesichts der rückläufigen Kreditnachfrage die Kreditzuwachsbeschränkung auf den 1. Mai 1975 auf. Die Nationalbank empfahl den Banken, in der Kreditfähigkeit weiterhin Mass zu halten und gewisse Prioritäten zu beachten. Vorzugsweise sollten Kredite an wettbewerbsfähige Unternehmen mit rezessionsbedingten Liquiditätsschwierigkeiten sowie an die durch die Wechselkurs-situation benachteiligten Exportfirmen erteilt und im Hinblick auf die Arbeitsbeschaffung auch geeignete private und öffentliche Investitionen finanziert werden. Die Banken wurden überdies ersucht, mit Rücksicht auf die Berggebiete und die wirtschaftlich weniger entwickelten Landesteile der regionalen und branchenweisen Vergebung der Kredite die wünschbare Beachtung zu schenken.

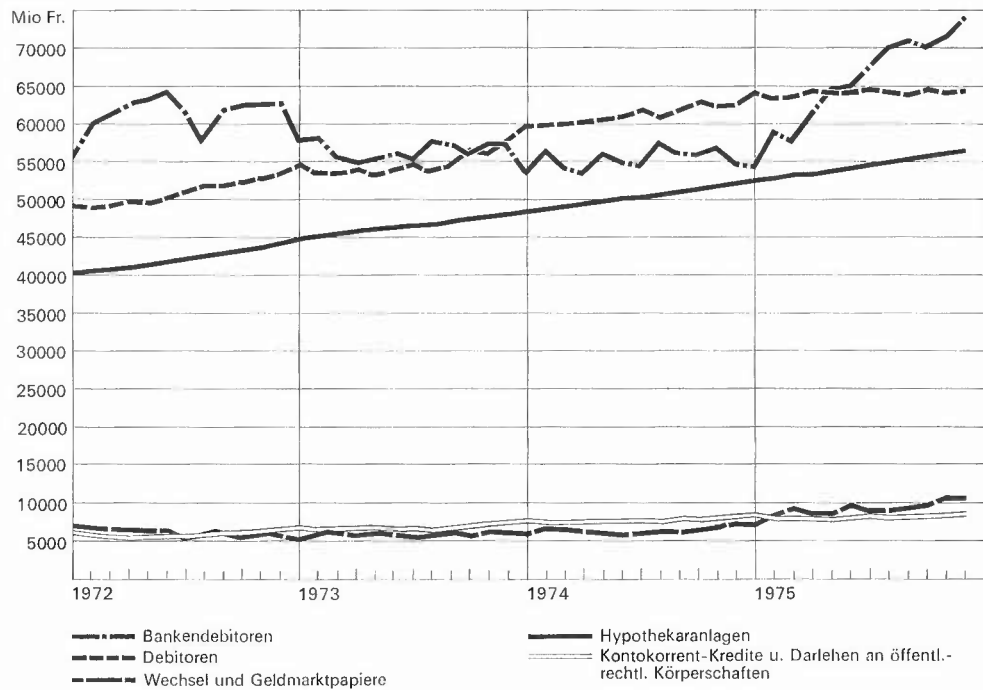
Schwache Kreditnachfrage

Die Aufhebung der Kreditzuwachsbeschränkung war erwartungsgemäss von keiner sichtbaren Belebung der laufenden Kreditfähigkeit der Banken gefolgt. Das inländische Kreditvolumen der 72 monatlich meldenden Banken stieg im Jahre 1975 um 4,9 Mrd auf 116,5 Mrd Franken an. Im Vorjahr hatte der Nettozuwachs demgegenüber 7,7 Mrd Franken betragen. Die Jahreszuwachsrate der Inlandkredite fiel von 7,4% Ende 1974 auf 5,0% im Juni und 4,3% am Jahresende. Zu diesem Zeitpunkt betrug sie bei den Kantonalbanken 4,9% (Dezember 1974: 6,2%), bei den Grossbanken 3,8% (9,1%), bei den Lokalbanken 3,4% (7,1%) und bei den Sparkassen 5,3% (6,3%). Die im Vorjahr von Bankengruppe zu Bankengruppe stark unterschiedlichen Expansionsraten hatten sich somit einander auf tieferem Niveau etwas angenähert. Die Debitoren erhöhten sich im Berichtsjahr

Bankbilanzen  
72 Banken  
Aktiven



Passiven



um 0,2 Mrd Franken (1974: + 2,9 Mrd); sie lagen Ende Dezember noch um 0,3% über dem Vorjahresstand. Diese Entwicklung war insbesondere auf das reduzierte Bauvolumen und auf den Lagerabbau zurückzuführen. Die Kontokorrent-Debitoren allein nahmen im glei-

chen Zeitraum sogar um 2,6 Mrd Franken ab. Die festen Vorschüsse stiegen demgegenüber um 2,8 Mrd Franken an, was sich u. a. mit der Inanspruchnahme von Überbrückungskrediten durch von der Rezession besonders betroffene Unternehmen erklären dürfte. Im Unterschied zu den Debitoren erhöhten sich die Hypothekendarlehen im Zusammenhang mit der Konsolidierung von früher beanspruchten Baukrediten um 4,3 Mrd Franken; sie lagen damit 8,2% über dem Vorjahresniveau.

Eine unmittelbare Folge der Lockerung der Kreditzuwachsbeschränkung im Januar und deren gänzlichen Aufhebung im Mai war ein starker Anstieg der Neubewilligten Baukredite. Seit März lagen die monatlichen Baukreditzusagen von 60 Banken ununterbrochen über dem Vorjahreswert. Sie erreichten im Jahre 1975 5,5 Mrd Franken gegenüber 4,2 Mrd im Vorjahr. Das effektiv beanspruchte Baukreditvolumen und die zur Auszahlung gelangten Baukredite entwickelten sich jedoch rückläufig, was sich in einem Anstieg der offenen Baukreditlimiten niederschlug.

Die Kreditzusagen an Inländer bei 164 Banken (Baukredite und übrige Kredite) waren im Jahre 1974 von Quartal zu Quartal rückläufig gewesen. Im ersten Quartal 1975 stiegen sie erstmals wieder an und verzeichneten im zweiten Quartal – zweifellos im Zusammenhang mit der Aufhebung der Kreditzuwachsbeschränkung – eine abrupte Zunahme, ohne dass dies eine entsprechende Kreditbeanspruchung zur Folge gehabt hätte. Im zweiten Quartal erreichten die Zusagen netto 5,0 Mrd Franken gegenüber 2,2 Mrd im zweiten Quartal 1974, im dritten Quartal 4,8 Mrd (1,7 Mrd) und im vierten Quartal 4,3 Mrd (1,4 Mrd). Bei dieser Entwicklung ist zu berücksichtigen, dass sich die offenen Limiten in den beiden Vorjahren stark vermindert hatten. Die starke Zunahme im Berichtsjahr hatte wohl weitgehend vorsorglichen Charakter, muss aber im Hinblick auf einen kommenden Wirtschaftsaufschwung im Auge behalten werden.

Der Konjunkturverlauf hatte eine merkliche Verschiebung in der Bilanzstruktur der Banken zur Folge. Die Spareinlagen, Depositen- und Einlagehefte sowie die Kassenobligationengelder stiegen bei den 72 monatlich meldenden Instituten im Jahre 1975 um 15,8 Mrd Franken an. Die Kassenobligationengelder lagen Ende Dezember um 27,4%, die Spargelder um 15,0% über dem Vorjahresstand. Der relative Anteil dieser Publikums-gelder an der im Jahre 1975 um 14,0% angestiegenen Bilanzsumme erhöhte sich dadurch von 40,2% auf 42,4%. Bei den Aktiven bewegten sich die Bankendebitoren auf Zeit Ende 1975 um 41,7% über dem Vorjahresstand, die Wechsel und Geldmarktpapiere sogar um 50,5%. Die geringere Kreditnachfrage der inländischen Wirtschaft veranlasste die Banken, Mittel im Ausland anzulegen und Wertschriften zu erwerben. Das Wertschriftenportefeuille nahm innert Jahresfrist um 20,0% zu. Damit war ein Liquiditätspolster geschaffen, das unter veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen aufgelöst und für die Kreditgewährung herangezogen werden könnte.

Starkes Ansteigen der  
Kreditzusagen



## Entwicklungstendenzen am inländischen Kapitalmarkt

Hohes Kapitalangebot

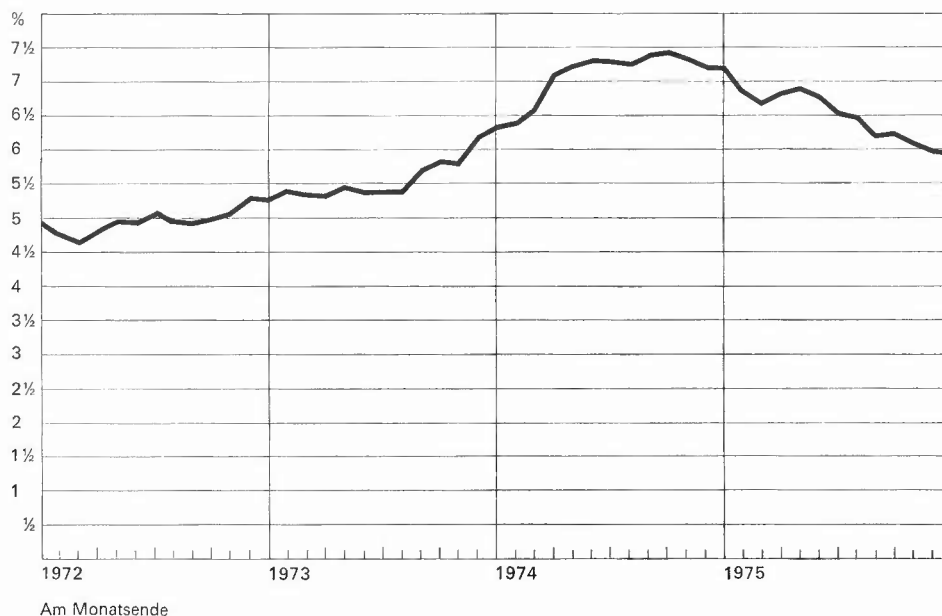
Der Kapitalmarkt erwies sich von Jahresbeginn an als überraschend leistungsfähig. Die rückläufige Entwicklung der kurzfristigen Zinssätze auf den internationalen Märkten und die Erwartung, dass auch am Kapitalmarkt der Kulminationspunkt in der Zinsentwicklung überschritten sei, hatten zur Folge, dass umfangreiche Wartegelder zur Anlage drängten und das im Januar saisonüblich grosse Kapitalangebot noch verstärkten. Die Nachfrage ausländischer Anleger dürfte dem Markt eine zusätzliche Stütze gegeben haben, da es mit dem Erwerb von Wertpapieren möglich war, dem für Bankguthaben geltenden Verzinsungsverbot auszuweichen.

Die Nationalbank hatte den Emissionsplafond inländischer Anleihen für das erste Quartal auf 1,1–1,24 Mrd Franken festgesetzt und sich bereit erklärt, bei guter Marktentwicklung einer Erhöhung einzelner Anleihebeträge zuzustimmen. Mit dieser flexiblen Regelung wurde nicht nur den seit Herbst 1974 stabileren Verhältnissen auf dem Kapitalmarkt, sondern auch der veränderten Konjunkturlage Rechnung getragen. Die Lockerung der Kreditzuwachsbeschränkung im Januar erlaubte eine ebenfalls beweglichere Kapitalmarktpolitik. Da die aufgelegten Anleihen zum Teil mehrfach überzeichnet wurden, erhöhte die Nationalbank den Plafond nachträglich um weitere 185 Mio auf insgesamt 1,4 Mrd Franken. Auch nach dieser Erhöhung waren alle Emissionen erfolgreich, obschon sich zeitweise eine selektivere Haltung der Anleger bemerkbar machte. Die guten Zeichnungsergebnisse gestatteten es den Emittenten, die Zinssätze der neu aufgelegten Anleihen im ersten Quartal in zwei Schritten um insgesamt  $\frac{1}{2}$  % zu reduzieren. Erfolgreich gestaltete sich im ersten Quartal auch die Kapitalaufnahme des Bundes. Im Februar begab er eine Anleihe von 250 Mio Franken zu  $7\frac{3}{4}$  % auf 15 Jahre, und im März plazierte die Nationalbank für ihn Kassascheine im Betrag von ebenfalls 250 Mio Franken zu 7 % auf 7 Jahre.

Verzicht auf Fixierung eines Anleiheplafonds

Im Sinne eines Versuches verzichtete die Nationalbank auf die Fixierung eines Anleiheplafonds für das zweite Quartal. Der vom Bundesrat eingesetzten Emissionskommission oblag jedoch nach wie vor die Auswahl der Emissionsbegehren. Aus markttechnischen Gründen (übermässige Häufung der pro Woche aufgelegten Emissionen) wurde die Zahl der angemeldeten Anleihen von 67 auf 45 reduziert, während im ersten Quartal 42 von 76 angemeldeten Emissionen bewilligt worden waren. Im April waren die Emissionen nicht mehr so erfolgreich wie in den ersten Monaten. Zum Teil mussten die Banken die Anleihebeträge kürzen, teilweise wurden sie auch erst nach Vorliegen des Zeichnungsergebnisses definitiv festgesetzt. Zu einem eigentlichen Misserfolg kam es jedoch nur bei einer Emission. Unterstützt durch den anhaltenden Rückgang der kurzfristigen Zinssätze, der eine Umlagerung von kurz- in langfristige Anlagen begünstigte, erholte sich der Kapitalmarkt sehr rasch wieder.

*Rendite schweizerischer  
Staatswerte*



Umfangreiche Beanspruchung  
des Kapitalmarktes durch den  
Bund

Das gute Marktklima kam auch dem Bund zugute, der im Juni 500 Mio Franken aufnahm, von denen 400 Mio Franken Konversionszwecken dienten. Je 250 Mio Franken wurden zu 7 ¼% auf 14 Jahre und zu 7% auf 8 Jahre plziert. Die Neubeanspruchung des Kapitalmarktes durch inländische Anleihen erreichte im ersten Semester 3,2 Mrd Franken gegenüber 2,3 Mrd im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Davon entfielen 1,2 Mrd (0,7 Mrd) auf das erste Quartal. Die Durchschnittsrendite der Bundesanleihen bildete sich gesamthaft zurück. Die im allgemeinen gute Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarktes gestattete es der Nationalbank, ihr im Vorjahr durch Stützungskäufe aufgebautes Wertschriftenportefeuille im Verlaufe des ersten Halbjahres 1975 vollständig zu liquidieren.

Auch für das dritte und vierte Quartal verzichtete die Nationalbank auf eine Fixierung des Emissionsvolumens. Die Emissionskommission bewilligte 37 Anleihen für das dritte und 42 für das vierte Quartal. Nur je 7 Emissionen mussten zurückgestellt werden. Die Konsolidierungslücke konnte als abgeschlossen betrachtet werden, da im ersten Semester zahlreiche im Vorjahr verschobene Emissionen hatten berücksichtigt werden können und der Kapitalbedarf als Folge der verminderten privaten Investitionstätigkeit rückläufig war. Im dritten Quartal wurden die Zinssätze kantonaler Anleihen um insgesamt ¼% gesenkt. Im August konnten Kassascheine des Bundes im Betrage von 300 Mio Franken zu 6 ½% auf 6 Jahre bei den Banken plziert werden. Im September legte der Bund eine zu 6 ½% verzinsliche Anleihe mit einer Laufzeit von 15 Jahren im Betrag von 300 Mio Franken auf; auch ihr war ein guter Erfolg beschieden. Ferner plzierte er im Oktober zwei nicht öffentliche Kassascheinemissionen, nämlich je 150 Mio zu 6¼% auf 8 Jahre und zu 6% auf 5 Jahre und im Dezember (mit Liberierung im Januar 1976) eine

## Schweizerischer Aktienindex



weitere im Betrag von 300 Mio Franken zu 6% auf 6 Jahre. Zur Stützung des Kapitalmarktes trug neben der erhöhten Spartätigkeit namentlich auch der Umstand bei, dass die Banken wie auch die institutionellen Anleger in ungewöhnlichem Masse Titel erwarben. Der starke Rückgang der Bautätigkeit und die nachlassende Wohnungsnachfrage hatten zur Folge, dass sich den Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen im Immobilienbereich nur noch begrenzte Anlagemöglichkeiten boten. Einer ähnlichen Lage sahen sich auch die Banken bei anhaltend grossem Zufluss von Publikumsgeldern und gleichzeitig schwacher Kreditnachfrage gegenüber. Charakteristisch für die Marktlage waren ferner die zahlreichen Rückzüge bewilligter Emissionsbegehren, insbesondere im letzten Quartal. Sie standen mit dem Verzicht auf Investitionen bzw. mit der verbesserten Liquiditätslage infolge Lagerabbaus oder – soweit es sich um Banken handelte – mit dem hohen Zufluss von Publikumsgeldern in Zusammenhang.

Die Neubeanspruchung des Kapitalmarktes durch öffentliche inländische Anleihen erreichte 1975 6,0 Mrd Franken gegenüber 3,9 Mrd Franken im Jahre 1974. Die öffentliche Hand beanspruchte 38,3% (1974: 38,0%), der Bund allein 10,9% (12,1%) des Gesamtbetrages. Unter Einschluss der Kassascheinemissionen des Bundes (850 Mio Franken) betrug die Neugeldaufnahme sogar 6,8 Mrd Franken. Davon entfielen 22,1% auf den Bund und 46,0% auf die öffentliche Hand insgesamt.

Freundlichere Aktienbörsen

An den Aktienmärkten war zu Jahresbeginn eine markante Hausse zu beobachten. Der Aktienindex der Nationalbank stieg bis anfangs Februar von 105 auf 134 Punkte.

## Emissionstätigkeit

Beträge in Mio Franken

Emittenten	Anzahl 1975	Emissions- wert	Konver- sionen	Neubean- spruchung	Rückzah- lungen	Nettobeanspruchung 1975	1974
<i>Schweizerische Obligationenanleihen</i>							
Bund <sup>1</sup> . . . . .	4	1 051,3	400,0	651,3	–	651,3	475,5
Kantone . . . . .	28	1 068,5	115,0	953,5	7,4	946,1	544,3
Gemeinden . . . . .	27	707,8	33,0	674,8	13,7	661,1	479,5
Kraftwerke . . . . .	37	1 548,5	309,0	1 239,5	55,1	1 184,4	954,1
Industrie . . . . .	17	688,3	25,5	662,8	32,6	630,2	147,7
Handel, Vermittlung . . . . .	3	130,0	30,0	100,0	–	100,0	59,1
Banken . . . . .	23	933,8	299,9	633,9	8,0	625,9	555,3
Pfandbriefzentralen . . . . .	7	347,4	150,0	197,4	–	197,4	272,3
Holdinggesellschaften . . . . .	10	498,3	42,0	456,3	33,2	423,1	203,8
Übrige . . . . .	18	387,0	–	387,0	7,6	379,4	230,3
Total . . . . .	174	7 360,9	1 404,4	5 956,5	157,6	5 798,9	3 921,9
<i>Ausländische Obligationenanleihen</i>							
Total . . . . .	40	2 490,1	135,0	2 355,1	579,6	1 775,5	452,1
<i>Schweizerische Aktienemissionen</i>							
Kraftwerke . . . . .	1	15,0	–	15,0	–	15,0	64,5
Industrie . . . . .	13	165,3	–	165,3	7,3	158,0	175,9
Handel, Vermittlung . . . . .	2	18,0	–	18,0	1,2	16,8	18,0
Banken . . . . .	18	688,9	–	688,9	28,0	660,9	227,5
Holdinggesellschaften . . . . .	7	135,7	–	135,7	43,2	92,5	31,6
Versicherungsgesellsch. . . . .	6	52,4	–	52,4	–	52,4	5,7
Übrige . . . . .	12	14,6	–	14,6	18,8	– 4,2	8,5
Total . . . . .	59	1 089,9	–	1 089,9	98,5	991,4	531,7
Gesamttotal . . . . .	273	10 940,9	1 539,4	9 401,5	835,7	8 565,8	4 905,7

<sup>1</sup> Exklusiv 4 Kassaschein-Emissionen im Betrag von 850 Mio Franken

Diese Erholung war teilweise eine Folge der rückläufigen Zinssätze am Obligationenmarkt, aber auch Korrektur der starken Kurseinbrüche der beiden Vorjahre. Ende 1972 hatte der Aktienindex auf 191 und Ende 1973 noch auf 160 Punkten gestanden. Dem Kursanstieg vom Januar 1975 folgte im Februar und März eine Konsolidierungsphase, die im

April durch eine weitere Aufwärtsbewegung abgelöst wurde. Anfang Mai erreichte der Aktienindex 139 Punkte. Im Mai und Juni schwächten sich die Aktienkurse ab, auch im August und September waren die Kurse rückläufig. Anfang Oktober fiel der Index auf 121 Punkte zurück, erholte sich aber bis zum Jahresende auf den Höchststand von 140 Punkten. Gegenüber dem schlechten Wirtschaftsgang erwies sich der schweizerische Aktienmarkt als bemerkenswert resistent.

### **Die Entwicklung der Zinssätze**

Rückbildung der  
kurzfristigen ...

Im Einklang mit der internationalen Entwicklung bildeten sich die kurzfristigen Zinssätze im Berichtsjahr auch in der Schweiz kräftig zurück. Der Festgeldsatz der Grossbanken für Einlagen auf 3–5 Monate wurde im Januar und Februar von 6% auf 4% reduziert, während der Zinssatz für Dreimonatsfranken am Euromarkt im gleichen Zeitraum von 9% auf 4½% fiel. Weitere Satzsenkungen für die kürzerfristigen Depots erfolgten im Juni und August; auch die übrigen Festgeldkonditionen wurden verschiedentlich, letztmals im Oktober, ermässigt. Ab November galten folgende Sätze: 2½% auf 3–5 Monate, 3¼% auf 6–11 Monate und 4½% auf ein Jahr. Die letzteren hatten zu Jahresbeginn 6¼% bzw. 6½% betragen. Im vierten Quartal lag der Zinssatz für Dreimonatsfranken am Euromarkt bei 3–4%, jener für vergleichbare Dollaranlagen bei 6–7%.

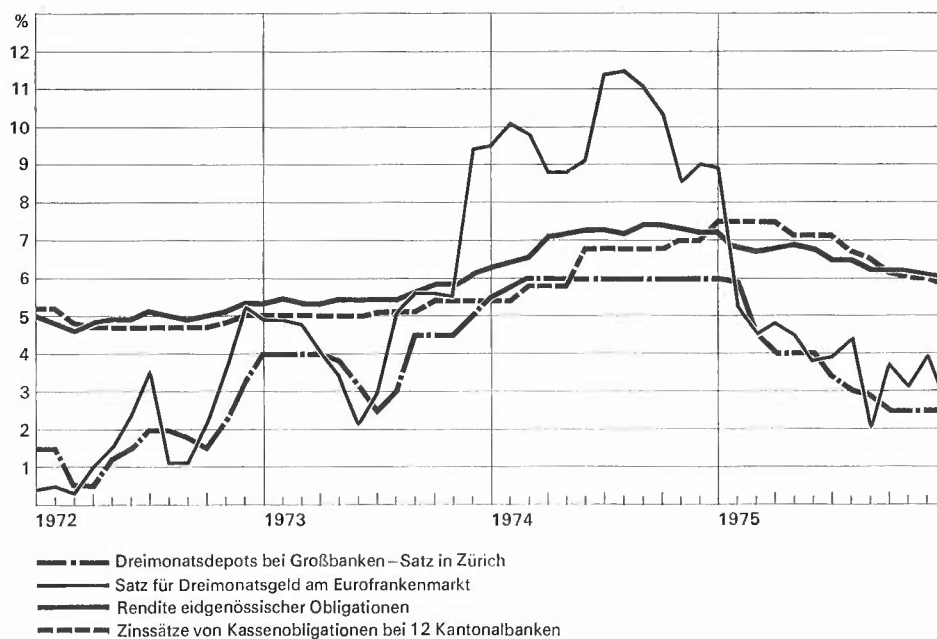
In Berücksichtigung der Marktentwicklung, insbesondere aber aus Wechselkurs- und konjunkturpolitischen Gründen reduzierte die Nationalbank ihren Diskontsatz am 3. März, 20. Mai, 25. August, 29. September und 29. Oktober um je ½% von anfänglich 5½% auf 3%. Der offizielle Lombardsatz wurde im März bei 6% belassen, in der Folge aber in gleichen Schritten wie der Diskontsatz auf schliesslich 4% ermässigt. Die Spezialdiskontsätze, welche auf Jahresbeginn noch um ½% auf 4½% (Lebens- und Futtermittel) bzw. 5% (übrige Pflichtlager) angehoben worden waren, wurden im August und November auf letztlich 3¼% bzw. 3½% herabgesetzt. Verhältnismässig bescheiden fielen die Reduktionen des Privatlombos der Banken aus; dieser betrug am Jahresende 5½% gegenüber 7% zu Beginn der Berichtszeit.

... wie auch der langfristigen  
Zinssätze

Auch auf dem Kapitalmarkt wurde der Zinsanstieg des Vorjahres zum grösseren Teil rückgängig gemacht. Die Nominalsätze für Anleihen erster Adressen konnten von 8% auf 6½% reduziert werden; im Januar 1974 hatten sie 6¼% betragen. Allerdings blieb die im Verlaufe des Jahres 1974 eingetretene Ausweitung der Renditedifferenz zwischen den verschiedenen Schuldnerkategorien bestehen. Für Anleihen der Kantone und Kantonalbanken wurden die Zinssätze im Februar und März, sodann im Juli, August und September und nochmals im Dezember um je ¼% zurückgenommen. Wegen der selektiven Hal-

*Zinsentwicklung  
von Geld- und  
Kapitalmarkt*

tung der Anleger erfolgten die Zinssatzreduktionen bei anderen Anleihenschuldnern zum Teil mit einer gewissen Verzögerung. So boten die Kernkraftwerke im November noch 7¼% gegenüber 8¼% zu Jahresbeginn. Die Durchschnittsrendite der Bundesanleihen fiel bis Mitte Februar von 7,17% auf 6,69% zurück und ermässigte sich – mit Unterbrechungen im März, April und September – bis zum Jahresende weiter auf 5,81% (Ende 1973: 6,31%).



Der starke Zustrom von Publikumsgeldern bei schwacher Kreditnachfrage veranlasste die Banken zu verschiedenen Anpassungen ihrer Fremdgeldsätze. Bei den Kassenobligationen fielen die Zinssatzreduktionen je nach Bankengruppe leicht unterschiedlich aus. Zum Teil zogen die Banken Abgabebeschränkungen einer Zinssatzänderung vor, zum Teil galten für Konversionen und Barzeichnungen verschiedene Bedingungen. Die Grossbanken reduzierten ihre Sätze in fünf Schritten. Am Jahresende lauteten ihre Konditionen 5¼% auf 3–4 Jahre und 6% auf 5–8 Jahre gegenüber 7¼% bis 7¾% im Januar 1975. Im Juli wurden die Vergütungen für Spezia sparhefte um ¼–½% ermässigt. Die Zinssätze für die traditionellen Spareinlagen wurden teilweise auf den 1. Oktober, teilweise zusätzlich oder alternativ auf den 1. Januar 1976 um ebenfalls ¼–½% zurückgenommen.

Zögernder als bei den Passivzinsen erfolgte die Rückbildung der Aktivsätze der Banken. Per 1. Juli, 1. Oktober und 1. Januar 1976 wurden die wichtigsten Debitorensätze um in der Regel ¼% ermässigt. Per 1. Oktober oder auch erst auf Neujahr 1976 reduzierten

Häufigste Zinssätze

	Oktober 1975	Oktober 1974
	in Prozent	in Prozent
Debitorenrechnungen <sup>1</sup>		
Blankokredite		
Grossbanken	7	7 ½
Lokalbanken und Regionalbanken	7 -7 ½	7 -7 ¾
Gedekte Kredite		
Kantonalbanken	6 ½-7 ¼	6 ¼-7 ¼
Grossbanken	6 ½-6 ¾	7 -7 ¼
Lokalbanken und Regionalbanken	6 ½-7 ¼	6 ½-7 ½
Baukredite <sup>1</sup>		
Kantonalbanken	6 ½-7 ¼	6 ½-7 ¼
Grossbanken	6 ¾-7 ¼	7 -7 ½
Lokalbanken und Regionalbanken	6 ½-7 ½	6 ¾-7 ½
Erste Hypotheken		
Allgemeiner Wohnungsbau		
Bestehende Darlehen		
Kantonalbanken	6 -6 ½	6 -6 ¼
Grossbanken	6 -6 ½	6 -6 ½
Lokalbanken und Regionalbanken	6 -6 ¾	6 -6 ¾
Sparkassen	6 ¼-6 ½	6 ¼-6 ½
Neue Darlehen		
Kantonalbanken	6 ¼-7	6 -7
Grossbanken	6 ½-6 ¾	6 ½-7
Lokalbanken und Regionalbanken	6 ½-7	6 ½-7
Sparkassen	6 ½-7	6 ¼-7

<sup>1</sup> Zu den Zinssätzen kam noch eine Kommission von 1/8% bis 1/4% pro Quartal oder Semester hinzu

Veränderungen  
der Zinssätze

	Ende 1975 <sup>1</sup>	Ende 1974	Ende 1973
	in Prozent	in Prozent	in Prozent
Offizieller Diskontsatz	3	5 ½	4 ½
Lombardsatz	4	6	5 ¼
Privatdiskontsatz	5 ½	7	5 ½
Festgelder			
3– 5 Monate	2 ½	6	5 ½
6–11 Monate	3 ¼	6 ¼	5 ½
12 Monate	4 ½	6 ½	5 ½
Spareinlagen bei Kantonalbanken	4,88	4,98	4,15
Kassenobligationen bei Grossbanken			
3 Jahre	5 ¼	7 ¼	5 ¼
4 Jahre	5 ¼	7 ¼	5 ¼
5 Jahre	6	7 ½	5 ½
6 Jahre	6	7 ½	5 ½
7 Jahre	6	7 ¾	5 ½
8 Jahre	6	7 ¾	5 ½
Anleihen			
Eidgenössische (September)	6 ½	7 ¾	5 ¾
Kantone, Gemeinden (November)	6 ¾–7	8 –8 ¼	6
Banken	6 ½	8 ¼	6
Kraftwerke	7 –7 ¾	8 ½–8 ¾	6 ¼
Industrie	7 –7 ¾	8 ½–8 ¾	6 ½
Durchschnittsrendite der Bundesanleihen			
	5,81	7,17	6,31

<sup>1</sup> Bzw. Monat der zuletzt begebenen Anleihensemission



die Banken sodann die Zinssätze für neue Hypotheken um  $\frac{1}{4}$ – $\frac{1}{2}$ %. Damit erfolgte eine Annäherung zu den unveränderten Sätzen auf Althypotheken, d. h. eine Verringerung der marktwidrigen Zinsverzerrung. Verschiedentlich sprach sich die Nationalbank für einen beschleunigten Rückgang der Aktivsätze aus. Mit ihrer Diskontpolitik setzte sie auch Signale in dieser Richtung.

## **Entwicklung der Währungsbeziehungen mit dem Ausland**

### **Devisenmarkt und Wechselkursentwicklung**

Der im Spätherbst 1974 eingetretene Kursanstieg des Schweizerfrankens am freien Devisenmarkt blieb im Berichtsjahr trotz umfangreicher Interventionskäufe der Nationalbank und verschärfter Abwehrmassnahmen im wesentlichen bestehen.

Anfang Januar belief sich der mit den Exportanteilen gewogene Aufwertungssatz des Schweizerfrankens, bezogen auf den Basisstand April 1971, auf rund 40% gegenüber 26% Ende September 1974. Der Kurs des Dollars bewegte sich leicht über 2,50. Am 6. Januar begann die Nationalbank, die seit Februar 1973 nicht mehr am Devisenmarkt interveniert hatte, grössere Dollarbeträge zu übernehmen. Bis Mitte Monat erreichten die Stützungskäufe den hohen Betrag von 1,2 Mrd Franken. Um die Wirksamkeit dieser Interventionen zu verstärken, wurde mit den Währungsbehörden der USA und der Bundesrepublik Deutschland eine engere Koordination der Deviseninterventionen abgesprochen.

Trotz dieser Aktionen erwies sich eine Verschärfung der im November 1974 getroffenen Abwehrmassnahmen als erforderlich. Mit Wirkung ab 22. Januar änderte der Bundesrat auf Antrag der Nationalbank die Verordnung über Massnahmen gegen den Zufluss ausländischer Gelder. Seither untersteht der Gesamtbestand und nicht mehr nur der Zuwachs der ausländischen Bankguthaben in Schweizerfranken (einschliesslich der Treuhandgelder) dem Verzinsungsverbot. Ferner wurde die Kommissionsbelastung (Negativzins) auf dem seit 31. Oktober 1974 eingetretenen Zuwachs dieser Gelder von 3% auf 10% pro Quartal erhöht. Zur Erschwerung von Umgehungsgeschäften reduzierte die Nationalbank das zulässige Volumen der Terminverkäufe der Banken von Schweizerfranken an Ausländer für Kontrakte mit einer Laufzeit von mehr als 10 Tagen mit Wirkung ab 31. Januar auf 90% und mit Wirkung ab 28. Februar auf 70% des Referenzstandes vom 31. Oktober 1974. Im Oktober erfolgte eine weitere Herabsetzung auf 60% mit Wirkung ab 31. Januar 1976. Die Terminverkäufe mit einer Vertragsdauer bis zu 10 Tagen wurden am 8. Januar mit sofortiger Wirkung auf 50% der genannten Ausgangsbasis begrenzt. Sodann wurde am 23. Januar 1975 die seit 1. Oktober 1973 suspendierte Verordnung

Verschärfung der Abwehrmassnahmen gegen Auslandsgelder

über die Fremdwährungspositionen wieder in Kraft gesetzt. Die Banken wurden verpflichtet, ihre Fremdwährungsverbindlichkeiten unter Einbezug der Terminkontrakte täglich durch Fremdwährungsforderungen mindestens auszugleichen. Nach einer im März erfolgten Änderung der Verordnung wurde diese Ausgleichspflicht ab 1. April insofern verschärft, als sie seither für die wichtigsten Währungen einzeln zu erfolgen hat.

Trotz aller Bemühungen, dem Aufwertungsdruck des Frankens entgegenzuwirken, fiel der Dollarkurs Ende Januar in der Schweiz auf den absoluten Tiefststand von 2,3850 und blieb auch im Februar extrem schwach. Eine leichte Besserung trat im März und April ein. Der durchschnittliche Aufwertungssatz des Frankens, der Ende Februar den Höchstwert von 44% erreicht hatte, ermässigte sich auf 38%.

### Exportgewichtete Aufwertungssätze des Schweizerfrankens<sup>1</sup>

(in Prozent; Monatsdurchschnitt April 1971 = 0)

	1974		1975	
	%		%	
	Minimum	Maximum	Minimum	Maximum
Januar	13,8	18,6	39,9	42,7
Februar	19,3	21,8	40,4	43,9
März	20,4	22,4	39,1	42,7
April	20,7	22,9	37,9	39,4
Mai	23,7	27,0	39,0	41,9
Juni	22,8	24,0	40,4	41,1
Juli	23,3	25,5	38,0	41,5
August	25,0	25,4	39,8	40,3
September	25,4	26,4	40,4	42,3
Oktober	27,6	30,5	41,1	43,8
November	31,4	39,2	43,6	43,7
Dezember	36,2	42,9	44,3	46,8

<sup>1</sup> Gegenüber den 18 wichtigsten Handelspartnern der Schweiz  
Die Berechnung erfolgt einmal wöchentlich

Gentlemen's Agreement zur  
Verbesserung der Devisen-  
markttransparenz

Am 1. April schloss die Nationalbank mit den im Devisengeschäft tätigen Banken und multinationalen Gesellschaften ein Gentlemen's Agreement ab, worin sich diese verpflichten, Transaktionen von 5 Mio Dollar und mehr der Nationalbank täglich zu melden. Bei grösseren Beträgen ist der Notenbank die Möglichkeit zu geben, diese Geschäfte je nach Marktlage selbst zu tätigen. Mit dem Abkommen konnte der Überblick über die Vorgänge am Devisenmarkt verbessert werden. Die zunächst bis Ende 1975 befristete Vereinbarung wurde im November für ein weiteres halbes Jahr verlängert.

Die Interventionskäufe der Nationalbank erreichten bis Mitte Jahr den Gegenwert von 4,4 Mrd Franken. Dank der Konversionspflicht für Kapitalexporte konnten Devisen im Gegenwert von 3,0 Mrd Franken wieder an den Markt abgegeben werden. Durch die Interventionen liess sich zwar keine entscheidende Veränderung des Trends der Frankenkursentwicklung bewirken, doch konnte das Ausmass der Kursfluktuationen begrenzt und im Ergebnis der Frankenkurs wohl tiefer gehalten werden, als dies ohne Eingreifen der Nationalbank der Fall gewesen wäre. Zum anhaltenden Aufwertungsdruck auf den Kurs des Frankens trugen nicht nur Zuflüsse aus dem Ausland, sondern auch der hohe Ertragsbilanzüberschuss der Schweiz bei.

**Kursveränderungen des Frankens gegenüber den Währungen der 15 wichtigsten Handelspartner im Jahresendvergleich 1974/75**

	Tieferbewertung des Frankens in %	Höherbewertung des Frankens in %
Bundesrepublik Deutschland		5,6
Frankreich	2,6	
Italien		2,0
USA	3,0	
Grossbritannien		12,4
Österreich		5,4
Japan	1,6	
Schweden		4,7
Spanien		3,3
Niederlande		4,2
Belgien		6,3
Dänemark		6,3
Portugal		7,8
Norwegen		3,9
Kanada	0,5	

Im dritten Quartal festigte sich der international stärker werdende Dollar auch im Verhältnis zum Schweizerfranken. Sein Kurs stieg im Juli von 2,50 auf 2,70 und erreichte Ende September 2,76. Andererseits schwächte sich die D-Mark gegenüber dem Franken ab. Im Januar hatte ihr Kurs im Monatsmittel noch 106,7 und im Juni 106,5 betragen. Im September erreichte sie im Durchschnitt nur noch 103,5, im November 102,5, und im Dezember fiel sie sogar auf pari. Im Vergleich zu Anfang 1974 bedeutete dies für den Schweizerfranken eine Höherbewertung gegenüber der D-Mark von 19%. Auch der Dol-

larkurs schwächte sich im vierten Quartal ab; der Hauptgrund lag bei den wieder rückläufigen amerikanischen Geldmarktsätzen. Im Dezember notierte der Dollar gegenüber dem Franken im Mittel noch 2,64. Die exportgewichtete Aufwertung des Frankens, die im Oktober wieder auf knapp 44% angestiegen war, erreichte Ende Dezember den bisherigen Höchststand von 46,8%.

Der Einfluss des Zinsgefälles gegenüber dem Ausland auf die Wechselkursgestaltung war unverkennbar. Die Nationalbank versuchte denn auch, durch eine grosszügige Liquiditätspolitik und eine aktive Diskontpolitik die Zinsdifferenz gegenüber dem Ausland zu bewahren oder noch zu vergrössern.

Die Währungsreserven der Nationalbank erhöhten sich im Berichtsjahr um 3,1 Mrd auf 32,0 Mrd Franken. Ohne Berücksichtigung der Swapgeschäfte betrug der Zuwachs 2,4 Mrd Franken. Der Goldbestand blieb mit 11,9 Mrd Franken unverändert, desgleichen der Bestand an ausländischen Schatzanweisungen in Schweizerfranken mit 5,4 Mrd Franken. Die Devisenreserven (ohne Swaps) verzeichneten einen Anstieg von 2,4 Mrd auf 9,9 Mrd Franken. Dieser erklärt sich zur Hauptsache aus den um die Dollarabgaben im Rahmen der Konversionspflicht für Kapitalexporte verminderten Devisenmarktinterventionen, zu einem kleineren Teil auch aus Erträgen auf Auslandsanlagen.

### **Entwicklung der Auslandverflechtung der schweizerischen Banken**

Die Auslandverflechtung des schweizerischen Bankensystems hat sich 1975 weiter verstärkt. Ohne Treuhandgeschäfte, aber einschliesslich Swaps mit der Nationalbank, erhöhten sich die Guthaben seit dem Jahresende 1974 um 12,3 Mrd auf 72,8 Mrd Franken, die Treuhandguthaben um 6,6 Mrd auf 52,7 Mrd Franken. Die bilanzmässig aufgeführten Verbindlichkeiten stiegen um 0,5 Mrd auf 51,2 Mrd, die Treuhandverpflichtungen um 7,7 Mrd auf 44,8 Mrd Franken. Unter Einschluss der Treuhandgeschäfte stand somit einem Zuwachs der Guthaben um 18,9 Mrd Franken ein Anstieg der Verpflichtungen um 8,2 Mrd Franken gegenüber, so dass sich die totale Nettoposition von 18,8 Mrd Ende Dezember 1974 um 10,7 Mrd auf 29,5 Mrd Franken verstärkte.

### **Entwicklung des bewilligungspflichtigen Kapitalexports**

Die Entwicklung des Frankenkurses und die gute Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarktes erlaubten einen hohen Kapitalexport. Die Förderung der bewilligungspflichtigen Kapitalausfuhr bildete insbesondere auch ein willkommenes Gegengewicht zum wach-

senden Ertragsbilanzüberschuss. Die Konversionspflicht verschaffte dem Noteninstitut einen beträchtlichen Spielraum für Interventionen am Devisenmarkt, ohne dass dadurch die stabilitätsorientierte Geldmengenpolitik gefährdet worden wäre. Im Hinblick auf die konjunkturelle Lage war die Nationalbank bemüht, den Kapitalexport vermehrt in den Dienst der Exportfinanzierung zu stellen. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Bundesstellen, den Banken und dem Vorort wurde eine Verbesserung des Informationsaustausches über die Wünsche der Exportwirtschaft einerseits und geplante Kapitalexportgeschäfte andererseits in die Wege geleitet.

Für die Monate Januar und Februar bewilligte die Nationalbank ein Emissionsvolumen von 230 Mio Franken für auf Schweizerfranken lautende Anleihen. Der Plafond für mittelfristige Schuldverschreibungen («Notes») wurde für das erste Quartal auf 700 Mio Franken, jener für Bankkredite auf 500 Mio Franken festgesetzt. Im März erhöhte die Nationalbank die bereits ausgeschöpfte Limite für «Notes» auf 1 Mrd Franken. Der Plafond für Auslandsanleihen in den Monaten März und April wurde vorerst auf 300 Mio Franken festgesetzt und nachträglich auf 350 Mio Franken angehoben. Er blieb für die Monate Mai und Juni unverändert, wurde dann aber für die folgenden Zweimonatsperioden auf je 400 Mio Franken erhöht. Für mittelfristige Schuldverschreibungen sowie für Kredite verzichtete die Nationalbank bereits im Mai auf eine betragsmässige Limitierung. Die Verhältnisse am Kapitalmarkt gestatteten es ihr, diese Regelung bis zum Jahresende beizubehalten.

Gesamthaft bewilligte die Nationalbank Schweizerfranken-Anleihen von 2355 Mio Franken gegenüber 1011 Mio Franken 1974. Die von ihr genehmigten Plazierungen mittelfristiger Schuldverschreibungen beliefen sich auf 7161 Mio Franken, verglichen mit 2769 Mio Franken im Vorjahr. Ferner bewilligte die Nationalbank Bankkredite an das Ausland im Betrage von 2482 Mio Franken (1974: 1876 Mio Franken).

Umfang der von der  
Nationalbank bewilligten  
Kapitalexporte

## **Geld-, währungs- und konjunkturpolitische Massnahmen im Jahre 1975**

### **I. Bundesbeschluss über den Schutz der Währung vom 8. Oktober 1971/ 28. Juni 1974**

8. Juni Verlängerung des Währungsbeschlusses bis 15. Oktober 1977 wird von Volk und Ständen gutgeheissen.
9. Januar *1. Verordnung über Massnahmen gegen den Zufluss ausländischer Gelder vom 20. November 1974*  
Reduktion des Volumens der Terminverkäufe von Schweizerfranken an Ausländer  
a) Der Umfang der Termingeschäfte mit einer vertraglichen Laufzeit von 10 oder weniger Tagen wird mit sofortiger Wirkung auf 50% des Standes am 31. Oktober 1974 beschränkt.  
b) Der Umfang der übrigen Termingeschäfte muss bis zum 31. Januar 1975 auf 90% des Standes am 31. Oktober 1974 reduziert werden.
22. Januar Änderung der Verordnung über Massnahmen gegen den Zufluss ausländischer Gelder vom 20. November 1974.  
Das Verzinsungsverbot wird auf den gesamten Bestand der ausländischen Gelder ausgedehnt. Auf den seit dem 31. Oktober 1974 zugeflossenen ausländischen Geldern haben die Banken eine Kommission von 10% (bisher 3%) pro Quartal zu belasten.  
Das zulässige Volumen der Terminverkäufe von Schweizerfranken an Ausländer mit einer vertraglichen Laufzeit von mehr als zehn Tagen wird mit Wirkung ab 28. Februar 1975 auf 70% des Standes vom 31. Oktober 1974 herabgesetzt.
28. Oktober Das Volumen der Frankenterminverkäufe an Ausländer mit Laufzeiten von mehr als zehn Tagen ist bis Ende Januar 1976 auf 60% des Bestandes am 31. Oktober 1974 zu reduzieren.
22. Januar *2. Verordnung über die Fremdwährungspositionen der Banken vom 5. Juli 1972/11. Oktober 1972*  
Mit Wirkung ab 23. Januar 1975 muss das Total der Fremdwährungsverbindlichkeiten jeder Bank täglich bei Geschäftsschluss durch das Total ihrer Fremdwährungsfordernungen gedeckt sein.

17. März Änderung der Verordnung über die Fremdwährungspositionen der Banken.  
Mit Wirkung ab 1. April 1975 müssen die Fremdwährungsverbindlichkeiten täglich für jede Währung durch entsprechende Fremdwährungsforderungen gedeckt sein.
5. Juni Die Nationalbank rechnet inskünftig einen Überschuss an Forderungen aus Devisentermingeschäften in einer bestimmten Fremdwährung gegen andere fremde Währungen voll zur Kompensation einer Kurzposition dieser Währung (Überschuss an Verbindlichkeiten über Forderungen) an.
22. Januar 3. *Verordnung über die Stilllegung von Schweizerfranken-Erlösen aus Interventionen am Devisenmarkt vom 22. Januar 1975*  
Die Nationalbank erhält die Kompetenz, den Frankengegenwert von währungspolitisch begründeten Interventionskäufen am Devisenmarkt stillzulegen, indem sie dem Verkäufer den Betrag auf einem unverzinslichen Sperrkonto gutschreibt. Die Verordnung kommt 1975 nicht zur Anwendung.
4. *Verordnung über die Bewilligungspflicht für die Aufnahme von Geldern im Ausland vom 5. Juli 1972/16. April 1973*  
Ganzes Jahr unverändert in Kraft.

## **II. Bundesbeschluss über Massnahmen auf dem Gebiete des Kreditwesens vom 20. Dezember 1972**

19. Dezember Der Bundesbeschluss über Massnahmen auf dem Gebiete des Kreditwesens vom 20. Dezember 1972 läuft am 20. Dezember 1975 aus. Die eidgenössischen Räte genehmigen den neuen Bundesbeschluss über Geld- und Kreditpolitik vom 19. Dezember 1975, der am 1. Januar 1976 in Kraft tritt und bei positivem Ausgang des obligatorischen Referendums bis Ende 1978 gilt.
1. *Mindestguthaben auf inländischen Verbindlichkeiten*  
Seit dem 26. November 1974 besteht nur noch eine Meldepflicht für die inländischen Verbindlichkeiten der Banken, jedoch keine Einzahlungspflicht mehr.
2. *Mindestguthaben auf ausländischen Verbindlichkeiten*  
Die Mindestguthaben auf dem Bestand und dem Zuwachs der ausländischen Verbindlichkeiten werden von 20% auf 50% des Sollbestandes angehoben.
7. Februar

11. April Die Mindestguthaben werden linear um 20 % auf 30 % des Sollbestandes herabgesetzt.  
28. Mai Die Mindestguthaben werden auf 10 % des Sollbestandes gesenkt.

### 3. Kreditbegrenzung

8. Januar Verordnung über die Kreditbegrenzung vom 8. Januar 1975.  
Diese Verordnung, die mit Wirkung ab 15. Januar 1975 an die Stelle der Verordnung vom 29. Mai 1974 (Härtekontingent) tritt, beinhaltet eine gezielte Lockerung der Kreditbegrenzung. Kredite für die Ausarbeitung von Projekten bis zur Baureife, für den nicht-luxuriösen Wohnungsbau sowie für Bauten der Infrastruktur können auf Gesuch hin von der Kreditbegrenzung ausgeklammert werden.  
Bauten des gemeinnützigen Wohnungsbaus werden generell von der Kreditbegrenzung ausgenommen.

20. März Der Betrag der Kreditüberschreitungen per 31. Januar 1975 wird zu 100% eingefordert und für 3 Monate auf einem Sonderkonto bei der Nationalbank blockiert. Gleichzeitig werden die am 20. Dezember 1974 eingezahlten Beträge für die sanktionspflichtigen Kreditüberschreitungen vom 31. Oktober 1974 freigegeben.

23. April Die Kreditbegrenzung wird mit Wirkung ab 1. Mai 1975 vollständig aufgehoben. Gleichzeitig richtet die Nationalbank dringend die Empfehlung an die Banken, in der Kredittätigkeit weiterhin Mass zu halten und gewisse Prioritäten zu beachten. Kredite an Unternehmen, die infolge des veränderten Konjunkturklimas in Liquiditätsschwierigkeiten geraten sind, im übrigen aber wettbewerbsfähig sind, Exportkredite sowie Kredite zur Finanzierung von privaten und öffentlichen Investitionen sollen bevorzugt behandelt werden.

Juni Die Kreditüberschreitungen per Ende April 1975 werden zu 100% eingefordert. Die Sanktionszahlungen für die Überschreitungen des zulässigen Kreditstands per 31. Januar 1975 werden den Banken zurückerstattet.

September Rückzahlung der noch auf Sonderkonto «K» blockierten Gelder.

### 4. Emissionskontrolle

Der Emissionsplafond inländischer Anleihen wird für das 1. Quartal 1975 anfänglich auf 1,1–1,2 Mrd Franken festgesetzt, nachträglich jedoch auf 1,4 Mrd Franken erhöht. In den folgenden Quartalen wird auf die Fixierung eines betragsmässigen Anleiheplafonds verzichtet und nur noch die Anzahl der Emissionen begrenzt.



### **III. Genehmigungspflichtiger Kapitalexport**

19. Dezember 1974  
Der Plafond für Anleihsenmissionen ausländischer Schuldner wird für die ersten beiden Monate 1975 auf 230 Mio Franken festgesetzt.  
Das Volumen für die Plazierung mittelfristiger Schuldverschreibungen («Notes») wird für das 1. Quartal 1975 auf 700 Mio Franken begrenzt. Bewilligungen werden im Verhältnis zu den im Durchschnitt der Jahre 1971 bis 1973 getätigten «Notes»-Geschäften erteilt. Für Kredite an ausländische Schuldner wird für das 1. Quartal eine Limite von 500 Mio Franken gesetzt.
3. März 1975  
Für die Monate März und April wird für die Auslandsanleihen ein Plafond von 300 Mio Franken fixiert. Das Volumen für «Notes»-Emissionen wird für das 1. Quartal auf 1 Mrd Franken erhöht.  
Verlangt wird inskünftig von den Bankinstituten eine Aufstellung der zur Rückzahlung fälligen Kapitalexportgeschäfte.  
Der Plafond für Auslandsanleihen in den Monaten März und April wird nachträglich auf 350 Mio Franken erhöht.
15. Mai  
Für die Periode Mai–Juni wird der Betrag für öffentliche Anleihen ausländischer Schuldner auf 350 Mio Franken festgesetzt.  
Für Kapitalexporte in Form von mittelfristigen Privatplazierungen und Krediten wird auf eine Limitierung verzichtet. Dies gilt vorläufig bis Ende 1975.
4. Juli  
Der Plafond für Auslandsanleihen, die in den Monaten Juli und August auf dem schweizerischen Kapitalmarkt aufgelegt werden können, wird auf 400 Mio Franken festgesetzt. Der Plafond für Auslandsanleihen in den Perioden September und Oktober sowie November und Dezember wird auf je 400 Mio Franken festgelegt.
10. Dezember  
Die Bestimmungen über die Plazierung mittelfristiger Schuldverschreibungen in Schweizerfranken werden präzisiert. Insbesondere soll erreicht werden, dass die Ausgabe von «Notes» als echte Privatplazierung bei der angestammten Kundschaft erfolgt.

### **IV. Vereinbarung zwischen der Schweizerischen Nationalbank und den Schweizerbanken über die Milderung von Liquiditätsschwierigkeiten einzelner Exportbranchen**

18. April  
Die Banken werden vorab für die Uhren-, Textil- und Schuhindustrie Exportkredite, besonders Wechselkredite, bevorzugt erteilen.

Die Nationalbank ist bereit, solche Wechsel ausserhalb der bestehenden Limiten zu einem Satz von wenigstens 1 % unter dem offiziellen Diskontsatz zu rediskontieren oder zu lombardieren.

Die Vereinbarung gilt vom 1. Mai 1975 an für vorläufig 6 Monate.

28. Oktober

Die Vereinbarung wird um weitere 6 Monate bis Ende April 1976 verlängert.

#### **V. Vereinbarung zwischen der Nationalbank und den auf dem Gebiete der langfristigen Exportfinanzierung tätigen Banken**

1. Juni

Die auf dem Gebiete der Finanzierung von langfristigen Krediten für Grossexporte (mindestens 30 Mio Franken, Laufzeit wenigstens 3 Jahre) tätigen Banken haben mit der Nationalbank eine Vereinbarung abgeschlossen mit dem Ziel, allfällige Refinanzierungsschwierigkeiten zu beheben. Die Nationalbank erteilt eine Rediskontzusage, während die Banken auf die kreditverteuernden Zinsanpassungsklauseln verzichten.

Die Vereinbarung tritt am 1. Juni 1975 in Kraft und ist für 2 Jahre gültig.

#### **VI. Finanzierungserleichterungen für Investitionen im Sinne von Arbeitsbeschaffungsmassnahmen**

3. April

Die Nationalbank beschliesst eine Rediskontzusage für kantonale Reskriptionen bis zu einem Betrage von 300 Mio Franken. Die Finanzierungshilfe kann sowohl für die durch das Investitionsprogramm des Bundes bei den Kantonen anfallenden neuen Ausgaben wie auch für Vorhaben, die die Kantone in eigener Kompetenz beschliessen, beansprucht werden. Die Rediskontierungsbegehren der Kantone sind durch die kantonalen Finanzdirektionen über die Kantonalbanken bis spätestens Ende 1975 der Nationalbank einzureichen.

3. November

Die Einreichungsfrist für Rediskontierungsbegehren wird bis 30. April 1976 verlängert. Zudem werden Rediskontzusagen neu auch an Regionalbanken, Sparkassen und Raiffeisenkassen erteilt.

## **VII. Gentlemen's Agreement über die Meldungen von Devisentransaktionen**

*Abkommen zwischen den schweizerischen Banken sowie den in der Schweiz domizilierten Auslandsbanken und der Nationalbank.*

20. März

Die Banken verpflichten sich, der Nationalbank von Devisenkassa- und Devisentermingeschäften von 5 Mio Dollars und mehr Kenntnis zu geben. Der Nationalbank wird die Befugnis eingeräumt, in allfällige Devisenkäufe einzutreten und die Beträge auf eigene Rechnung zu übernehmen, falls sie dies nach der Marktlage für angebracht hält. Das Abkommen tritt am 1. April 1975 in Kraft und ist bis Ende 1975 befristet.

26. November

Das Gentlemen's Agreement mit den Banken über die Meldungen von Devisentransaktionen wird bis zum 30. Juni 1976 verlängert.

24. März

*Gentlemen's Agreement der Nationalbank mit den multinationalen Gesellschaften über die Meldungen von Devisentransaktionen (mit gleichem Inhalt wie das Abkommen mit den Banken).*

26. November

Das Gentlemen's Agreement mit den multinationalen Gesellschaften über die Meldungen von Devisentransaktionen wird bis 30. Juni 1976 verlängert.

## **D. Bankbehörden, Direktorium und Direktion**

Mutationen in den *Bankbehörden*:

### *Bankrat*

Am 27. Mai 1975 ist der Vizepräsident des Bankrates, Herr Professor Dr. Dr. h. c. Peter Jäggi, in seinem 66. Altersjahr gestorben. Herr Professor Jäggi hat der Nationalbank während mehr als einem Jahrzehnt als Vizepräsident des Bankrates und des Bankausschusses gedient. Seine lebenswürdige Persönlichkeit sowie die grosse Sachkenntnis und uneingeschränkte Hilfsbereitschaft werden nicht vergessen werden.

Zum neuen Vizepräsidenten des Bankrates und des Bankausschusses ernannte der Bundesrat Herrn Regierungsrat Dr. E. Wyss, Vorsteher des Departementes des Innern des Kantons Basel-Stadt.

Die folgenden Herren sind mit dem Erreichen der Altersgrenze aus dem Bankrat ausgeschieden:

E. Kronauer, Mitglied seit 1956

Dr. A. Schaefer, Mitglied seit 1973

E. Wüthrich, Mitglied seit 1962

Der Bundesrat hat die folgenden Herren als neue Mitglieder des Bankrates gewählt:

Dr. R. Bärlocher, Rechtsanwalt, St. Gallen

E. Canonica, Nationalrat, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Dietikon

J. Diethelm, Nationalrat und Regierungsrat, Vorsteher des Finanzdepartementes des Kantons Schwyz, Siebnen

R. Suter, Nationalrat, Präsident der Verwaltungsdelegation des Migros-Genossenschaftsbundes, Zürich

### *Bankausschuss*

Ausser dem verstorbenen Vizepräsidenten, Herrn Professor Dr. Dr. h. c. Peter Jäggi, ist Herr E. Wüthrich, Mitglied des Bankausschusses seit 1963, altershalber aus dem Bankausschuss ausgeschieden.

Als neue Mitglieder wurden vom Bankrat gewählt:

Dr. W. Jucker, Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bremgarten bei Bern

Dr. A. Waeber, Staatsrat, Finanzdirektor des Kantons Freiburg, Tafers

Den aus den Bankbehörden ausgeschiedenen Herren möchten wir auch an dieser Stelle für die der Schweizerischen Nationalbank geleisteten guten Dienste den besten Dank aussprechen.

Mutationen im *Direktorium*:

Im Anschluss an seine Wahl zum Präsidenten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz hat Herr Alexandre Hay, Vizepräsident des Direktoriums und Vorsteher des II. Departementes, dem Bundesrat auf Ende 1975 seinen Rücktritt beantragt.

Der Bundesrat hat mit Amtsantritt am 1. Januar 1976 gewählt:

zum Vizepräsidenten des Direktoriums und Vorsteher des II. Departementes:

Prof. Dr. L. Schürmann, bisher Mitglied des Direktoriums und Vorsteher des III. Departementes

Zum Vorsteher des III. Departementes:

Botschafter P. Languetin, der neu in die Dienste der Nationalbank getreten ist.

Mutationen in der *Direktion*:

Im Laufe des Berichtsjahres sind die folgenden Herren aus den Diensten der Schweizerischen Nationalbank ausgeschieden:

A. Bertschinger, Direktor der Zweiganstalt Basel

R. Hügli, Direktor der Zweiganstalt Neuenburg

J. Terrier, Direktor der Zweiganstalt Genf

E. Brunner, Vizedirektor, Zürich

E. Schöbi, Stellvertreter des Direktors, St. Gallen

Wir danken diesen Herren für die unserem Institut während langer Jahre geleisteten wertvollen Dienste.

Im Laufe des Jahres wurden folgende Ernennungen vorgenommen:

zu *Direktoren*

F. von Arx, Zweiganstalt Neuenburg, bisher Agenturführer der Agentur La Chaux-de-Fonds

C. Gaggini, Zweiganstalt Genf, bisher Stellvertreter des Direktors

R. Winteler, Zweiganstalt Basel, bisher Direktor der Zweiganstalt Aarau

zu *stellvertretenden Direktoren*

H. Baumgartner, Chef der Revisions- und Organisationsabteilung im I. Departement, bisher Vizedirektor und Hauptbuchhalter der Bank

M. Thomann, Chef der Unterabteilung Volkswirtschaft im I. Departement, bisher Vizedirektor der volkswirtschaftlichen und statistischen Abteilung im I. Departement

zu *Vizedirektoren*

W. Bächtold, Chef der Devisenabteilung im III. Departement

H.-P. Dosch, Hauptbuchhalter der Bank, bisher Prokurist und Stellvertreter des Chefs der Wertschriftenabteilung im II. Departement

H.W. Preisig, Chef der Portefeuilleabteilung im III. Departement

zu *Stellvertretern des Direktors*

J.-P. Borel, Zweiganstalt Genf, bisher Prokurist

A. Geiger, Zweiganstalt St. Gallen, bisher Prokurist

Zum *Agenturführer*

J. Jolidon, Agentur La Chaux-de-Fonds, bisher Prokurist

# **Jahresrechnung**

- 1. Allgemeine Erläuterungen**
- 2. Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1975**
- 3. Jahresschlussbilanz vom 31. Dezember 1975**





# Erläuterungen zur Jahresrechnung

## Allgemeine Erläuterungen

Die Jahresschlussbilanz auf den 31. Dezember 1975 weist ein Total von 35 Mrd Franken auf, d. h. rund 1,7 Mrd mehr als vor Jahresfrist.

Unter den Aktiven figurieren als wichtigste Posten der Goldbestand mit 11,9 Mrd Franken (unverändert) und der Devisenbestand mit 14,7 Mrd Franken. Auf ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken entfallen 5,4 Mrd Franken. Gegenüber dem Vorjahr verzeichnen die Devisen eine Zunahme von 3,1 Mrd Franken, währenddem die ausländischen Schatzanweisungen in Schweizerfranken mit 5,4 Mrd unverändert blieben. Das Inlandportefeuille wird mit 1,9 Mrd Franken (–0,8 Mrd) ausgewiesen, die Lombardvorschüsse erreichen den Betrag von 0,2 Mrd Franken (–0,5 Mrd).

Bei den Passiven verringerte sich der Notenumlauf gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mrd auf 19,1 Mrd Franken. Die täglich fälligen Verbindlichkeiten von total 13,3 Mrd Franken verzeichnen eine Zunahme von 2,9 Mrd, die sich aus einer Erhöhung der Giro-gelder um 2 Mrd und einer solchen der Bundesguthaben um 0,9 Mrd ergibt. Die Mindestguthaben der Banken auf ausländischen Verbindlichkeiten belaufen sich auf 0,2 Mrd Franken oder rund 0,1 Mrd weniger als vor Jahresfrist. Die Verbindlichkeiten auf Zeit betragen 0,4 Mrd Franken, d. h. 0,8 Mrd weniger als am Ende des Vorjahres. Die Sterilisierungsreskriptionen haben um 0,2 Mrd zugenommen und betragen 0,4 Mrd. Die Guthaben der Banken auf Sonderkonti (Überschreitung des zulässigen Kreditwachses) von 1 Mrd Franken am Vorjahresende, wurden im Verlauf des Berichtsjahres vollständig freigegeben.

Vom Devisenbestand waren am Jahresende 1167 Mio Dollar im Rahmen des Swapabkommens mit der Federal Reserve Bank of New York kursgesichert. Sie sind im Inventar zu 3.10 eingesetzt. 1809 Mio Dollar wurden mit Banken über das Jahresende geswapt und sind zu den Kassakursen bilanziert. Der Bestand an nicht kursgesicherten Dollars ist zu 2.60 eingesetzt.

Vor Abschluss der Rechnung wurden aus den Zinseinnahmen auf den Dollaranlagen und den ausländischen Schatzanweisungen in Schweizerfranken 232 Mio Franken in die ausgewiesene Rückstellung für Währungs- und Kursrisiken, die zur Tilgung der Schuldverpflichtung des Bundes dienen wird, eingelegt. Schliesslich wurde ebenfalls vor dem Abschluss die interne Rückstellung für Währungs- und Kursrisiken mit einem geringen Betrag dotiert.

In der Gewinn- und Verlustrechnung erscheint auf der Ertragsseite als wichtigster Posten der Gold- und Devisenertrag mit 81,0 Mio Franken oder 47,4 Mio weniger als im Vorjahr. Er repräsentiert Zinseinnahmen auf den für den laufenden Bedarf gehaltenen Dollarbeständen sowie Erträge aus Geldmarktswaps mit den Banken. Die Einnahmen aus

dem inländischen Geschäft haben gegenüber dem Vorjahr, mit Ausnahme des Ertrags aus dem Lombardgeschäft, zugenommen: Diskontoertrag und Inkassogebühren 30,7 Mio Franken (+2,1 Mio), Ertrag des Lombardgeschäftes 3,8 Mio Franken (–2,3 Mio), Ertrag der eigenen Wertschriften 9,0 Mio Franken (+7,0 Mio).

Verwaltungskosten, Passivzinsen, Anfertigungskosten für Banknoten, Aufwendungen für die Bankgebäude, Abschreibungen auf Mobilien erforderten insgesamt 81,4 Mio Franken, gegenüber 88,3 Mio im Vorjahr. Nach Äufnung der Rückstellungen für den Um- und Neubau von Bankgebäuden und für Sterilisierungskosten im Gesamtbetrag von 37,4 Mio Franken sowie einer Zuwendung an die Fürsorgeeinrichtungen der Bank von 2 Mio Franken verbleibt ein Reingewinn von 7 515 826.40 Franken.



# Gewinn- und Verlustrechnung

Abgeschlossen auf 31. Dezember 1975

## Aufwand

---

Verwaltungskosten			
Bankbehörden . . . . .	Fr.	492 869.80	
Personal . . . . .	Fr.	26 472 286.75	
Geschäfts- und Bureaukosten . . . . .	Fr.	4 883 312.24	
Verschiedenes . . . . .	Fr.	2 818 174.44	Fr. 34 666 643.23
Zinsen auf Bundesschatzanweisungen . . . . .			Fr. 30 379 558.70
Zinsen an Deponenten . . . . .			Fr. 1 668 797.60
Aufwendungen für Bankgebäude . . . . .			Fr. 6 435 059.80
Abschreibungen auf Mobiliar . . . . .			Fr. 1 420 194.75
Banknotenherstellungskosten . . . . .			Fr. 6 820 729.35
Rückstellung für Bankgebäude . . . . .			Fr. 27 449 000.—
Rückstellung für Zinsen auf Bundesschatzanweisungen . . . . .			Fr. 10 000 000.—
Zuwendung an die Vorsorgeeinrichtungen der Bank . . . . .			Fr. 2 000 000.—
Reingewinn . . . . .			Fr. 7 515 826.40
			<u>Fr. 128 355 809.83</u>

---

<b>Ertrag</b>	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen . . . . .	Fr.	80 999 890.12
	Diskontoertrag und Inkassogebühren . . . . .	Fr.	30 737 298.62
	Ertrag des Lombardgeschäftes . . . . .	Fr.	3 830 818.95
	Ertrag der eigenen Wertschriften . . . . .	Fr.	8 951 296.10
	Zinsen von Inlandkorrespondenten . . . . .	Fr.	593 614.50
	Kommissionen . . . . .	Fr.	2 704 159.59
	Übrige Nutzposten . . . . .	Fr.	538 731.95

Fr. 128 355 809.83



**Passiven**

---

Notenumlauf .....		Fr. 19 127 765 675.—
Girorechnungen		
Girorechnungen von Banken,		
Handel und Industrie .....	Fr. 11 478 492 342.68	
Girorechnungen ausländischer		
Banken .....	Fr. 150 010 153.85	Fr. 11 628 502 496.53
Bund .....		Fr. 1 623 785 222.30
Deponenten .....		Fr. 29 954 957.26
Ausstehende Checks .....		Fr. 13 650 353.45
Mindestguthaben von Banken auf:		
inländischen Verbindlichkeiten ....	Fr. —.—	
ausländischen Verbindlichkeiten ...	Fr. 165 290 000.—	Fr. 165 290 000.—
Verbindlichkeiten auf Zeit:		
Sterilisierungsreskriptionen .....	Fr. 379 800 000.—	
Sonderkonti <sup>2</sup> .....	Fr. —.—	Fr. 379 800 000.—
Sonstige Passiven .....		Fr. 1 153 109 436.52
Grundkapital .....		Fr. 50 000 000.—
Reservefonds .....		Fr. 42 000 000.—
Rückstellung für Währungs- und Kursrisiken .....		Fr. 389 654 052.78
Rückstellung für Banknotenherstellungskosten .....		Fr. 100 000 000.—
Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle .....		Fr. 60 000 000.—
Rückstellung für Bankgebäude .....		Fr. 80 000 000.—
Rückstellung für Zinsen auf Bundesschatzanweisungen .....		Fr. 70 000 000.—
Rückstellung für Offenmarktoperationen .....		Fr. 70 000 000.—
Reingewinn .....		Fr. 7 515 826.40
		<u>Fr. 34 991 028 020.24</u>

---

<sup>2</sup> Überschreitung des zulässigen Kreditwachstums.

# Erläuterungen zur Jahresrechnung

## Aktiven der Bilanz

### Kassenverkehr

Kassenbestand am 31. Dezember 1974, einschliesslich Gold . .	Fr. 22 782 484 762.31
Eingang im Jahre 1975 . . . . .	Fr. 50 807 560 577.61
	<u>Fr. 73 590 045 339.92</u>
Ausgang im Jahre 1975 . . . . .	Fr. 50 661 413 170.51
Kassenbestand am 31. Dezember 1975, einschliesslich Gold . .	<u>Fr. 22 928 632 169.41</u>

Der Kassenbestand vom 31. Dezember 1975 setzte sich wie folgt zusammen:

Gold . . . . .	Fr. 11 892 747 194.25
Münzen . . . . .	Fr. 25 945 963.53
Verschiedenes . . . . .	Fr. 34 186.63
Total laut Bilanz . . . . .	<u>Fr. 11 918 727 344.41</u>
Dazu: eigene Noten in den Kassen der Bank . . . . .	Fr. 11 009 904 825.—
Total . . . . .	<u>Fr. 22 928 632 169.41</u>

Das Gold ist mit Fr. 4 595.74 pro Kilogramm Feingold gebucht.

### Devisenverkehr

Bestand am 31. Dezember 1974 . . . . .	Fr. 11 570 617 548.58
Eingang im Jahre 1975 . . . . .	Fr. 211 098 567 298.16
	<u>Fr. 222 669 184 846.74</u>
Ausgang im Jahre 1975 . . . . .	Fr. 207 963 390 976.63
Bestand am 31. Dezember 1975 . . . . .	<u>Fr. 14 705 793 870.11</u>



<b>Verkehr in ausländischen Schatzanweisungen in Schweizerfranken</b>	Bestand am 31. Dezember 1974 . . . . .	Fr. 5 402 980 000.—
	Eingang im Jahre 1975 . . . . .	Fr. —.—
	Ausgang im Jahre 1975 . . . . .	Fr. —.—
	Bestand am 31. Dezember 1975 . . . . .	Fr. 5 402 980 000.—

**Diskontoverkehr**

*Schweizerwechsel*

Bestand am 31. Dezember 1974 . . . . .	2 008 Wechsel mit	Fr. 2 166 775 302.97
Im Jahre 1975 wurden diskontiert . . . . .	6 467 Wechsel mit	Fr. 9 773 224 626.93
	8 475 Wechsel mit	Fr. 11 939 999 929.90
Davon wurden 1975 eingelöst . . . . .	7 375 Wechsel mit	Fr. 10 233 542 776.20
Bestand am 31. Dezember 1975 . . . . .	1 100 Wechsel mit	Fr. 1 706 457 153.70

*Schatzanweisungen des Bundes*

Bestand am 31. Dezember 1974 . . . . .	Fr. 484 000 000.—
Im Jahre 1975 wurden diskontiert:	
eingereicht vom Bund . . . . .	Fr. —.—
eingereicht vom Markt . . . . .	Fr. 2 822 000 000.—
	Fr. 3 306 000 000.—
Davon wurden 1975 eingelöst . . . . .	Fr. 3 079 000 000.—
Bestand am 31. Dezember 1975 . . . . .	Fr. 227 000 000.—

*Obligationen*

Bestand am 31. Dezember 1974 . . . . .	Fr. 43 489 621.55
Im Jahre 1975 wurden diskontiert . . . . .	Fr. 14 120 190.60
	Fr. 57 609 812.15
Davon wurden 1975 eingelöst . . . . .	Fr. 52 178 203.40
Bestand am 31. Dezember 1975 . . . . .	Fr. 5 431 608.75

**Lombardverkehr**

Bestand der Lombardvorschüsse am 31. Dezember 1974 . . . . .	Fr.	699 937 771.35
Neue Vorschüsse im Jahre 1975 . . . . .	Fr.	4 145 549 307.50
		<u>Fr. 4 845 487 078.85</u>
Rückzahlungen im Jahre 1975 . . . . .	Fr.	4 645 327 847.—
Bestand der Lombardvorschüsse am 31. Dezember 1975 . . . . .	Fr.	<u>200 159 231.85</u>

Die Zahl der offenen Lombardrechnungen belief sich am 31. Dezember 1975 auf 78. Von den Hinterlagen am 31. Dezember 1975 entfielen 42% auf eidgenössische Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen, auf kantonale Obligationen und Schuldbuchforderungen, auf kommunale Obligationen sowie auf Obligationen von Kantonalbanken im Sinne des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen.

**Verkehr in eigenen Wertschriften**

Inventarbestand am 31. Dezember 1974 . . . . .	Fr.	92 488 025.—
Eingang im Jahre 1975 . . . . .	Fr.	28 368 224.05
		<u>Fr. 120 856 249.05</u>
Ausgang im Jahre 1975 . . . . .	Fr.	117 194 248.05
Inventarbestand am 31. Dezember 1975 . . . . .	Fr.	<u>3 662 001.—</u>

**Verkehr mit den Korrespondenten im Inland**

Guthaben der Bank am 31. Dezember 1974 . . . . .	Fr.	166 925 467.14
Im Jahre 1975 wurden der Bank von den Korrespondenten gutgeschrieben . . . . .	Fr.	19 819 346 386.51
		<u>Fr. 19 986 271 853.65</u>
Im Jahre 1975 wurden der Bank von den Korrespondenten belastet . . . . .	Fr.	19 850 012 366.15
Guthaben der Bank am 31. Dezember 1975 . . . . .	Fr.	<u>136 259 487.50</u>

Am 31. Dezember 1975 verfügte die Bank für den Inlandverkehr über ein Netz von Korrespondenten, das 403 Bank- und 162 Nebenplätze umfasste. Die Zahl der Korrespondentenmandate belief sich auf 536.

**Inkassoverkehr**

Den Bankstellen der Nationalbank sind im Berichtsjahr an Checks und Wechseln zum Inkasso eingereicht worden:

Total . . . . .	64 002 Stück mit	Fr. 3 172 181 774.15
-----------------	------------------	----------------------

**Verkehr auf  
Postcheck-  
rechnungen**

Postcheckguthaben am 31. Dezember 1974 . . . . .	Fr. 7 081 274.87
Im Jahre 1975 wurden unsern Postcheckrechnungen gutge- schrieben . . . . .	Fr. 86 216 692 443.77
	<u>Fr. 86 223 773 718.64</u>
Im Jahre 1975 wurden unsern Postcheckrechnungen belastet	Fr. 86 218 029 592.05
Postcheckguthaben am 31. Dezember 1975 . . . . .	<u>Fr. 5 744 126.59</u>

Der Überweisungsverkehr zwischen den Kunden der Nationalbank und den Inhabern von Postcheckrechnungen gestaltete sich im Berichtsjahr wie folgt:

69 291 Giroüberweisungen von der Nationalbank an die Post	Fr. 6 899 959 937.01
34 327 Giroüberweisungen von der Post an die Nationalbank	Fr. 45 882 915 001.90
Total . . . . .	<u>Fr. 52 782 874 938.91</u>

**Bankgebäude  
und Mobiliar**

*Bankgebäude*

Der Buchwert der Gebäude der Bank betrug am 31. Dezember 1975 wie im Vorjahr . . . . . Fr. 1 500 000.—

Die Feuerversicherungssumme stellte sich insgesamt auf Fr. 123 199 600.—.

Die Auslagen für Neueinrichtungen, Renovationen, Unterhalt, Beleuchtung, Heizung, Bewachung, Reinigung beliefen sich auf Fr. 7 316 412.60  
Nach Verrechnung der vereinnahmten Mietzinse von . . . . . Fr. 881 352.80  
verbleibt ein Überschuss der Aufwendungen von . . . . . Fr. 6 435 059.80

*Mobiliar*

Das Mobiliarkonto war am 31. Dezember 1974 belastet mit . . . Fr. 1.—

Die Neuanschaffungen im Betrage von Fr. 1 420 194.75 wurden vollständig abgeschrieben.

Der Buchwert am 31. Dezember 1975 beträgt somit wiederum . Fr. 1.—

## Passiven der Bilanz

### Ausgabe und Deckung der Banknoten

(Vgl. Beilagen Nr.1 und 2)

Der Notenumlauf der Nationalbank belief sich	
am 31. Dezember 1974 auf . . . . .	Fr. 19 435 802 265
am 31. Dezember 1975 auf . . . . .	Fr. 19 127 765 675
Abnahme . . . . .	<u>Fr. 308 036 590</u>

Der Notenumlauf betrug im Jahresdurchschnitt Fr. 17 608 505 530; er erreichte im Maximum (am 22. Dezember) Fr. 20 182 271 250 und im Minimum (am 16. Oktober) Franken 16 783 458 290.

Im Berichtsjahr sind insgesamt 57 514 296 Stück beschädigte oder zurückgerufene Banknoten im Nennwert von Fr. 4 830 029 820 zur Vernichtung ausgeschieden und durch neue Noten ersetzt worden.

Von den zurückgerufenen Noten der Nationalbank waren am 31. Dezember 1975 noch ausstehend:

Noten zu 1000 Franken mit dem Bild der Giesserei auf der Rückseite	Fr. 16 102 000
Noten zu 500 Franken mit dem Bild der Handstickerinnen auf der Rückseite . . . . .	Fr. 3 892 000
Noten zu 100 Franken mit dem Bild des Mähers auf der Rückseite . . .	Fr. 16 395 800
Noten zu 50 Franken mit dem Bild des Holzfällers auf der Rückseite	Fr. 6 157 000
Noten zu 20 Franken mit dem Pestalozzickopf auf der Vorderseite . . .	Fr. 6 953 300
Zusammen . . . . .	<u>Fr. 49 500 100</u>

Die Nationalbank ist verpflichtet, die erwähnten Noten zu 1000, 500, 100 und 50 Franken bis zum 30. September 1978, die Noten zu 20 Franken mit dem Pestalozzickopf bis zum 31. März 1976 zum Nennwert umzutauschen.

Deckung des Notenumlaufs am 31. Dezember 1975:

Gold . . . . .	Fr. 11 892 747 194
Übrige deckungsfähige Aktiven:	
Devisen . . . . .	Fr. 14 705 793 870
Ausländische Schatzanweisungen in	
Schweizerfranken . . . . .	Fr. 5 402 980 000
Inlandportefeuille . . . . .	Fr. 1 938 888 762
Lombardvorschüsse . . . . .	<u>Fr. 200 159 232</u>
Gesamte Notendeckung . . . . .	<u>Fr. 22 247 821 864</u>
	<u>Fr. 34 140 569 058</u>

Die Deckung des Notenumlaufs durch Gold betrug im Maximum 70,86% (16. Oktober), im Minimum 58,93% (22. Dezember). Gemäss Artikel 19, Absatz 2, des Nationalbankgesetzes ist die Mindestgolddeckung von 40% in der Schweiz aufbewahrt worden.

## Giroverkehr

Bestand der Giroguthaben am 31. Dezember 1974 . . . . .	Fr.	9 619 797 851.81
Im Jahre 1975 wurden den Girorechnungen gutgeschrieben	Fr.	2 956 555 900 270.06
		<u>Fr. 2 966 175 698 121.87</u>
Im Jahre 1975 wurden den Girorechnungen belastet . . . . .	Fr.	2 954 547 195 625.34
Bestand der Giroguthaben am 31. Dezember 1975 . . . . .	Fr.	<u>11 628 502 496.53</u>
Im Giroverkehr ergaben sich . . . . .	772 640 Posten mit	Fr. 701 615 147 895.40
Im Bankenclearingverkehr ergab sich folgender Umschlag:		
a) Verkehr der sechs Zentralen der Grossbanken und der Kantonalbanken unter sich und mit der Nationalbank . . . . .	96 030 Posten mit	Fr. 3 453 517 253 000.—
b) Verkehr auf den bei der Nationalbank geführten Bankenclearingkonten der nicht zum Kreis der Grossbanken und Kantonalbanken gehörenden Institute . . . . .	10 312 820 Posten mit	Fr. 1 755 970 695 000.—
Gesamter Giroverkehr . . . . .		<u>Fr. 5 911 103 095 895.40</u>

Die Zahl der Girorechnungen stellte sich am 31. Dezember 1975 auf 1402.

## Verkehr auf den Konten des Bundes

### *Ein- und Auszahlungsverkehr*

Bestand der Guthaben des Bundes am 31. Dezember 1974 . .	Fr.	714 456 636.99
Im Jahre 1975 wurden den Rechnungen des Bundes gutgeschrieben . . . . .		<u>Fr. 93 114 069 436.53</u>
		<u>Fr. 93 828 526 073.52</u>
Im Jahre 1975 wurden den Rechnungen des Bundes belastet	Fr.	92 204 740 851.22
Bestand der Guthaben des Bundes am 31. Dezember 1975 . .	Fr.	<u>1 623 785 222.30</u>
Vom Verkehr entfallen auf	Gutschriften	Belastungen
die Eidgenössische Staatskasse . . .	Fr. 29 927 557 897.63	Fr. 29 124 682 131.35
die PTT-Betriebe . . . . .	Fr. 59 093 959 668.84	Fr. 59 093 990 913.46
die Schweizerischen Bundesbahnen	Fr. 3 911 071 351.56	Fr. 3 910 660 821.10
die übrigen Verwaltungen . . . . .	Fr. 181 480 518.50	Fr. 75 406 985.31
Total . . . . .	<u>Fr. 93 114 069 436.53</u>	<u>Fr. 92 204 740 851.22</u>

**Verkehr  
mit Deponenten**

Bestand der Guthaben der Deponenten am 31. Dezember 1974 .	Fr.	30 272 256.45
Im Jahre 1975 wurden den Depotrechnungen gutgeschrieben . .	Fr. 2 033 093 536.68	
	<u>Fr. 2 063 365 793.13</u>	
Im Jahre 1975 wurden den Depotrechnungen belastet . . . . .	Fr. 2 033 410 835.87	
Bestand der Guthaben der Deponenten am 31. Dezember 1975 .	Fr.	<u>29 954 957.26</u>

**Ausstehende Checks**

Am 31. Dezember 1974 waren an Ziehungen auf die Bank ausstehend . . . . .	137 Checks für	Fr.	2 565 540.90
Im Jahre 1975 wurden dem Konto gutgeschrie- ben . . . . .	7 279 Checks für	Fr. 2 859 045 958.28	
	7 416 Checks für	Fr. 2 861 611 499.18	
Im Jahre 1975 wurden dem Konto belastet . .	7 263 Checks für	Fr. 2 847 961 145.73	
Am 31. Dezember 1975 waren ausstehend . . .	153 Checks für	Fr.	<u>13 650 353.45</u>

<b>Mindestguthaben von Banken</b>	Bestand am 31. Dezember 1974 . . . . .	Fr. 347 780 000.—
	Im Jahre 1975 wurden auf diese Konti übertragen . . . . .	Fr. 1 018 193 500.—
		<u>Fr. 1 365 973 500.—</u>
	Zur Rückgabe von solchen Guthaben wurden den Konti belastet	Fr. 1 200 683 500.—
	Bestand am 31. Dezember 1975 . . . . .	<u>Fr. 165 290 000.—</u>
	Von diesem Bestand entfallen auf:	
	inländische Verbindlichkeiten . . . . .	Fr. —.—
	ausländische Verbindlichkeiten . . . . .	<u>Fr. 165 290 000.—</u>
<b>Verbindlichkeiten auf Zeit</b> <i>Sterilisierungsreskriptionen</i>	Bestand am 31. Dezember 1974 . . . . .	Fr. 246 900 000.—
	Im Jahre 1975 wurden zu Lasten von Girorechnungen der Banken auf diese Konti übertragen . . . . .	Fr. 1 713 000 000.—
		<u>Fr. 1 959 900 000.—</u>
	Zu Gunsten von Girorechnungen der Banken wurden den Konti belastet . . . . .	Fr. 1 580 100 000.—
	Bestand am 31. Dezember 1975 . . . . .	<u>Fr. 379 800 000.—</u>
<i>Sonderkonti</i> <sup>1</sup>	Bestand am 31. Dezember 1974 . . . . .	Fr. 986 331 000.—
	Im Jahre 1975 wurden diesen Konti gutgeschrieben . . . . .	Fr. 380 659 009.—
		<u>Fr. 1 366 990 009.—</u>
	Zur Rückgabe von solchen Guthaben wurden den Konti belastet	Fr. 1 366 990 009.—
	Bestand am 31. Dezember 1975 . . . . .	<u>Fr. —.—</u>

<sup>1</sup> Überschreitung des zulässigen Kreditwachses.

**Eigene Gelder***Grundkapital*

Das Grundkapital beträgt unverändert Fr. 50 000 000.—, eingeteilt in 100 000 Aktien von je Fr. 500.—, auf welche 50% = Fr. 250.— einbezahlt sind.

Im Laufe des Berichtsjahres hat der Bankausschuss die Übertragung von 1726 Aktien auf neue Eigentümer genehmigt.

Nach den Eintragungen im Aktienregister war das Aktienkapital am 31. Dezember 1975 wie folgt verteilt:

1790 Privataktionäre mit je .....	1 Aktie
1063 Privataktionäre mit je .....	2 Aktien
987 Privataktionäre mit je .....	3— 5 Aktien
518 Privataktionäre mit je .....	6— 10 Aktien
303 Privataktionäre mit je .....	11— 25 Aktien
131 Privataktionäre mit je .....	26— 50 Aktien
55 Privataktionäre mit je .....	51—100 Aktien
27 Privataktionäre mit je .....	101—200 Aktien
16 Privataktionäre mit je .....	über 200 Aktien
<hr/>	<hr/>
4890 Privataktionäre mit zusammen .....	41 668 Aktien
25 Kantone und Halbkantone mit zusammen .....	38 746 Aktien
28 Kantonalbanken mit zusammen .....	16 893 Aktien
53 andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten mit zusammen .....	2 693 Aktien
<hr/>	<hr/>
4996 Aktionäre mit zusammen .....	100 000 Aktien

Vom gesamten Aktienkapital sind demnach 58,33% im Besitz von Kantonen, Kantonalbanken sowie anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten und 41,67% im Besitz von Privataktionären.

*Reservefonds*

Laut Beschluss der Generalversammlung vom 24. April 1975 erreicht der Reservefonds .....	Fr. 42 000 000.—
Nach Verbuchung der Zuweisung von .....	Fr. 1 000 000.—
aus dem Reingewinn des Jahres 1975 wird sich der Reservefonds erhöhen auf .....	<hr/> Fr. 43 000 000.— <hr/>



**Rückstellungen***Bankgebäude*

Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1974 . . . . .	Fr. 70 000 000.—
Entnahme für den Ankauf und Neubau von Liegenschaften . . . . .	Fr. 17 449 000.—
	<u>Fr. 52 551 000.—</u>
Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um . . . . .	Fr. 27 449 000.—
erhöht auf . . . . .	<u>Fr. 80 000 000.—</u>

*Zinsen auf**Bundesschatz-  
anweisungen*

Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1974 . . . . .	Fr. 60 000 000.—
Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um . . . . .	Fr. 10 000 000.—
erhöht auf . . . . .	<u>Fr. 70 000 000.—</u>

*Währungs- und  
Kursrisiken*

Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1974 . . . . .	Fr. 157 654 052.78
Die Rückstellung wurde zu Lasten der Zinserträge auf Devisen um . . . . .	Fr. 232 000 000.—
erhöht auf . . . . .	<u>Fr. 389 654 052.78</u>

## Dienstleistungen für den Bund

### Eidgenössisches Schuldbuch

Gemäss Art. 10 des Bundesgesetzes vom 21. September 1939 über das eidgenössische Schuldbuch ist die Schweizerische Nationalbank mit der Führung des Schuldbuches be-  
traut. Sie übt diese Obliegenheit im Namen und Auftrage des Bundes aus.

Am 31. Dezember 1974 waren im eidgenössischen Schuldbuch eingetragen:

1 040 Einzelforderungen mit . . . . . Fr. 1 019 883 000.—

Zuwachs im Jahre 1975

Zeichnungen von Schuldbuchforderun-

gen bei Anleihsenmissionen . . . . . Fr. 123 818 000.—

Umwandlungen von Schuldverschrei-

bungen in Schuldbuchforderungen . . . . . Fr. 42 626 000.— Fr. 166 444 000.—

Fr. 1 186 327 000.—

Abgang im Jahre 1975:

Rückzahlungen . . . . . Fr. 135 117 000.—

Am 31. Dezember 1975 waren im Schuldbuch eingetragen:

1 220 Einzelforderungen mit . . . . . Fr. 1 051 210 000.—

Im Berichtsjahre wurden 14 Übertragungen von Schuldbuchfor-  
derungen auf andere Gläubiger vorgenommen im Gesamtbetrage  
von . . . . . Fr. 13 901 000.—

An Zinsen auf Schuldbuchforderungen wurden im Berichtsjahre  
vergütet in 1 223 Gutschriften . . . . . Fr. 35 060 280.25

Das eidgenössische Schuldbuch ist seit dem 1. November 1974 für die Umwandlung be-  
stehender Schuldverschreibungen in Schuldbuchforderungen geöffnet.

### Verwaltung von Wertschriften

Die Schweizerische Nationalbank ist laut Art. 15, Absatz 1, des Bankgesetzes verpflichtet,  
die dem Bunde und dessen Betrieben gehörenden und die unter seiner Verwaltung  
stehenden Wertschriften und Wertgegenstände unentgeltlich zur Aufbewahrung und  
Verwaltung zu übernehmen.

**Einlösung von Titeln  
und Coupons**

Als Domizilstelle hat die Nationalbank im Berichtsjahr an rückzahlbaren Titeln und fälligen Coupons für den Bund und die Bundesbahnen eingelöst:

rückzahlbare Titel . . . . .	4 252 Stück mit	Fr. 10 592 000.—
Coupons . . . . .	<u>317 753 Stück mit</u>	<u>Fr. 83 555 042.50</u>
Total . . . . .	<u>322 005 Stück mit</u>	<u>Fr. 94 147 042.50</u>

## Gewinnverteilung

Gemäss Art. 27 des Nationalbankgesetzes vom 23. Dezember 1953 ist von dem durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Reingewinn zunächst dem Reservefonds ein Betrag zuzuweisen, der 2% des Grundkapitals, d. h. 1 Million Franken nicht übersteigen darf.

Sodann kann eine Dividende bis zu 6% des einbezahlten Grundkapitals ausgerichtet werden, was einen Betrag von höchstens Fr. 1 500 000.— erfordert.

Der verbleibende Rest ist der eidgenössischen Staatskasse zur Ausrichtung einer Entschädigung an die Kantone bis zu 80 Rappen je Kopf der Bevölkerung zu überweisen. Der auf dieser Grundlage berechnete Aufwand würde sich per 31. Dezember 1975 auf Fr. 5 015 826.40 belaufen.

## Anträge

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beehren wir uns, folgende Anträge zu stellen:

1. Es wird der vorliegende Geschäftsbericht samt Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz vom 31. Dezember 1975 genehmigt.
2. Es wird der Verwaltung Entlastung erteilt.
3. Der durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Reingewinn von Franken 7 515 826.40 ist wie folgt zu verwenden:

Einlage in den Reservefonds . . . . .	Fr. 1 000 000.—
Ausrichtung einer Dividende von 6% . . . . .	Fr. 1 500 000.—
Ablieferung an die eidgenössische Staatskasse . . . . .	Fr. 5 015 826.40
	<u>Fr. 7 515 826.40</u>

Am Schluss unseres Berichtes über das vergangene Geschäftsjahr möchten wir Herrn Bundesrat G.-A. Chevallaz, Vorsteher des Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartements, den verbindlichen Dank aussprechen für die verständnisvolle Unterstützung, die er uns bei der Erfüllung unserer Aufgaben zuteil werden liess. Im weitem danken wir unsern Korrespondenten und Berichterstatern aus Bank- und Wirtschaftskreisen für ihre geschätzte Mitarbeit sowie unsern Beamten und Angestellten für ihre treue Pflichterfüllung.

Zürich, den 12. Februar 1976

Namens des Direktoriums  
der Schweizerischen Nationalbank,

Der Präsident: *Leutwiler*

Der Generalsekretär: *Meyer*

# **Der Bankausschuss der Schweizerischen Nationalbank**

hat in seiner Sitzung vom 26. Februar 1976 den vorstehenden Geschäftsbericht über das Jahr 1975 zur Kenntnis genommen und ihm die Genehmigung erteilt. Gemäss Artikel 43, Absatz 1, Ziffer 4, und Artikel 49, Absatz 1, des Nationalbankgesetzes wird der Bericht mit den nachstehenden Anträgen dem Bankrat überwiesen.

Der Bankausschuss

## **beantragt**

der Bankrat möge beschliessen:

1. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1975 mit Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz vom 31. Dezember 1975 wird zur Vorlage an den Bundesrat und an die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.
2. Die auf Seite 90 des Berichtes formulierten Anträge werden vom Bankrat der Generalversammlung unterbreitet.

Bern, den 26. Februar 1976

Im Namen des Bankausschusses  
der Schweizerischen Nationalbank,  
Der Präsident des Bankrates: *Galli*  
Der Protokollführer: *Delémont*

# **Bericht der Revisionskommission an die Generalversammlung der Aktionäre der Schweizerischen Nationalbank**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Die von Ihnen bestellte Revisionskommission führte im Laufe des vergangenen Jahres bei allen Zweiganstalten sowie bei den eigenen Agenturen Revisionen durch. Sie hat auch die Hauptbuchhaltung sowie die Bestände an den Sitzen Zürich und Bern einer Prüfung unterzogen.

Die Kommission hat alles in bester Ordnung befunden. Sie erklärt, dass die Gewinn- und Verlustrechnung pro 1975 und die Schlussbilanz vom 31. Dezember 1975, wie sie Ihnen vorgelegt werden, mit den Saldi der im Generalhauptbuch der Bank geführten Konti übereinstimmen. Gleichzeitig stellt sie mit Befriedigung fest, dass sowohl die Hauptbuchhaltung als auch die Buchhaltungen der Sitze, Zweiganstalten und eigenen Agenturen übersichtlich geführt sind und dass in allen Dienstzweigen gute Ordnung herrscht.

Die Kommission beantragt Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, die vorgelegte Gewinn- und Verlustrechnung pro 1975 mit einem ausgewiesenen Reingewinn von Fr. 7 515 826.40 und die Bilanz von Fr. 34 991 028 020.24 zu genehmigen und die Ihnen vom Bankrat vorgeschlagene Verteilung des Reingewinnes gutzuheissen.

Bern, den 27. Februar 1976

Die Revisionskommission:

*Iten*

*Grenier*

*Staub*

# Der Schweizerische Bundesrat

in Ausführung von Artikel 25, Absatz 3, und Artikel 63, Ziffer 2, lit. i, des Bundesgesetzes vom 23. Dezember 1953 über die Schweizerische Nationalbank;  
nach erfolgter Kenntnisnahme von dem im Artikel 51, Absatz 2, des genannten Gesetzes vorgesehenen Bericht der Revisionskommission vom 27. Februar 1976;  
auf Antrag des eidg. Finanz- und Zolldepartements,

## **beschliesst:**

Dem Geschäftsbericht und der Jahresrechnung der Schweizerischen Nationalbank für das Jahr 1975 wird die gesetzlich vorgesehene Genehmigung erteilt.

Bern, den 24. März 1976

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates,

Der Bundespräsident: *Gnägi*

Der Bundeskanzler: *Huber*



# An die Generalversammlung der Aktionäre der Schweizerischen Nationalbank

Hochgeehrte Damen und Herren,

Der Bankrat der Schweizerischen Nationalbank hat in seiner Sitzung vom 12. März 1976 auf Antrag des Bankausschusses den vom Direktorium vorgelegten Geschäftsbericht über die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1975 zur Vorlage an den Bundesrat und die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.

Nachdem auch die Revisionskommission ihren in Artikel 51, Absatz 2, des Bankgesetzes vorgesehenen Bericht am 27. Februar 1976 erstattet hat und die in Artikel 25, Absatz 3, vorgesehene Genehmigung durch den Bundesrat am 24. März 1976 erfolgt ist, beehren wir uns, Ihnen den achtundsechzigsten Geschäftsbericht zu unterbreiten und Ihnen die Abnahme der Rechnung wie auch die Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes im Sinne der auf Seite 90 aufgeführten Anträge zu empfehlen.

Bern, den 25. März 1976

Im Namen des Bankrates  
der Schweizerischen Nationalbank,  
Der Präsident des Bankrates: *Galli*  
Ein Mitglied des Direktoriums: *Leutwiler*



## Beilagen

# Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise

Beilage Nr.1

## Aktiven

1975	Goldbestand	Devisen	Aus- ländische Schatzan- weisungen in Schweizer- franken	Inlandportefeuille	Lom- bard- vor- schüsse	Wertschriften	Korre- spon- denten im Inland	Schuldver- pflichtung des Bundes gemäss Bun- desbeschluss vom 15.12.1971	Son- stige Ak- tiven			
	<i>In 1000 Franken</i>			<i>Wechsel</i>	<i>Schatz- anwei- sungen des Bundes</i>	<i>deckungs- fähige</i>	<i>andere</i>					
Jan.	7.	11 892 744	9 789 569	5 402 980	928 705	29 000	111 871	—	92 488	2 483	621 514	128 463
	15.	11 892 744	9 849 012	5 402 980	926 766	—	19 595	—	84 068	10 394	621 514	94 949
	23.	11 892 744	9 774 851	5 402 980	910 297	—	6 372	—	69 484	38 672	621 514	99 431
	31.	11 892 744	9 295 290	5 402 980	1 584 375	100 000	18 364	—	62 554	73 199	621 514	90 532
Febr.	7.	11 892 744	9 423 799	5 402 980	954 524	—	7 802	—	55 214	5 576	621 514	93 078
	14.	11 892 744	9 607 944	5 402 980	1 075 666	—	2 428	—	52 930	18 802	621 514	93 842
	21.	11 892 744	9 572 782	5 402 980	904 793	—	1 676	—	40 143	17 270	621 514	94 245
	28.	11 892 744	9 929 851	5 402 980	768 209	—	251 502	—	29 348	74 379	621 514	104 138
März	7.	11 892 744	9 816 832	5 402 980	623 597	—	14 868	—	17 896	23 177	621 514	115 264
	14.	11 892 744	9 759 456	5 402 980	552 900	—	6 040	—	15 921	23 551	621 514	95 334
	21.	11 892 744	9 737 257	5 402 980	410 537	—	4 702	—	15 773	27 377	621 514	90 287
	27.	11 892 744	11 151 975	5 402 980	1 420 085	455 000	632 493	—	15 724	106 495	621 514	96 231
April	7.	11 892 744	9 417 305	5 402 980	699 440	—	21 323	—	15 650	53 902	621 514	85 335
	15.	11 892 744	9 000 402	5 402 980	650 610	—	4 839	—	15 580	34 690	621 514	85 705
	23.	11 892 744	8 816 542	5 402 980	584 407	—	6 981	—	15 488	53 645	621 514	87 522
	30.	11 892 744	9 045 377	5 402 980	967 138	340 000	286 690	—	15 451	135 439	621 514	84 493
Mai	7.	11 892 744	9 336 875	5 402 980	467 115	—	26 997	—	13 753	22 794	621 514	83 484
	15.	11 892 744	9 323 221	5 402 980	407 822	—	4 048	—	10 024	36 427	621 514	81 459
	23.	11 892 744	9 622 778	5 402 980	288 778	—	2 742	—	8 280	43 564	621 514	85 672
	30.	11 892 744	9 716 862	5 402 980	334 518	271 000	445 924	—	6 499	123 704	621 514	76 257
Juni	6.	11 892 744	9 752 832	5 402 980	230 052	16 000	11 275	—	5 292	25 095	621 514	92 858
	13.	11 892 744	9 772 236	5 402 980	222 570	16 000	3 085	—	—	28 474	621 514	97 939
	23.	11 892 744	9 753 064	5 402 980	217 577	16 000	3 687	—	—	40 185	621 514	90 074
	30.	11 892 744	10 575 016	5 402 980	1 499 049	483 000	623 305	—	—	151 074	621 514	88 120
Juli	7.	11 892 744	10 100 016	5 402 980	212 894	16 000	21 028	—	—	66 652	621 514	89 859
	15.	11 892 744	9 593 176	5 402 980	212 050	—	6 515	—	—	44 121	621 514	89 012
	23.	11 892 744	9 670 287	5 402 980	213 506	—	6 023	—	—	45 613	621 514	99 774
	31.	11 892 744	9 724 939	5 402 980	1 017 670	242 000	198 848	—	—	85 958	621 514	106 584
Aug.	7.	11 892 744	9 971 806	5 402 980	215 581	—	6 649	—	—	14 587	621 514	93 372
	15.	11 892 744	10 056 379	5 402 980	227 000	—	4 621	—	—	24 182	621 514	94 966
	22.	11 892 744	9 985 866	5 402 980	226 283	—	9 323	—	—	16 871	621 514	90 804
	29.	11 892 744	10 019 286	5 402 980	773 954	140 000	15 124	—	—	55 035	621 514	86 322
Sept.	5.	11 892 744	9 740 834	5 402 980	224 876	—	4 868	—	—	12 519	621 514	85 098
	15.	11 892 744	9 565 971	5 402 980	221 901	—	2 890	—	—	33 810	621 514	99 910
	23.	11 892 744	9 766 876	5 402 980	221 721	—	5 911	—	300	35 288	621 514	102 612
	30.	11 892 744	10 106 042	5 402 980	1 563 373	300 000	467 007	—	300	128 778	621 514	106 789
Okt.	7.	11 892 744	10 077 398	5 402 980	229 091	—	16 310	—	300	37 117	621 514	112 237
	15.	11 892 744	9 708 309	5 402 980	217 617	—	6 746	—	300	29 658	621 514	119 395
	23.	11 892 744	9 726 760	5 402 980	216 827	—	3 034	—	300	38 944	621 514	100 650
	31.	11 892 744	9 739 519	5 402 980	320 424	140 000	381 332	—	300	92 899	621 514	105 031
Nov.	7.	11 892 744	9 747 304	5 402 980	225 346	—	6 321	—	300	10 218	621 514	97 810
	14.	11 892 744	9 730 370	5 402 980	224 489	—	2 647	—	300	25 100	621 514	102 329
	21.	11 892 744	9 733 177	5 402 980	228 660	—	3 886	—	300	15 871	621 514	106 206
	28.	11 892 744	9 776 251	5 402 980	719 798	140 000	179 610	—	300	66 810	621 514	108 358
Dez.	5.	11 892 744	10 799 960	5 402 980	246 901	—	14 763	—	300	44 708	621 514	101 527
	15.	11 892 744	11 855 932	5 402 980	245 796	—	13 715	—	300	58 147	621 514	100 955
	23.	11 892 744	14 511 423	5 402 980	270 309	—	20 640	—	3 662	114 147	621 514	86 061
	31.	11 892 747	14 705 794	5 402 980	1 711 889	227 000	200 159	—	3 662	136 260	621 514	64 023

## Passiven

Eigene Gelder	Notenumlauf	Täglich fällige Verbindlichkeiten		Mindestguthaben von Banken auf <sup>1</sup>		Verbindlichkeiten auf Zeit		Sonstige Passiven	Bilanzsumme
		<i>Giro-rechnungen von Banken, Handel und Industrie</i>	<i>Übrige täglich fällige Verbindlichkeiten</i>	<i>inländischen Verbindlichkeiten</i>	<i>ausländischen Verbindlichkeiten</i>	<i>Sterilisierungsre-skriptionen</i>	<i>Sonder-konti<sup>2</sup></i>		
<i>In 1000 Franken</i>									
66 000	18 627 506	5 423 143	1 262 713	—	350 030	490 300	986 047	1 794 078	28 999 817
66 000	17 700 182	7 183 938	316 480	—	350 030	490 300	987 161	1 807 931	28 902 022
66 000	17 736 838	7 127 779	224 405	—	353 350	490 300	980 023	1 837 650	28 816 345
66 000	17 835 670	7 019 059	545 291	—	347 170	490 300	972 811	1 865 251	29 141 552
66 000	17 504 878	6 315 007	884 639	—	343 380	490 300	972 811	1 880 216	28 457 231
66 000	17 067 681	7 278 692	668 806	—	340 190	490 300	972 811	1 884 370	28 768 850
66 000	17 156 424	7 043 651	553 032	—	371 790	490 300	972 811	1 894 139	28 548 147
66 000	17 983 799	5 940 591	865 394	—	849 683	490 300	971 909	1 906 989	29 074 665
66 000	17 583 858	5 890 396	730 547	—	870 422	490 300	971 909	1 925 440	28 528 872
66 000	17 148 994	6 498 486	371 628	—	870 882	490 300	971 909	1 952 241	28 370 440
66 000	17 418 822	6 096 088	309 214	—	875 648	490 300	976 535	1 970 564	28 203 171
66 000	18 329 443	8 699 819	491 894	—	896 572	393 900	982 707	1 934 906	31 795 241
66 000	17 581 828	4 939 344	1 297 896	—	896 073	490 300	982 707	1 956 045	28 210 193
66 000	17 087 594	5 564 891	654 327	—	898 672	490 300	982 707	1 964 573	27 709 064
66 000	17 296 526	5 005 781	717 472	—	924 115	490 300	982 707	1 998 922	27 481 823
67 000	17 877 743	5 665 960	1 066 650	—	633 173	490 300	982 707	2 008 293	28 791 826
67 000	17 538 500	4 864 245	1 271 806	—	627 012	490 300	982 707	2 026 686	27 868 256
67 000	17 152 740	5 393 461	1 027 068	—	627 402	490 300	982 707	2 039 561	27 780 239
67 000	17 671 225	5 045 844	991 374	—	635 823	490 300	982 707	2 084 779	27 969 052
67 000	17 872 409	6 224 887	1 212 891	—	203 230	450 300	769 261	2 092 024	28 892 002
67 000	17 503 798	5 855 411	1 001 718	—	201 480	490 300	831 236	2 099 699	28 050 642
67 000	17 155 645	6 547 533	609 515	—	202 200	490 300	838 728	2 146 621	28 057 542
67 000	17 336 143	6 036 023	891 852	—	207 680	490 300	855 270	2 153 557	28 037 825
67 000	18 125 929	8 427 965	1 065 195	—	249 670	385 900	855 270	2 159 873	31 336 802
67 000	17 610 204	5 073 610	1 910 180	—	249 970	490 300	855 470	2 166 953	28 423 687
67 000	17 217 747	5 554 071	1 247 777	—	250 410	490 300	856 416	2 178 391	27 862 112
67 000	17 421 848	5 432 991	1 241 832	—	254 020	490 300	857 342	2 187 108	27 952 441
67 000	17 486 855	6 335 292	1 626 637	—	222 130	490 300	857 342	2 207 681	29 293 237
67 000	17 273 345	5 397 863	1 686 058	—	220 820	490 300	857 949	2 225 898	28 219 233
67 000	16 895 331	6 228 013	1 329 007	—	221 490	490 300	857 949	2 235 296	28 324 386
67 000	17 209 834	5 706 496	1 438 150	—	224 970	490 300	857 949	2 251 686	28 246 385
67 000	17 622 359	6 258 677	1 598 850	—	194 820	490 300	505 916	2 269 037	29 006 959
67 000	17 344 852	5 863 216	1 413 592	—	195 080	490 300	328 876	2 282 517	27 985 433
67 000	16 913 142	6 074 747	1 056 322	—	195 280	915 300	306 344	2 313 585	27 841 720
67 000	17 069 469	6 427 938	1 026 306	—	197 940	915 300	21 594	2 324 399	28 049 946
67 000	17 683 538	8 307 004	1 483 748	—	184 190	480 400	17 713	2 365 934	30 589 527
67 000	17 308 205	5 998 225	1 526 297	—	184 350	915 300	14 205	2 376 109	28 389 691
67 000	16 840 185	6 634 486	961 216	—	184 670	915 300	13 434	2 382 972	27 999 263
67 000	17 236 719	6 451 675	723 138	—	187 030	915 300	8 939	2 413 952	28 003 753
67 000	17 541 880	6 507 044	1 067 110	—	171 420	915 300	5 335	2 421 654	28 696 743
67 000	17 338 161	5 641 045	1 424 090	—	171 370	915 300	4 728	2 442 843	28 004 537
67 000	16 994 168	6 322 940	1 070 840	—	171 990	915 300	4 728	2 455 507	28 002 473
67 000	17 285 846	5 869 720	1 228 956	—	173 430	915 300	4 728	2 460 358	28 005 338
67 000	18 287 115	5 869 931	1 084 217	—	169 690	915 300	4 278	2 510 834	28 908 365
67 000	18 310 044	6 142 167	1 002 868	—	169 590	915 300	374	2 518 054	29 125 397
67 000	18 726 273	6 980 404	779 766	—	169 880	915 300	374	2 553 086	30 192 083
67 000	20 169 208	7 816 425	1 220 081	—	172 670	915 300	374	2 562 422	32 923 480
67 000	19 127 766	11 478 492	1 817 401	—	165 290	379 800	—	1 930 279	34 966 028

<sup>1</sup> Gemäss Bundesbeschluss vom 20. Dezember 1972.

<sup>2</sup> Überschreitung des zulässigen Kreditzuwachses.

# Gliederung des Notenumlaufs nach Abschnitten

Beilage Nr. 2

1975		Abschnitte zu Franken							Total	Abschnitte zu Franken						
		1000	500	100	50	20	10	5		1000	500	100	50	20	10	5
		<i>In Millionen Franken</i>								<i>Prozentuale Verteilung</i>						
Januar	7.	6 353,2	4 156,6	6 154,0	898,9	689,8	366,0	9,0	18 627,5	34,11	22,31	33,04	4,83	3,70	1,96	0,05
	15.	6 016,2	3 894,3	5 874,6	872,6	674,1	359,4	9,0	17 700,2	33,99	22,00	33,19	4,93	3,81	2,03	0,05
	23.	6 019,5	4 009,0	5 817,0	860,5	665,9	355,9	9,0	17 736,8	33,94	22,60	32,80	4,85	3,75	2,01	0,05
	31.	5 995,6	4 014,8	5 929,6	864,9	666,2	355,6	9,0	17 835,7	33,62	22,51	33,25	4,85	3,73	1,99	0,05
Februar	7.	5 834,3	3 882,8	5 893,5	864,1	666,2	355,0	9,0	17 504,9	33,33	22,18	33,67	4,94	3,80	2,03	0,05
	14.	5 716,3	3 754,0	5 727,9	851,1	657,8	351,6	9,0	17 067,7	33,49	22,00	33,56	4,99	3,85	2,06	0,05
	21.	5 760,4	3 844,3	5 688,4	852,0	653,3	349,0	9,0	17 156,4	33,57	22,41	33,16	4,97	3,81	2,03	0,05
	28.	5 967,3	4 136,4	5 989,8	864,8	663,4	353,1	9,0	17 983,8	33,18	23,00	33,31	4,81	3,69	1,96	0,05
März	7.	5 765,9	3 941,7	5 978,9	870,5	664,8	353,1	9,0	17 583,9	32,79	22,42	34,00	4,95	3,78	2,01	0,05
	14.	5 667,5	3 800,9	5 801,2	860,1	659,5	350,8	9,0	17 149,0	33,05	22,16	33,83	5,02	3,85	2,04	0,05
	21.	5 788,8	3 936,8	5 809,1	863,6	659,1	352,4	9,0	17 418,8	33,23	22,60	33,35	4,96	3,79	2,02	0,05
	27.	6 049,6	4 249,9	6 109,4	884,2	670,1	357,2	9,0	18 329,4	33,00	23,19	33,33	4,82	3,66	1,95	0,05
April	7.	5 746,7	3 956,4	5 969,0	877,4	667,6	355,7	9,0	17 581,8	32,69	22,50	33,95	4,99	3,80	2,02	0,05
	15.	5 649,5	3 805,3	5 760,1	857,3	655,7	350,7	9,0	17 087,6	33,06	22,27	33,71	5,02	3,84	2,05	0,05
	23.	5 759,4	3 955,5	5 723,7	848,8	651,8	348,3	9,0	17 296,5	33,30	22,87	33,09	4,91	3,77	2,01	0,05
	30.	5 924,8	4 129,4	5 939,8	862,0	660,3	352,4	9,0	17 877,7	33,14	23,10	33,23	4,82	3,69	1,97	0,05
Mai	7.	5 772,8	3 970,1	5 906,0	864,1	663,0	353,5	9,0	17 538,5	32,91	22,64	33,67	4,93	3,78	2,02	0,05
	15.	5 712,9	3 843,3	5 723,3	854,1	657,9	352,2	9,0	17 152,7	33,31	22,41	33,37	4,98	3,83	2,05	0,05
	23.	5 865,4	4 110,0	5 810,8	861,1	661,3	353,6	9,0	17 671,2	33,19	23,26	32,89	4,87	3,74	2,00	0,05
	30.	5 907,0	4 116,0	5 943,4	872,7	667,7	356,6	9,0	17 872,4	33,05	23,03	33,25	4,88	3,74	2,00	0,05
Juni	6.	5 745,2	3 947,7	5 900,5	873,6	669,5	358,3	9,0	17 503,8	32,82	22,55	33,71	4,99	3,83	2,05	0,05
	13.	5 684,1	3 821,3	5 754,1	867,6	663,8	355,7	9,0	17 155,6	33,13	22,28	33,54	5,06	3,87	2,07	0,05
	23.	5 791,6	3 932,9	5 710,2	870,3	664,0	358,1	9,0	17 336,1	33,41	22,69	32,94	5,02	3,83	2,06	0,05
	30.	6 026,1	4 166,4	5 990,2	894,1	676,4	363,7	9,0	18 125,9	33,24	22,99	33,05	4,93	3,73	2,01	0,05
Juli	7.	5 772,2	3 936,8	5 945,2	902,2	680,1	364,7	9,0	17 610,2	32,78	22,36	33,76	5,12	3,86	2,07	0,05
	15.	5 689,0	3 804,9	5 788,7	890,9	672,3	362,9	9,0	17 217,7	33,04	22,10	33,62	5,17	3,91	2,11	0,05
	23.	5 748,9	3 968,5	5 779,6	887,1	667,8	360,9	9,0	17 421,8	33,00	22,78	33,18	5,09	3,83	2,07	0,05
	31.	5 747,9	3 945,8	5 861,8	889,9	670,3	362,2	9,0	17 486,9	32,87	22,57	33,52	5,09	3,83	2,07	0,05
August	7.	5 638,1	3 862,1	5 841,6	889,4	670,9	362,2	9,0	17 273,3	32,64	22,36	33,82	5,15	3,88	2,10	0,05
	15.	5 575,6	3 728,5	5 682,8	876,8	664,6	358,0	9,0	16 895,3	33,00	22,07	33,64	5,19	3,93	2,12	0,05
	22.	5 688,0	3 902,4	5 717,5	872,8	663,3	356,8	9,0	17 209,8	33,05	22,68	33,22	5,07	3,86	2,07	0,05
	29.	5 797,4	4 014,8	5 893,1	880,3	669,1	358,7	9,0	17 622,4	32,90	22,78	33,44	5,00	3,80	2,03	0,05
September	5.	5 681,6	3 864,4	5 876,8	883,1	670,6	359,4	9,0	17 344,9	32,76	22,28	33,88	5,09	3,87	2,07	0,05
	15.	5 588,7	3 728,0	5 700,9	867,2	662,8	356,5	9,0	16 913,1	33,04	22,04	33,71	5,13	3,92	2,11	0,05
	23.	5 698,7	3 836,4	5 648,6	861,7	659,9	355,2	9,0	17 069,5	33,39	22,47	33,09	5,05	3,87	2,08	0,05
	30.	5 878,2	4 017,8	5 879,7	873,9	667,2	357,7	9,0	17 683,5	33,24	22,72	33,25	4,94	3,77	2,03	0,05
Oktober	7.	5 710,9	3 845,0	5 843,5	873,6	668,8	357,4	9,0	17 308,2	33,00	22,22	33,76	5,05	3,86	2,06	0,05
	15.	5 612,8	3 708,6	5 637,4	856,5	661,7	354,2	9,0	16 840,2	33,33	22,02	33,48	5,09	3,93	2,10	0,05
	23.	5 773,1	3 927,6	5 661,7	853,2	659,0	353,1	9,0	17 236,7	33,49	22,79	32,85	4,95	3,82	2,05	0,05
	31.	5 867,0	3 955,5	5 822,4	865,2	667,2	355,6	9,0	17 541,9	33,45	22,55	33,19	4,93	3,80	2,03	0,05
November	7.	5 783,0	3 860,8	5 797,9	864,4	667,7	355,4	9,0	17 338,2	33,35	22,27	33,44	4,99	3,85	2,05	0,05
	14.	5 747,9	3 747,9	5 625,0	851,7	660,7	352,0	9,0	16 994,2	33,82	22,06	33,10	5,01	3,89	2,07	0,05
	21.	5 901,4	3 911,5	5 606,2	847,6	658,5	351,6	9,0	17 285,8	34,14	22,63	32,43	4,90	3,81	2,04	0,05
	28.	6 209,2	4 239,8	5 935,7	868,0	669,4	356,0	9,0	18 287,1	33,95	23,18	32,46	4,75	3,66	1,95	0,05
Dezember	5.	6 165,3	4 172,5	6 032,5	888,4	680,4	361,9	9,0	18 310,0	33,67	22,79	32,95	4,85	3,71	1,98	0,05
	15.	6 434,0	4 309,9	6 027,4	895,8	685,5	364,7	9,0	18 726,3	34,36	23,01	32,19	4,78	3,66	1,95	0,05
	23.	7 046,6	4 742,3	6 368,8	927,6	703,3	371,6	9,0	20 169,2	34,94	23,51	31,58	4,60	3,49	1,84	0,04
	31.	6 691,6	4 334,1	6 106,1	916,5	698,4	372,1	9,0	19 127,8	34,98	22,66	31,92	4,79	3,65	1,95	0,05
Jahres- durch- schnitt	1973	4 939,4	3 206,6	5 819,4	833,6	640,9	335,2	9,1	15 784,2	31,29	20,32	36,87	5,28	4,06	2,12	0,06
	1974	5 444,6	3 727,2	5 962,9	865,3	662,3	351,3	9,1	17 022,7	31,96	21,87	35,06	5,09	3,90	2,07	0,05
	1975	5 874,3	3 973,8	5 853,9	872,8	667,7	357,0	9,0	17 608,5	33,35	22,56	33,26	4,96	3,79	2,03	0,05



# Geschäftsverkehr der einzelnen Bankstellen<sup>1</sup>

## Beilage Nr. 3

Jahr	Aarau	Basel	Bern	Genf	Lausanne	Lugano	Luzern	Neuenburg	St. Gallen	Zürich	Total
<i>In 1000 Franken</i>											
<b>Kassenumsatz</b>											
1971	2 579 024	6 488 772	22 548 499 <sup>2</sup>	6 399 486	6 686 799	3 378 986	2 653 757	1 867 204	4 451 772	19 309 459	76 363 758 <sup>2</sup>
1972	2 918 576	6 877 193	22 972 413 <sup>2</sup>	6 945 294	7 885 916	4 184 202	3 068 283	1 999 902	5 219 699	21 352 638	83 424 116 <sup>2</sup>
1973	3 286 041	7 298 650	27 571 503 <sup>2</sup>	6 903 930	8 074 268	4 806 443	3 347 761	2 056 876	5 740 909	22 552 134	91 638 515 <sup>2</sup>
1974	4 125 084	8 085 997	29 896 101 <sup>2</sup>	8 056 048	9 126 135	5 546 064	3 674 365	2 222 319	6 480 311	24 338 785	101 551 209 <sup>2</sup>
1975	4 284 194	7 747 875	31 585 406 <sup>2</sup>	8 212 632	8 699 212	4 949 437	3 562 093	2 228 873	6 478 728	23 720 524	101 468 974 <sup>2</sup>
<b>Devisenverkehr</b>											
1971	—	—	—	—	—	—	—	—	—	299 589 612	299 589 612
1972	—	—	—	—	—	—	—	—	—	301 147 085	301 147 085
1973	—	—	—	—	—	—	—	—	—	281 381 804	281 381 804
1974	—	—	—	—	—	—	—	—	—	350 100 613	350 100 613
1975	—	—	—	—	—	—	—	—	—	419 061 958	419 061 958
<b>Diskontierungen von Schweizerwechsln, Schatzanweisungen des Bundes und Obligationen</b>											
1971	18 563	27 395	64 011	8 013	20 385	48 092	73 331	30 713	42 670	1 278 001	1 611 174
1972	8 421	57 369	60 364	5 031	9 410	54 276	74 114	30 118	38 264	1 896 200	2 233 567
1973	17 204	188 856	129 052	6 908	22 071	40 713	94 374	34 306	54 911	3 735 510	4 323 905
1974	103 447	353 374	515 895	29 757	51 831	56 520	134 913	144 003	124 941	12 081 891	13 596 572
1975	17 120	151 463	246 166	18 514	34 656	106 918	116 009	189 994	135 941	11 592 564	12 609 345
<b>Neue Lombardvorschüsse</b>											
1971	20 474	30 018	177 203	10 448	47 010	5 197	63 580	15 136	55 840	487 952	912 858
1972	18 866	14 888	377 732	14 968	22 207	182	83 242	4 235	49 720	487 308	1 073 348
1973	37 902	94 446	770 533	13 512	243 024	2 240	189 521	39 139	110 947	1 217 949	2 719 213
1974	77 427	689 624	1 439 384	191 216	160 797	13 240	285 639	62 004	289 974	2 286 931	5 496 236
1975	38 813	319 873	850 434	24 468	48 603	1 668	121 502	9 005	91 647	2 639 536	4 145 549
<b>Verkehr mit den Korrespondenten im Inland</b>											
1971	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28 793 108	28 793 108
1972	—	—	—	—	—	—	—	—	—	32 147 660	32 147 660
1973	—	—	—	—	—	—	—	—	—	35 796 893	35 796 893
1974	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40 004 996	40 004 996
1975	—	—	—	—	—	—	—	—	—	39 669 359	39 669 359

<sup>1</sup> Der Verkehr der Agenturen ist in den Verkehrszahlen der vorgesetzten Bankstelle enthalten.

<sup>2</sup> Einschliesslich Gold.



Jahr	Aarau	Basel	Bern	Genf	Lausanne	Lugano	Luzern	Neuenburg	St. Gallen	Zürich	Total
<i>In 1000 Franken</i>											
<b>Inkassoverkehr (Einreichungen)</b>											
1971	2 321	10 589	2 042 284	51 317	9 660	20 939	7 219	4 722	3 740	97 677	2 250 468
1972	1 063	15 418	2 800 632	43 001	10 490	9 757	14 404	5 844	21 375	95 113	3 017 097
1973	4 821	7 391	3 021 941	34 776	13 945	1 741	7 823	4 642	37 445	121 450	3 255 975
1974	5 760	9 412	2 954 909	39 925	11 674	4 024	10 420	3 668	4 286	130 163	3 174 241
1975	943	13 774	2 899 913	58 425	10 342	2 019	12 900	1 172	11 411	161 283	3 172 182
<b>Giroverkehr</b>											
1971	5 460 894	66 649 455	30 925 906	49 617 095	16 107 198	5 653 172	6 455 386	3 656 533	10 156 225	4 131 634 944	4 326 316 808
1972	7 134 791	83 418 803	43 510 314	52 893 521	18 051 812	6 899 638	8 399 370	4 142 127	20 307 615	5 987 330 924	6 232 088 915
1973	11 721 015	92 502 025	40 230 802	51 936 752	18 868 307	6 985 158	9 561 415	4 862 753	24 108 715	7 412 604 286	7 673 381 228
1974	10 692 373	103 736 827	41 951 744	45 723 146	20 498 230	7 407 103	11 441 100	4 679 210	15 704 958	8 169 728 559	8 431 563 250
1975	10 701 150	99 327 567	40 484 204	41 418 506	21 228 976	7 176 023	12 241 924	4 807 204	16 992 840	5 656 724 702	5 911 103 096
<b>Verkehr mit dem Bund</b>											
1971	—	—	112 743 097	—	—	—	—	—	—	—	112 743 097
1972	—	—	125 953 366	—	—	—	—	—	—	—	125 953 366
1973	—	—	141 619 778	—	—	—	—	—	—	—	141 619 778
1974	—	—	154 129 658	—	—	—	—	—	—	—	154 129 658
1975	—	—	185 318 810	—	—	—	—	—	—	—	185 318 810
<b>Verkehr mit Deponenten</b>											
1971	9 673	23 287	164 439	28 109	8 142	20 475	14 748	10 593	5 688	4 308 478	4 593 632
1972	7 243	36 958	186 333	38 500	7 553	2 481	30 421	11 449	4 994	2 968 345	3 294 277
1973	7 331	19 941	180 840	36 240	29 908	4 037	14 022	8 886	4 650	5 974 290	6 280 145
1974	9 528	26 481	202 196	49 047	7 190	4 677	8 839	14 094	5 036	3 070 363	3 397 451
1975	9 888	24 177	222 541	54 460	4 866	4 432	16 465	16 094	5 433	3 708 148	4 066 504
<b>Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung</b>											
1971	20 588 745	134 354 547	376 746 389	84 655 353	46 103 567	16 896 244	21 785 793	10 339 736	35 020 928	5 081 336 007	5 827 827 309
1972	24 890 182	166 294 340	439 678 836	91 696 656	52 743 395	21 654 037	26 421 163	13 612 148	54 879 834	7 636 198 148	8 528 068 739
1973	35 230 437	186 970 112	472 258 388	93 833 542	55 882 364	22 811 359	30 607 055	14 960 688	63 576 476	9 262 452 522	10 238 582 943
1974	35 600 752	211 760 479	524 461 983	89 530 303	61 690 745	24 535 073	35 929 454	15 182 092	52 376 816	10 300 149 971	11 351 217 668
1975	35 108 612	198 012 642	550 798 430	86 046 495	63 611 440	22 465 530	38 842 234	15 944 378	53 486 658	7 481 715 532	8 546 031 951

# Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 4, Tabelle I

## Bestände am Jahresende

Jahr	Metallbestand			Devisen <sup>2</sup>	Inlandportefeuille			Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lom- bard- vor- schüsse	
	Gold <sup>1</sup>	Silber	Total		Schweizer- wechsel	Schatz- anweisun- gen <sup>3</sup>	Diskon- tierte Obliga- tionen			Total
<i>In Millionen Franken</i>										
1907	75,5	5,8	81,3	27,7	77,9	—	—	77,9	—	2,7
1908	117,5	7,2	124,7	44,7	63,7	—	—	63,7	—	10,4
1909	124,0	14,4	138,4	48,2	111,0	—	—	111,0	—	14,7
1910	155,6	10,2	165,8	59,1	99,8	—	—	99,8	—	18,0
1911	160,7	9,2	169,9	24,6	130,4	—	7,0	137,4	—	16,8
1912	173,1	12,8	185,9	26,7	146,2	—	5,1	151,3	—	25,5
1913	170,0	20,8	190,8	42,3	100,0	—	9,4	109,4	—	28,4
1914	237,9	24,9	262,8	34,4	114,7	58,0	8,3	181,0	—	19,6
1915	250,1	51,3	301,4	49,6	63,9	75,0	3,5	142,4	—	21,0
1916	345,0	52,5	397,5	63,3	56,3	123,0	4,5	183,8	—	22,1
1917	357,7	51,8	409,5	47,8	88,4	233,0	6,0	327,4	—	45,2
1918	414,7	58,4	473,1	70,6	249,8	312,0	6,5	568,3	—	40,9
1919	517,0	73,6	590,6	94,8	184,1	301,0	2,0	487,1	—	32,7
1920	542,9	121,6	664,5	25,4	167,1	280,0	5,8	452,9	—	36,6
1921	549,5	108,3	657,8	58,8	44,8	287,0	2,9	334,7	—	76,2
1922	535,1	103,9	639,0	74,1	33,9	325,0	2,0	360,9	—	62,2
1923	537,2	90,7	627,9	94,4	102,5	155,0	4,5	262,0	—	85,3
1924	505,9	87,2	593,1	193,3	81,2	78,0	5,7	164,9	—	70,8
1925	467,1	89,3	556,4	222,5	70,2	68,5	3,2	141,9	—	72,4
1926	471,8	72,8	544,6	222,0	91,7	83,1	5,5	180,3	—	60,6
1927	517,0	62,9	579,9	197,9	128,8	71,7	6,2	206,7	—	78,5
1928	533,0	45,8	578,8	258,6	157,1	53,9	6,8	217,8	—	82,9
1929	595,0	23,5	618,5	362,3	95,2	39,1	15,1	149,4	—	75,2
1930	712,9	—	712,9	353,4	86,7	—	8,0	94,7	—	53,4
1931	2 346,9	—	2 346,9	107,0	27,7	0,4	6,5	34,6	—	64,7
1932	2 471,2	—	2 471,2	88,6	12,8	0,2	6,7	19,7	4,6	48,7
1933	1 998,1	—	1 998,1	17,7	19,0	15,2	16,7	50,9	58,3	94,7
1934	1 909,8	—	1 909,8	7,5	13,4	4,0	8,9	26,3	5,9	118,0
1935	1 388,8	—	1 388,8	8,3	25,3	114,6	12,6	152,5	85,5	142,2
1936	2 709,0	—	2 709,0	57,6	7,7	9,5	2,3	19,5	28,5	46,8
1937	2 679,2	—	2 679,2	513,1	5,3	1,7	1,9	8,9	10,3	34,8
1938	2 889,6	—	2 889,6	279,7	52,5	101,5	1,1	155,1	3,8	21,9
1939	2 261,6	—	2 261,6	361,7	46,3	46,4	5,7	98,4	6,8	89,6
1940	2 173,2	—	2 173,2	996,8	63,2	149,3	2,1	214,6	2,8	45,4

<sup>1</sup> Bewertung vom 20. Juni 1907 bis 10. November 1921: 1 kg Feingold = Fr. 3440; vom 11. November 1921 bis 6. Oktober 1936: 1 kg = Fr. 3435.555; vom 7. Oktober 1936 bis 30. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4639.13; vom 31. Mai 1940 bis 9. Mai 1971: 1 kg = Fr. 4869.80.

<sup>2</sup> 1907 und 1908 nur Auslandswchsel; von 1909 bis 1927 nur Auslandswchsel und Sichtguthaben im Ausland.

<sup>3</sup> Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

Eigene Wert-schriften	Guthaben bei Kor-respondenten im Inland <sup>4</sup>	Noten-umlauf	Deckung des Noten-umlaufs durch den Metall-bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Bilanz-summe	Jahr
				<i>Gi-ro-rech-nungen von Banken, Handel und Industrie</i>	<i>Rech-nungen des Bundes</i>	<i>Rech-nungen der Depo-nenten</i>	<i>Konti Zahlungs- und Clearing-abkommen</i>	<i>Total</i>		
<i>In Millionen Franken</i>			<i>%</i>	<i>In Millionen Franken</i>						
3,8	10,5	159,2	51,09	19,5	5,7	0,6	—	25,8	243,8	1907
6,2	8,2	204,1	61,11	21,1	13,1	0,8	—	35,0	292,9	1908
10,8	28,4	261,5	52,91	29,4	39,6	1,4	—	70,4	386,0	1909
10,0	35,0	297,2	55,77	22,4	45,7	0,7	—	68,8	421,0	1910
16,5	18,9	314,8	53,96	24,6	23,8	0,9	—	49,3	419,3	1911
7,1	19,2	339,2	54,80	28,9	25,4	1,2	—	55,5	451,0	1912
6,4	16,1	313,8	60,79	27,4	30,6	1,0	—	59,0	429,9	1913
9,3	14,7	455,9	57,65	54,6	8,6	7,6	—	70,8	589,2	1914
8,1	29,0	465,6	64,72	61,0	14,3	7,4	—	82,7	608,7	1915
6,8	18,2	536,5	74,07	89,8	12,7	27,3	—	129,8	735,1	1916
7,3	18,0	702,3	58,30	89,0	42,6	7,1	—	138,7	908,7	1917
8,6	28,1	975,7	48,49	79,1	20,1	88,4	—	187,6	1 239,0	1918
6,6	36,1	1 036,1	57,00	121,0	18,7	41,5	—	181,2	1 298,2	1919
5,9	35,0	1 023,7	64,90	146,4	11,4	5,4	—	163,2	1 273,1	1920
6,5	27,2	1 009,3	65,17	116,5	7,7	4,4	—	128,6	1 224,7	1921
9,8	18,9	976,4	65,44	147,4	11,0	5,7	—	164,1	1 224,3	1922
8,6	30,0	982,0	63,94	80,0	13,0	10,4	—	103,4	1 166,4	1923
6,8	38,6	913,9	64,89	102,8	8,3	6,0	—	117,1	1 107,5	1924
6,6	34,4	875,8	63,53	113,2	4,7	6,3	—	124,2	1 075,1	1925
6,4	33,6	873,9	62,31	127,0	4,3	5,5	—	136,8	1 087,6	1926
9,2	34,6	917,4	63,20	123,8	18,4	9,2	—	151,4	1 147,5	1927
19,0	40,6	952,6	60,75	141,5	54,0	6,6	—	202,1	1 236,4	1928
5,4	40,2	999,2	61,90	171,7	28,5	7,1	—	207,3	1 288,9	1929
104,0	32,7	1 062,1	67,12	213,2	28,0	7,9	—	249,1	1 391,9	1930
37,9	25,6	1 609,4	145,82	883,2	40,1	44,9	—	968,2	2 659,5	1931
50,8	15,7	1 612,6	153,24	922,3	51,0	67,9	—	1 041,2	2 743,5	1932
27,7	19,9	1 509,5	132,36	629,6	9,4	51,4	—	690,4	2 309,7	1933
52,5	19,2	1 440,3	132,60	539,4	39,6	45,9	—	624,9	2 179,2	1934
44,9	26,7	1 366,3	101,65	357,9	7,6	24,8	16,4	406,7	1 887,4	1935
15,9	14,2	1 482,2	182,76	1 093,9	183,4	29,9	62,9	1 370,1	3 505,9	1936
30,7	11,4	1 530,5	175,05	1 602,6	12,5	35,4	71,9	1 722,4	3 902,3	1937
90,9	9,6	1 751,0	165,02	1 592,6	8,2	31,2	39,9	1 671,9	4 081,0	1938
80,9	16,6	2 049,9	110,33	686,7	10,9	32,0	67,8	797,4	3 501,8	1939
87,8	20,0	2 273,4	95,59	1 018,6	6,8	41,6	119,9	1 186,9	3 727,7	1940

<sup>4</sup> 1907 und 1908 einschliesslich Auslandskorrespondenten und Sichtguthaben im Ausland; von 1909 bis 1927 mit Einschluss der Auslandguthaben unter Weglassung der Sichtguthaben im Ausland.

# Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr.4, Tabelle I (Forts.)

## Bestände am Jahresende

Jahr	Goldbestand <sup>1</sup>	Devisen	Ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken	Kursgesicherte Guthaben bei ausländischen Notenbanken	Inlandportefeuille			Total	Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Eigene Wertpapiere	Guthaben bei Korrespondenten	
					Schweizerwechsel	Schatzanweisungen <sup>2</sup>	Diskontierte Obligationen					im Inland	im Ausland <sup>3</sup>
<i>In Millionen Franken</i>													
1941	2 878,5	679,0	—	—	32,5	4,4	2,3	39,2	12,8	25,0	69,6	15,8	—
1942	3 565,2	61,8	—	—	123,8	85,3	0,8	209,9	12,0	25,2	63,9	16,3	—
1943	4 172,7	83,0	—	—	92,0	0,4	0,7	93,1	0,3	18,4	64,5	14,2	—
1944	4 554,1	102,4	—	—	69,5	—	1,6	71,1	—	27,6	64,2	13,9	—
1945	4 777,0	162,5	—	—	78,1	39,9	5,9	123,9	6,7	67,6	62,1	27,5	—
1946	4 949,9	158,0	—	—	46,1	14,5	13,9	74,5	9,6	164,2	52,7	51,7	—
1947	5 256,2	102,5	—	—	116,3	20,1	18,8	155,2	13,6	246,6	48,4	68,6	—
1948	5 821,0	236,6	—	—	115,2	1,5	8,8	125,5	1,6	79,0	47,4	50,4	—
1949	6 240,2	260,0	—	—	81,4	2,0	0,7	84,1	0,1	31,0	39,7	26,7	—
1950	5 975,8	256,4	—	—	165,3	31,5	4,4	201,2	—	85,0	40,9	60,3	—
1951	6 003,8	227,6	—	—	233,8	4,6	12,7	251,1	1,4	58,9	39,9	53,0	—
1952	5 876,1	490,9	—	—	243,9	—	1,8	245,7	—	64,0	40,1	37,5	—
1953	6 086,1	522,2	—	—	190,8	14,7	1,1	206,6	—	65,2	35,5	34,9	—
1954	6 323,4	649,8	—	—	91,6	2,0	9,6	103,2	—	116,6	46,5	41,3	—
1955	6 686,3	624,1	—	—	129,2	2,0	23,0	154,2	—	131,8	45,9	47,8	—
1956	7 102,9	627,0	—	—	170,9	21,5	80,0	272,4	—	186,9	45,7	56,1	—
1957	7 383,5	781,4	—	—	193,9	—	31,9	225,8	—	52,0	45,3	41,4	—
1958	8 329,3	560,9	—	—	56,0	—	2,3	58,3	—	21,8	44,6	33,0	—
1959	8 369,3	534,6	—	—	50,6	—	7,3	57,9	—	39,7	44,2	45,2	6,4
1960	9 454,7	583,0	—	—	49,2	—	4,3	53,5	—	37,8	43,3	45,1	6,8
1961	11 078,0	842,4	—	—	62,2	—	7,3	69,5	—	66,3	42,9	58,3	6,8
1962	11 543,3	867,4	207,0	—	67,4	45,0	11,2	123,6	—	71,7	42,8	77,8	10,2
1963	12 203,8	1 083,3	207,0	—	87,5	35,0	19,7	142,2	—	97,5	51,7	61,5	9,4
1964	11 793,6	1 679,1	432,0	431,3	109,8	24,8	28,0	162,6	—	77,7	65,3	75,3	17,0
1965	13 164,2	852,6	432,0	428,5	98,1	9,5	31,5	139,1	—	38,9	92,9	66,1	14,5
1966	12 297,4	2 060,3	432,0	518,9	97,8	16,7	43,3	157,8	—	109,3	181,7	81,5	15,4
1967	13 369,7	1 986,7	432,0	173,9	99,4	—	43,1	142,5	—	86,6	181,9	72,4	14,6
1968	11 355,8	5 601,2	1 442,0	108,3	256,2	6,8	25,5	288,5	—	160,1	180,6	99,7	21,7
1969	11 434,5	5 792,9	1 851,0	—	584,7	118,5	28,2	731,4	—	277,1	170,2	89,5	20,1
1970	11 821,3	8 441,1	1 851,0	—	306,6	71,0	21,4	399,0	—	223,5	156,0	82,8	25,5
1971	11 879,4	10 323,3	4 278,0	—	78,1	—	2,4	80,5	—	28,5	10,8	72,4	22,8
1972	11 879,7	12 323,1	4 278,0	—	770,3	152,0	13,8	936,1	—	418,8	—	142,3	27,5
1973	11 892,7	12 519,9	4 613,0	—	862,7	200,0	35,0	1 097,7	—	557,7	—	281,8	—
1974	11 892,7	11 570,6	5 403,0	—	2 166,8	484,0	43,5	2 694,3	—	699,9	92,5	166,9	—
1975	11 892,7	14 705,8	5 403,0	—	1 706,5	227,0	5,4	1 938,9	—	200,2	3,7	136,3	—

<sup>1</sup> Bewertung vom 31. Mai 1940 bis 9. Mai 1971: 1 kg Feingold = Fr. 4869.80; seit 10. Mai 1971: 1 kg = Fr. 4595.74.

<sup>2</sup> Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

<sup>3</sup> Seit 24. Juli 1973 unter Position «Devisen».

Noten- umlauf	Deckung des Noten- umlaufs durch den Gold- bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Girorech- nungen von Banken mit vorüber- gehender zeitlicher Bindung	Min- dest- gut- haben von Banken	Verbindlich- keiten auf Zeit		Pflicht- depots gemäss Bundes- beschluss vom 13. März 1964	Bilanz- summe	Jahr
		<i>Girorech- nungen von Banken, Handel und Industrie</i>	<i>Rech- nungen des Bundes</i>	<i>Rech- nungen der Depo- nenten</i>	<i>Konti Zahlungs- und Clearing- abkom- men</i>	<i>Guthaben auslän- discher Banken<sup>4</sup></i>	<i>Total</i>			<i>Sterili- sierungs- reskrip- tionen</i>	<i>Sonder- konti</i>			
<i>In Millionen Franken</i>	<i>%</i>	<i>In Millionen Franken</i>												
2 336,7	123,18	896,9	194,7	44,6	108,9	—	1 245,1	—	—	—	—	—	3 880,6	1941
2 637,3	135,18	1 147,8	13,6	42,0	95,7	—	1 299,1	—	—	—	—	—	4 226,4	1942
3 048,5	136,87	1 065,3	9,2	47,1	126,7	—	1 248,3	—	—	—	—	—	4 597,2	1943
3 548,0	128,35	835,5	27,7	50,9	109,7	—	1 023,8	—	—	—	—	—	4 868,6	1944
3 835,2	124,55	843,2	6,6	106,8	162,0	—	1 118,6	—	—	—	—	—	5 266,5	1945
4 090,7	121,00	662,3	194,6	84,2	223,5	—	1 164,6	—	—	—	—	—	5 499,8	1946
4 383,4	119,91	722,3	127,2	59,4	263,4	—	1 172,3	—	—	—	—	—	5 932,1	1947
4 594,3	126,70	960,0	11,2	49,9	221,7	—	1 242,8	—	—	337,1	—	—	6 400,6	1948
4 566,3	136,66	1 334,8	105,8	40,9	249,6	—	1 731,1	—	—	200,0	—	—	6 721,9	1949
4 663,8	128,13	1 042,1	485,6	75,2	170,2	—	1 773,1	—	—	—	—	—	6 658,6	1950
4 927,3	121,85	1 101,9	225,4	41,6	159,9	—	1 528,8	—	—	—	—	—	6 675,9	1951
5 121,9	114,73	1 209,2	78,9	39,0	126,8	—	1 453,9	—	—	—	—	—	6 796,8	1952
5 228,5	116,40	1 147,3	157,3	64,8	171,5	—	1 540,9	—	—	—	—	—	6 996,8	1953
5 411,6	116,85	1 255,2	216,1	49,4	171,5	—	1 692,2	—	—	—	—	—	7 327,2	1954
5 515,5	121,23	1 623,8	268,9	15,6	82,1	—	1 990,4	—	—	—	—	—	7 738,2	1955
5 809,7	122,26	1 570,6	609,2	17,4	89,2	—	2 286,4	—	—	—	—	—	8 340,1	1956
5 931,2	124,49	1 831,1	471,0	16,2	74,7	—	2 393,0	—	—	—	—	—	8 574,6	1957
6 109,3	136,34	2 541,2	105,7	18,2	61,3	—	2 726,4	—	—	—	—	—	9 098,9	1958
6 343,9	131,93	2 330,7	165,6	16,9	22,1	—	2 535,3	—	—	—	—	—	9 141,5	1959
6 854,1	137,94	2 288,4	416,6	18,1	33,3	—	2 756,4	—	—	390,3	—	—	10 266,2	1960
7 656,0	144,70	1 996,1	662,5	19,7	37,2	231,5	2 947,0	1 035,0	—	293,5	—	—	12 206,6	1961
8 506,1	135,71	2 294,2	355,9	21,6	30,0	98,0	2 799,7	1 035,0	—	373,0	—	—	12 994,7	1962
9 035,4	135,07	2 700,0	389,4	27,3	39,3	31,8	3 187,8	1 035,0	—	357,3	—	—	13 910,2	1963
9 721,8	121,31	2 907,9	291,5	21,2	24,4	25,6	3 270,6	1 035,0	—	433,2	—	3,4	14 787,6	1964
10 042,5	131,08	3 005,0	126,2	19,0	20,9	44,3	3 215,4	1 035,0	—	602,0	—	19,9	15 287,6	1965
10 651,1	115,46	2 982,2	375,2	15,4	23,3	34,4	3 430,5	1 035,0	—	389,0	—	2,3	15 922,3	1966
11 326,8	118,04	3 810,8	230,7	20,5	29,0	53,9	4 144,9	—	—	550,0	—	—	16 519,0	1967
12 047,3	94,26	5 776,2	505,0	23,9	33,4	75,1	6 413,6	—	—	233,1	—	—	19 339,7	1968
12 518,4	91,34	6 353,4	493,0	18,8	40,0	49,6	6 954,8	—	—	141,9	—	—	20 482,5	1969
13 106,0	90,20	7 749,6	405,3	28,5	18,3	208,4	8 410,1	—	—	201,7	200,0 <sup>7</sup>	—	23 095,3	1970
14 309,9	83,01	10 701,6	713,7	30,7	15,3	393,1	11 854,4	—	516,4 <sup>5</sup>	313,1	—	—	28 014,6	1971
16 635,0	71,41	9 312,6	1 380,3	31,4	17,0	279,5	11 020,8	—	2 029,3 <sup>6</sup>	72,7	2,5 <sup>8</sup>	—	31 362,9	1972
18 296,2	65,00	8 234,9	458,2	37,4	7,8	296,7	9 036,1 <sup>9</sup>	—	2 872,0 <sup>6</sup>	121,4	108,2 <sup>10</sup>	—	32 297,8	1973
19 435,8	61,19	9 505,0	714,5	30,3	—	114,8	10 367,1 <sup>9</sup>	—	347,8 <sup>6</sup>	246,9	986,3 <sup>8</sup>	—	33 260,6	1974
19 127,8	62,17	11 478,5	1 623,8	30,0	—	150,0	13 296,0 <sup>9</sup>	—	165,3 <sup>6</sup>	379,8	—	—	34 991,0	1975

<sup>4</sup> Vor 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen.

<sup>5</sup> Gemäss Vereinbarung über die ausserordentlichen Mindestguthaben vom 16. August 1971.

<sup>6</sup> Mindestguthaben von Banken auf inländische und ausländische Verbindlichkeiten, gemäss Bundesbeschluss vom 20. Dezember 1972.

<sup>7</sup> Sonderkonto PTT.

<sup>8</sup> Überschreitung des zulässigen Kreditzuwachses.

<sup>9</sup> Inklusive ausstehende Checks.

<sup>10</sup> Überschreitung des zulässigen Kreditzuwachses und Sterilisierungskonto der Bundesverwaltung.

# Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 4, Tabelle II

## Jahresdurchschnitte

Jahr	Metallbestand			Devisen <sup>2</sup>	Inlandportefeuille			Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lom- bard- vor- schüsse	
	Gold <sup>1</sup>	Silber	Total		Schweizer- wechsel <sup>3</sup>	Schatzan- weisungen <sup>4</sup>	Diskon- tierte Obli- gationen			Total
<i>In Millionen Franken</i>										
1907	52,1	6,3	58,4	19,0	36,7	—	—	36,7	—	0,6
1908	98,3	8,1	106,4	39,0	24,0	—	—	24,0	—	2,5
1909	121,5	15,2	136,7	49,6	41,7	—	—	41,7	—	4,4
1910	143,3	16,1	159,4	44,7	70,9	—	—	70,9	—	5,9
1911	158,5	14,8	173,3	56,1	60,5	—	5,6	66,1	—	7,0
1912	168,1	13,0	181,1	34,7	78,1	—	4,5	82,6	—	12,2
1913	170,5	23,1	193,6	48,7	57,9	—	2,3	60,2	—	15,7
1914	195,1	17,2	212,3	45,9	103,5	—	7,2	110,7	—	20,1
1915	241,5	47,8	289,3	35,1	108,6	—	3,5	112,1	—	16,9
1916	271,5	54,0	325,5	72,1	126,1	—	1,2	127,3	—	17,7
1917	344,6	52,7	397,3	52,7	170,6	—	0,9	171,5	—	28,3
1918	377,1	55,3	432,4	53,7	321,7	—	2,1	323,8	—	36,4
1919	451,5	64,8	516,3	62,1	418,2	—	1,5	419,7	—	38,7
1920	534,2	93,0	627,2	84,6	303,1	—	4,0	307,1	—	32,3
1921	544,2	122,7	666,9	26,5	308,5	—	1,9	310,4	—	41,9
1922	532,4	111,1	643,5	72,8	251,3	—	1,6	252,9	—	49,1
1923	531,5	100,0	631,5	79,3	254,2	—	4,4	258,6	—	49,1
1924	518,6	94,5	613,1	122,9	153,0	—	4,3	157,3	—	66,6
1925	485,7	89,4	575,1	211,8	87,3	—	2,0	89,3	—	48,6
1926	429,1	85,9	515,0	218,0	105,0	—	2,0	107,0	—	45,6
1927	450,5	69,3	519,8	205,1	131,9	—	5,1	137,0	—	48,6
1928	450,3	56,2	506,5	219,8	144,5	—	7,9	152,4	—	62,8
1929	506,6	37,0	543,6	248,6	125,7	—	8,5	134,2	—	61,3
1930	607,2	5,6	612,8	361,6	40,0	—	8,4	48,4	—	42,2
1931	1 165,0	—	1 165,0	353,7	35,3	—	5,7	41,0	—	45,2
1932	2 546,0	—	2 546,0	81,4	13,9	4,6	4,5	23,0	3,0	45,8
1933	2 119,5	—	2 119,5	21,7	10,2	4,2	5,9	20,3	19,5	53,1
1934	1 788,1	—	1 788,1	14,1	12,3	20,2	6,1	38,6	21,5	75,0
1935	1 457,1	—	1 457,1	18,7	34,0	42,8	8,5	85,3	41,3	87,6
1936	1 690,5	—	1 690,5	23,7	9,4	79,9	4,5	93,8	50,7	63,8
1937	2 640,0	—	2 640,0	191,6	6,2	2,0	3,8	12,0	14,3	32,3
1938	2 849,0	—	2 849,0	384,3	17,1	16,3	1,5	34,9	5,7	22,7
1939	2 530,2	—	2 530,2	280,3	24,3	64,8	3,0	92,1	7,8	36,4
1940	2 144,9	—	2 144,9	517,0	67,5	143,1	3,4	214,0	6,5	66,8

<sup>1</sup> Bewertung vom 20. Juni 1907 bis 10. November 1921: 1 kg Feingold = Fr. 3440; vom 11. November 1921 bis 6. Oktober 1936: 1 kg = Fr. 3435,555; vom 7. Oktober 1936 bis 30. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4639,13; vom 31. Mai 1940 bis 9. Mai 1971: 1 kg = Fr. 4869,80.

<sup>2</sup> 1907 und 1908 nur Auslandswchsel; von 1909 bis 1927 nur Auslandswchsel und Sichtguthaben im Ausland.

<sup>3</sup> Bis 1931 einschliesslich Schatzanweisungen.

<sup>4</sup> Vor 1932 nicht berechnet.

Eigene Wert-schriften	Guthaben bei Korre-spondenten im Inland <sup>5</sup>	Notenumlauf	Deckung des Notenum-laufs durch den Metall-bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Jahr
				<i>Girerechnungen von Banken, Handel und Industrie</i>	<i>Rechnungen des Bundes</i>	<i>Rechnungen der Deponenten</i>	<i>Konti Zahlungs- und Clearing-abkommen</i>	<i>Total</i>	
<i>In Millionen Franken</i>			%	<i>In Millionen Franken</i>					
3,2	9,6	88,9	65,74	15,3	9,4	1,0	—	25,7	1907
9,0	8,5	145,9	72,95	13,6	10,6	1,2	—	25,4	1908
8,0	6,3	191,4	71,41	17,5	18,2	1,3	—	37,0	1909
12,2	28,8	241,4	66,03	15,1	43,0	1,8	—	59,9	1910
12,5	22,4	253,6	68,35	16,3	40,8	1,6	—	58,7	1911
11,1	10,9	269,3	67,25	16,4	25,4	1,4	—	43,2	1912
9,3	11,2	272,4	71,09	15,8	28,5	0,7	—	45,0	1913
11,7	10,4	335,1	63,33	34,5	19,0	4,0	—	57,5	1914
8,9	23,6	409,9	70,57	44,0	20,4	6,3	—	70,7	1915
7,8	13,6	430,3	75,63	94,9	15,8	8,1	—	118,8	1916
7,6	13,4	535,8	74,15	80,9	19,9	10,3	—	111,1	1917
9,7	17,6	733,1	58,98	71,1	14,8	33,0	—	118,9	1918
7,7	21,4	905,8	57,00	73,9	16,7	29,0	—	119,6	1919
6,6	27,6	933,8	67,16	96,0	14,5	10,4	—	120,9	1920
5,8	20,2	925,1	72,09	95,3	12,5	4,8	—	112,6	1921
8,6	21,9	817,6	78,71	181,5	15,6	6,2	—	203,3	1922
8,9	18,4	875,0	72,17	130,0	14,0	8,6	—	152,6	1923
7,1	25,5	850,5	72,08	66,9	28,3	10,0	—	105,2	1924
7,1	21,7	797,6	72,10	98,3	11,8	6,3	—	116,4	1925
6,5	19,1	769,0	66,96	81,7	13,5	7,1	—	102,3	1926
6,5	24,6	798,8	65,06	85,4	19,2	6,3	—	110,9	1927
6,3	22,3	818,3	61,89	82,4	21,3	6,9	—	110,6	1928
3,9	24,9	855,7	63,52	89,4	15,5	7,4	—	112,3	1929
59,9	20,4	894,0	68,54	167,8	31,6	6,8	—	206,2	1930
85,8	15,1	1 141,0	102,09	483,0	25,8	19,1	—	527,9	1931
40,6	9,7	1 508,4	168,79	1 075,1	59,1	61,8	—	1 196,0	1932
61,7	12,0	1 440,1	147,17	702,7	24,8	62,6	—	790,1	1933
46,9	10,3	1 349,2	132,52	515,0	12,5	46,1	—	573,6	1934
55,7	11,2	1 283,0	113,57	349,9	14,0	29,4	5,0	398,3	1935
42,4	8,7	1 293,9	130,64	541,3	29,0	27,7	27,2	625,2	1936
17,9	6,6	1 378,4	191,51	1 305,3	86,1	28,4	69,5	1 489,3	1937
74,4	6,0	1 555,4	183,17	1 703,7	18,1	44,1	45,0	1 810,9	1938
93,2	7,5	1 802,3	140,38	1 093,2	12,0	33,1	44,4	1 182,7	1939
86,2	8,5	2 081,9	103,02	744,3	4,4	38,6	80,5	867,8	1940

<sup>5</sup> 1907 und 1908 einschliesslich Auslandskorrespondenten und Sichtguthaben im Ausland; von 1909 bis 1927 mit Einschluss der Auslandguthaben unter Weglassung der Sichtguthaben im Ausland.

# Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 4, Tabelle II (Forts.)

## Jahresdurchschnitte

Jahr	Goldbestand <sup>1</sup>	Devisen	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Eigene Wertschriften	Guthaben bei Korrespondenten	
			Schweizerwechsel	Schatzanweisungen <sup>2</sup>	Diskon- tierte Obliga- tionen	Total				im Inland	im Ausland <sup>3</sup>
<i>In Millionen Franken</i>											
1941	2 347,3	1 153,5	63,8	63,9	1,6	129,3	9,3	25,4	73,5	7,5	—
1942	3 390,6	175,1	76,2	25,4	1,2	102,8	6,8	19,4	66,3	7,1	—
1943	3 774,4	65,6	87,1	61,2	0,7	149,0	0,4	16,7	64,8	7,4	—
1944	4 384,3	90,1	76,2	20,0	1,0	97,2	1,4	17,0	64,3	7,6	—
1945	4 691,1	117,3	68,1	112,8	1,1	182,0	0,3	19,6	63,8	9,3	—
1946	4 818,0	171,7	48,1	6,4	2,8	57,3	1,0	36,3	58,8	13,3	—
1947	5 129,9	113,6	36,2	8,0	7,7	51,9	3,9	59,7	50,8	16,8	—
1948	5 662,7	135,7	118,7	1,6	11,3	131,6	4,5	59,5	47,7	16,8	—
1949	6 046,1	305,2	102,4	0,3	2,2	104,9	0,2	27,6	41,7	9,7	—
1950	6 179,4	297,9	86,8	0,7	1,2	88,7	—	23,3	41,2	11,3	—
1951	6 000,9	225,5	150,0	2,6	2,3	154,9	0,1	30,9	40,1	13,8	—
1952	5 847,5	337,1	201,2	0,8	3,4	205,4	0,3	30,0	40,1	13,0	—
1953	5 998,7	511,4	191,6	0,7	0,9	193,2	—	24,7	35,8	13,0	—
1954	6 176,7	517,5	111,9	0,5	1,5	113,9	—	26,1	43,7	14,5	—
1955	6 304,5	597,9	88,9	1,2	8,6	98,7	—	44,7	46,1	17,1	—
1956	6 794,6	585,8	100,5	1,6	15,8	117,9	—	47,7	45,4	19,8	—
1957	7 096,4	538,3	128,5	0,5	15,8	144,8	—	31,6	45,4	16,3	—
1958	7 957,8	539,2	108,6	0,1	2,6	111,3	—	11,4	44,9	11,2	—
1959	8 285,9	444,1	46,6	—	0,7	47,3	—	8,5	44,3	10,5	4,9
1960	8 151,0	522,4	48,2	—	1,7	49,9	—	15,6	43,6	13,4	7,1
1961	10 049,6	1 121,6	48,0	—	1,5	49,5	—	13,8	43,0	13,0	8,1
1962	10 613,6	827,3	53,6	1,1	5,3	60,0	—	16,1	42,8	16,1	10,4
1963	10 753,3	844,1	59,6	2,7	4,5	66,8	—	17,5	91,9	16,3	11,5
1964	11 080,6	1 232,4	77,0	5,2	9,8	92,0	—	29,4	58,3	20,0	22,5
1965	11 672,4	971,7	77,5	5,6	10,0	93,1	—	20,9	78,0	22,1	21,5
1966	11 621,5	983,4	86,5	4,7	18,6	109,8	—	32,6	144,1	26,4	18,3
1967	11 982,3	1 351,8	92,5	4,7	15,0	112,2	—	30,5	185,1	26,9	20,9
1968	11 586,5	1 602,6	104,4	3,3	6,5	114,2	—	27,3	181,0	26,8	21,5
1969	11 431,6	2 020,8	193,4	9,3	19,6	222,3	—	71,1	176,0	32,2	23,2
1970	11 615,5	3 418,7	134,6	9,5	11,3	155,4	—	47,0	167,6	39,3	25,9
1971	11 854,9	6 834,3	114,3	3,6	4,3	122,2	—	15,9	128,4	35,6	27,1
1972	11 879,6	9 721,4	109,5	5,8	1,8	117,1	—	22,2	122,2	38,5	28,5
1973	11 892,5	10 515,1	166,0	24,7	4,6	195,3	—	67,0	—	55,1	17,4
1974	11 892,7	8 624,2	730,8	48,7	16,3	795,8	—	132,2	65,6	71,0	—
1975	11 892,7	10 005,3	574,2	61,1	5,3	640,6	—	85,8	13,9	50,1	—

<sup>1</sup> Bewertung vom 31. Mai 1940 bis 9. Mai 1971: 1 kg Feingold = Fr. 4869.80; seit 10. Mai 1971: 1 kg = Fr. 4595.74.

<sup>2</sup> Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

<sup>3</sup> Seit 24. Juli 1973 unter Position «Devisen».



Notenumlauf	Deckung des Notenumlaufs durch den Goldbestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Verbindlichkeiten auf Zeit	Jahr
		<i>Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie</i>	<i>Rechnungen des Bundes</i>	<i>Rechnungen der Depo-nenten</i>	<i>Konti Zahlungs- und Clearing-abkommen</i>	<i>Guthaben ausländischer Banken <sup>4</sup></i>	<i>Total</i>			
<i>In Millionen Franken</i>	<i>%</i>	<i>In Millionen Franken</i>								
2 107,8	111,36	1 309,1	60,8	50,5	102,0	—	1 522,4	—	—	1941
2 251,4	150,80	1 197,1	86,7	52,5	99,4	—	1 435,7	—	—	1942
2 646,5	142,62	1 195,9	54,3	45,4	127,1	—	1 422,7	—	—	1943
3 025,1	144,93	1 097,2	146,1	60,2	129,8	—	1 433,3	—	—	1944
3 517,6	133,36	1 017,8	42,7	83,0	137,1	—	1 280,6	—	—	1945
3 633,2	132,61	813,8	131,9	90,8	189,9	—	1 226,4	—	—	1946
3 940,6	130,18	734,0	147,2	74,4	242,9	—	1 198,5	—	—	1947
4 167,9	135,86	935,0	64,5	51,6	256,6	—	1 307,7	—	401,9	1948
4 259,9	141,93	1 373,0	149,1	54,2	240,9	—	1 817,2	—	269,3	1949
4 239,6	145,75	1 512,1	305,5	58,6	242,4	—	2 118,6	—	176,0 <sup>5</sup>	1950
4 419,5	135,78	1 269,2	384,0	51,3	153,0	—	1 857,5	—	—	1951
4 596,2	127,22	1 176,7	319,5	41,7	154,2	—	1 692,1	—	—	1952
4 783,6	125,40	1 373,9	203,8	99,8	127,7	—	1 805,2	—	—	1953
4 904,0	125,95	1 354,5	229,1	54,4	164,2	—	1 802,2	—	—	1954
5 056,8	124,67	1 397,2	303,2	30,3	142,9	—	1 873,6	—	—	1955
5 189,7	130,92	1 672,0	458,7	17,7	74,3	—	2 222,7	—	—	1956
5 467,2	129,80	1 788,4	283,8	17,6	106,4	—	2 196,2	—	—	1957
5 501,2	144,86	2 600,3	270,6	17,9	66,5	—	2 955,3	—	—	1958
5 705,3	145,23	2 610,3	264,9	17,8	36,4	—	2 929,4	—	—	1959
6 042,4	134,90	2 112,3	289,0	17,6	23,8	—	2 442,7	—	399,2 <sup>6</sup>	1960
6 672,9	150,80	2 346,5	684,9	21,2	29,8	222,6 <sup>7</sup>	3 198,4	1 035,0 <sup>8</sup>	397,8	1961
7 358,9	144,23	2 034,2	326,4	21,7	23,6	187,6	2 593,5	1 035,0	399,4	1962
8 002,8	134,37	2 046,3	195,1	26,0	21,6	59,7	2 348,7	1 035,0	399,1	1963
8 638,6	128,27	2 059,2	283,1	24,5	27,0	32,2	2 426,0	1 035,0	483,3	1964
9 179,1	127,16	2 173,9	232,2	26,9	18,8	44,5	2 496,3	1 035,0	597,5	1965
9 566,5	121,48	1 997,2	287,5	19,8	15,8	37,8	2 358,1	1 035,0	587,0	1966
10 013,4	119,66	2 366,4	234,0	18,1	19,7	57,3	2 695,5	805,0	588,3	1967
10 577,5	109,54	3 006,2	250,0	18,6	28,8	46,9	3 350,5	—	476,6	1968
11 259,9	101,53	3 061,8	306,8	20,1	23,8	46,1	3 458,6	—	324,0	1969
11 784,7	98,56	3 562,5	517,8	20,9	25,3	62,3	4 188,8	—	428,3	1970
12 663,8	93,61	7 452,3 <sup>9</sup>	801,7	21,5	12,1	132,3	8 419,9	—	483,1	1971
14 080,4	84,37	8 221,9	1 288,9	26,0	16,3	345,0	9 898,1	—	395,1 <sup>10</sup>	1972
15 784,2	75,34	5 651,9	982,0	27,5	11,7	371,5	7 045,9 <sup>11</sup>	—	600,1 <sup>12</sup>	1973
17 022,7	69,86	5 524,2	504,6	31,1	0,5	199,0	6 263,0 <sup>11</sup>	—	870,9 <sup>12</sup>	1974
17 608,5	67,54	6 342,9	841,1	30,9	—	162,9	7 384,5 <sup>11</sup>	—	1 222,7 <sup>10</sup>	1975

<sup>4</sup> Vor 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen.

<sup>5</sup> Durchschnitt Januar bis Juli.

<sup>6</sup> Durchschnitt Oktober bis Dezember.

<sup>7</sup> Durchschnitt Ende Juni bis Dezember.

<sup>8</sup> Durchschnitt Ende März bis Dezember.

<sup>9</sup> Eingeschlossen auf Sterilisierungskonto einbezahlte Beträge.

<sup>10</sup> Eingeschlossen auf Sonderkonti einbezahlte Beträge (Überschreitung des zulässigen Kreditwachses).

<sup>11</sup> Inklusive ausstehende Checks.

<sup>12</sup> Eingeschlossen auf Sonderkonti einbezahlte Beträge (Überschreitung des zulässigen Kreditwachses) sowie Sterilisierungskonto der Bundesverwaltung.

# Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 4, Tabelle III

## Umsätze

Jahr	Kassen- umsatz <sup>1</sup>	Devisen- verkehr <sup>2</sup>	Diskontierungen				Total	Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vor- schüsse	Verkehr in eigenen Wert- schriften
			Inlandportefeuille		Schatzan- weisungen <sup>3</sup>	Obliga- tionen				
			Schweizerwechsel							
			Betrag	Durch- schnittl. Laufzeit						
In Millionen Franken			Tage	In Millionen Franken						
1907	1 819,5	124,4	317,7	28	—	—	317,7	—	13,4	6,4
1908	2 567,9	310,2	465,2	18	—	—	465,2	—	85,5	37,5
1909	2 890,5	337,4	569,4	29	—	—	569,4	—	113,6	44,0
1910	3 265,4	381,7	965,8	26	—	—	965,8	—	126,7	40,4
1911	3 548,0	364,8	903,0	26	—	12,4	915,4	—	127,9	46,5
1912	3 920,1	424,8	1 082,0	26	—	28,3	1 110,3	—	174,4	16,0
1913	3 798,2	472,3	956,9	21	—	27,3	984,2	—	215,1	12,4
1914	4 434,9	350,5	907,5	38	124,0	48,2	1 079,7	—	152,7	15,6
1915	3 649,1	430,6	484,1	33	444,0	22,5	950,6	—	94,1	5,6
1916	4 250,7	662,6	237,2	29	954,0	10,5	1 201,7	—	90,5	8,3
1917	4 479,0	513,8	336,9	28	1 392,0	12,5	1 741,4	—	175,4	6,8
1918	6 219,3	484,5	1 158,8	37	1 962,0	21,6	3 142,4	—	300,4	4,4
1919	5 690,1	740,2	1 384,0	32	2 365,0	11,4	3 760,4	—	275,8	2,9
1920	6 181,3	558,7	1 373,1	38	1 949,0	33,9	3 356,0	—	315,3	6,7
1921	5 964,1	428,8	516,1	35	1 884,0	15,2	2 415,3	—	262,7	6,5
1922	5 997,1	579,4	160,3	47	1 083,0	10,9	1 254,2	—	226,1	7,4
1923	5 818,9	584,2	476,2	35	1 419,0	27,7	1 922,9	—	341,9	4,5
1924	5 684,6	716,8	741,4	38	181,0	30,4	952,8	—	576,8	4,0
1925	6 314,6	1 098,6	292,1	35	174,4	11,8	478,3	—	317,4	27,3
1926	6 520,5	1 125,9	451,7	26	153,0	15,2	619,9	—	350,6	7,3
1927	7 056,5	1 199,3	828,7	28	93,0	30,5	952,2	—	470,4	12,8
1928	6 801,1	11 228,6	1 093,0	28	14,0	49,9	1 156,9	—	681,7	72,5
1929	6 689,1	10 499,3	957,9	29	24,0	56,4	1 038,3	—	712,7	37,5
1930	6 948,2	9 369,0	294,2	35	62,0	43,8	400,0	—	449,6	309,0
1931	9 386,6	15 370,5	229,7	41	193,0	33,4	456,1	—	406,7	449,9
1932	6 566,4	3 747,8	79,4	57	62,9	29,1	171,4	7,5	282,8	58,8
1933	6 171,0	5 310,7	73,7	52	139,7	43,7	257,1	143,8	394,2	88,0
1934	5 248,5	3 025,3	79,9	53	573,5	33,1	686,5	88,5	437,9	52,5
1935	5 706,7	4 566,6	245,7	52	431,6	57,5	734,8	272,8	664,9	119,9
1936	6 899,0	2 313,5	53,3	54	650,0	22,0	725,3	234,0	343,7	215,4
1937	6 030,0	7 893,4	39,0	55	10,6	21,0	70,6	63,0	165,9	31,5
1938	8 435,8	4 736,6	122,6	74	295,2	9,3	427,1	28,6	107,5	102,4
1939	9 870,8	5 348,1	106,3	75	449,8	19,7	575,8	41,4	277,2	118,5
1940	9 291,5	6 105,8	324,2	79	1 281,4	20,4	1 626,0	46,4	404,0	22,0

<sup>1</sup> Seit 1938 einschliesslich Gold.

<sup>2</sup> 1907 bis 1927 ist nur der Betrag der diskontierten und angekauften Auslandwechsel angegeben; der Verkehr der Auslandskorrespondenten ist bis 1927 im Umsatz der Korrespondentenrechnungen im Inland inbegriffen.

<sup>3</sup> Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

Verkehr mit den Korrespondenten im Inland <sup>4</sup>	Inkassoverkehr Einreichungen	Giroverkehr	Verkehr zwischen Nationalbankkunden und Postcheckkonti	Verkehr mit dem Bund	Verkehr mit Depo- nenten	Verkehr der Konti Zahlungs- und Clearing- abkommen	Auf die Bank aus- gestellte Checks u. General- mandate <sup>5</sup>	Gesamt- umsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Ab- rechnungs- stellen)	Umsatz der Abrech- nungs- stellen	Jahr
1 143,2	64,5	5 019,5	—	367,0	5,5	—	—	15 876,2	2 133,7	1907
1 839,4	131,0	10 610,1	37,9	1 066,5	12,0	—	22,9	31 056,2	2 997,4	1908
1 819,1	286,5	13 683,3	178,1	1 411,8	23,5	—	48,6	37 578,2	3 483,7	1909
2 205,8	360,9	16 616,6	297,6	1 663,9	42,8	—	48,6	44 845,6	4 036,0	1910
2 553,6	399,4	17 480,0	364,8	1 997,1	45,4	—	34,5	47 493,6	4 305,0	1911
2 852,8	454,8	19 641,0	454,8	2 115,1	57,7	—	34,7	55 760,6	4 614,6	1912
2 982,7	483,3	18 799,0	487,1	2 238,5	51,9	—	31,9	54 962,4	5 471,6	1913
2 353,7	323,5	17 438,1	502,6	2 353,8	194,9	—	23,9	56 172,0	4 146,8	1914
2 785,7	276,5	18 920,7	575,2	3 933,7	197,7	—	31,1	59 920,6	3 923,7	1915
3 980,9	254,0	26 918,2	707,1	5 655,7	329,0	—	42,6	86 220,6	4 914,9	1916
3 784,5	266,3	28 891,5	962,2	7 217,3	405,5	—	68,8	103 332,4	5 793,2	1917
4 088,9	381,2	38 016,6	1 328,7	10 155,4	1 122,8	—	59,5	142 371,6	7 578,0	1918
5 481,0	420,6	43 616,2	1 361,5	12 381,5	856,6	—	41,6	159 069,8	9 664,3	1919
6 312,9	477,2	51 599,2	1 554,5	12 693,5	382,9	—	34,9	169 423,4	14 831,3	1920
4 870,3	371,8	48 803,6	1 433,5	12 563,1	192,5	—	22,0	161 033,0	12 701,4	1921
4 712,9	293,9	46 262,0	1 368,9	10 601,1	311,6	—	26,0	121 686,4	10 281,2	1922
6 233,5	358,4	51 646,4	1 467,7	13 058,3	377,7	—	30,3	136 914,8	11 372,0	1923
7 274,2	459,2	57 981,2	1 652,5	10 874,4	494,3	—	22,2	130 707,2	13 128,4	1924
7 778,8	433,0	58 206,0	1 726,9	10 956,9	407,3	—	63,5	131 395,0	13 185,0	1925
6 405,5	430,4	63 755,5	1 707,0	10 280,9	436,2	—	55,5	133 765,6	13 617,9	1926
7 702,0	488,9	76 062,7	1 800,8	11 017,4	465,5	—	60,9	150 757,6	15 652,8	1927
2 933,8	593,3	79 462,8	1 951,0	11 276,1	1 204,3	—	66,4	159 714,6	14 747,6	1928
2 956,3	589,0	77 063,9	2 121,7	11 626,5	1 985,5	—	61,3	158 593,7	13 761,5	1929
2 888,1	549,0	78 448,4	2 204,5	13 656,5	1 755,1	—	142,2	158 659,2	12 586,0	1930
2 706,1	628,6	74 074,5	2 139,2	12 082,0	1 047,1	—	179,7	170 066,7	10 243,8	1931
2 456,3	584,1	41 755,3	2 028,2	10 291,6	526,8	—	169,3	108 175,0	5 193,3	1932
2 321,2	511,2	44 954,6	2 048,4	9 904,4	566,7	—	160,0	113 801,0	4 824,6	1933
2 292,0	467,0	39 524,8	2 151,1	11 038,7	790,2	—	136,0	104 803,8	4 013,8	1934
2 222,7	320,5	39 566,4	2 113,7	9 803,0	542,0	2 157,9	110,5	109 537,7	3 267,8	1935
2 150,5	296,6	41 231,0	1 990,9	11 230,1	609,4	2 627,7	104,0	118 067,9	3 066,7	1936
2 311,6	287,5	44 139,2	2 357,1	9 161,2	574,6	3 680,8	134,8	128 825,4	3 712,9	1937
2 298,6	272,5	41 076,5	2 492,3	9 636,8	496,5	3 589,6	138,4	113 198,6	3 563,9	1938
2 446,0	307,5	41 412,6	2 677,2	11 175,3	589,3	3 905,3	181,9	125 049,3	3 331,8	1939
2 496,4	283,9	34 238,1	3 764,3	16 059,7	674,5	5 179,8	161,4	141 568,3	2 130,3	1940

In Millionen Franken

<sup>4</sup> 1907 bis 1927 einschliesslich Verkehr der Auslandskorrespondenten; ab 1928 nur Verkehr der Korrespondenten im Inland.

<sup>5</sup> Bis 1924 nur Generalmandate.

# Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 4, Tabelle III (Forts.)

## Umsätze

Jahr	Kassen- umsatz <sup>1</sup>	Devisen- verkehr	Diskontierungen				Total	Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vorschüsse	Verkehr in eigenen Wert- schriften
			Inlandportefeuille		Schatzan- weisungen <sup>2</sup>	Obliga- tionen				
			Schweizerwechsel							
Betrag		Durch- schnittl. Laufzeit								
In Millionen Franken			Tage		In Millionen Franken					
1941	7 836,4	7 844,4	290,1	86	728,9	10,5	1 029,5	58,5	158,1	24,0
1942	9 194,0	5 280,4	462,3	86	474,6	6,9	943,8	49,9	152,6	15,3
1943	9 683,4	1 936,9	459,2	85	663,2	3,9	1 126,3	16,4	134,0	4,4
1944	10 522,5	3 119,5	566,8	77	404,1	8,3	979,2	19,8	141,5	4,9
1945	12 005,6	6 734,2	408,3	74	977,8	10,7	1 396,8	65,7	276,1	7,0
1946	14 043,1	4 716,9	363,5	74	236,8	26,6	626,9	61,5	498,0	17,4
1947	21 023,4	3 584,3	275,6	66	74,4	63,8	413,8	84,1	864,9	11,5
1948	17 787,7	4 936,2	808,4	71	27,6	60,2	896,2	59,5	664,6	5,0
1949	15 720,1	6 421,6	465,6	85	6,2	8,8	480,6	41,4	244,8	16,1
1950	17 841,5	6 316,2	470,3	78	32,7	9,6	512,6	20,0	308,0	5,9
1951	15 933,8	6 960,0	842,5	79	27,5	23,1	893,1	2,9	437,7	4,4
1952	16 645,0	9 518,0	1 264,9	85	8,1	12,5	1 285,5	1,6	448,6	4,7
1953	17 130,8	13 518,0	1 100,3	88	23,7	4,7	1 128,7	—	358,8	63,9
1954	18 230,1	17 961,2	817,7	86	2,0	14,7	834,4	—	474,9	22,3
1955	18 609,2	21 665,5	836,9	83	23,7	63,7	924,3	—	774,8	4,6
1956	23 143,6	22 895,8	922,1	81	36,5	124,7	1 083,3	—	847,6	27,7
1957	35 038,4	19 667,6	1 053,6	43 <sup>3</sup>	0,3	63,2	1 117,1	—	559,9	0,6
1958	33 429,7	24 195,4	827,5	45 <sup>4</sup>	0,3	6,7	834,5	—	217,0	23,4
1959	29 399,6	19 956,0	523,3	50 <sup>4</sup>	—	9,8	533,1	—	202,9	19,3
1960	29 297,6	33 172,5	533,8	51 <sup>4</sup>	0,5	9,5	543,8	—	331,0	7,7
1961	35 856,9	30 831,8	532,4	49 <sup>4</sup>	—	13,9	546,3	—	366,8	10,3
1962	38 492,0	51 924,5	476,8	61 <sup>4</sup>	49,5	36,2	562,5	—	412,6	45,2
1963	43 696,3	52 243,4	307,3	47 <sup>4</sup>	68,6	39,1	415,0	—	534,6	585,0
1964	48 384,3	47 794,0	475,3	25 <sup>4</sup>	158,3	73,8	707,4	—	644,0	20,9
1965	47 929,8	53 340,5	405,9	32 <sup>4</sup>	264,5	80,2	750,6	—	582,5	29,8
1966	51 962,9	47 396,1	457,8	35 <sup>4</sup>	220,2	130,7	808,7	—	918,8	91,3
1967	56 213,7	67 305,0	469,7	32 <sup>4</sup>	100,0	111,4	681,1	—	759,6	16,7
1968	61 708,6	99 530,6	1 047,4	10 <sup>4</sup>	187,7	49,2	1 284,3	—	926,4	1,9
1969	62 267,9	101 135,3	5 175,8	6 <sup>4</sup>	334,5	109,9	5 620,2	—	2 697,2	10,4
1970	68 281,0	156 633,3	2 108,0	8 <sup>4</sup>	314,0	72,7	2 494,7	—	2 359,6	37,8
1971	76 363,8	299 589,6	1 454,2	9 <sup>4</sup>	140,0	16,9	1 611,1	—	912,9	145,2
1972	83 424,1	301 147,1	1 935,4	7 <sup>4</sup>	280,0	18,2	2 233,6	—	1 073,3	10,8
1973	91 638,5	281 381,8	3 497,5	8 <sup>4</sup>	784,0	42,4	4 323,9	—	2 719,2	—
1974	101 551,2	350 100,6	11 669,5	11 <sup>4</sup>	1 824,5	102,5	13 596,5	—	5 496,2	205,6
1975	101 469,0	419 062,0	9 773,2	10 <sup>4</sup>	2 822,0	14,1	12 609,3	—	4 145,5	145,6

<sup>1</sup> Seit 1938 einschliesslich Gold.

<sup>2</sup> Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

<sup>3</sup> Durchschnittliche Laufzeit der im 2. Halbjahr 1957 diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.

<sup>4</sup> Durchschnittliche Laufzeit der diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.

Verkehr mit den Korrespondenten		Inkassoverkehr Einreichungen	Giroverkehr	Verkehr zwischen Nationalbankkunden und Postcheckkonti	Verkehr mit dem Bund	Verkehr mit Depo- nenten	Verkehr der Konti Zahlungs- und Clearingabkommen	Auf die Bank aus- gestellte Checks u. Generalmandate	Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)	Umsatz der Abrechnungsstellen	Jahr
<i>im Inland</i>	<i>im Ausland</i> <sup>5</sup>										
<i>In Millionen Franken</i>											
2 748,6	—	322,3	32 947,5	3 986,0	17 767,6	653,2	9 933,9	205,5	138 483,8	1 791,6	1941
3 006,0	—	406,7	35 633,6	4 039,9	18 487,5	562,3	9 913,8	164,8	143 977,4	2 010,8	1942
3 233,4	—	386,4	34 775,5	4 075,5	23 190,7	425,1	9 855,9	167,6	150 645,4	1 877,5	1943
3 369,4	—	341,5	33 575,0	4 196,7	23 427,9	776,4	6 788,2	152,5	150 264,2	1 661,1	1944
3 884,4	—	372,3	37 791,6	4 334,4	26 930,4	1 182,0	3 590,8	188,1	169 458,1	1 827,8	1945
5 086,4	—	489,7	48 765,6	5 160,5	26 501,4	613,7	18 759,7	227,5	209 443,8	2 467,6	1946
6 034,0	—	586,0	56 150,8	6 128,5	28 357,7	512,5	32 066,0	292,0	250 367,6	3 232,0	1947
6 347,5	—	647,0	60 726,3	6 475,6	27 141,3	401,4	38 499,3	325,8	264 778,4	3 762,7	1948
5 878,7	—	555,6	55 864,0	5 990,3	28 040,8	379,9	38 824,8	310,0	257 165,5	3 320,3	1949
6 104,3	—	579,9	61 896,7	6 449,1	25 148,7	547,7	24 140,2	259,2	246 919,6	3 162,1	1950
6 585,2	—	670,0	75 414,9	7 023,5	28 867,5	357,6	36 881,3	245,0	296 821,6	3 685,1	1951
6 817,3	—	680,4	81 565,3	7 408,2	29 370,4	289,9	22 289,3	255,9	291 769,5	3 496,5	1952
6 980,9	—	518,0	86 311,5	7 431,8	29 820,7	962,0	19 639,7	238,6	300 436,6	3 394,6	1953
7 466,1	—	535,7	101 534,2	7 812,4	30 470,3	825,9	18 819,1	252,9	324 828,1	3 589,4	1954
7 992,6	—	488,8	120 290,7	8 446,0	32 726,7	778,6	15 930,9	289,2	359 430,7	3 873,8	1955
8 810,3	—	494,1	138 809,8	9 241,4	33 896,8	457,8	15 351,0	351,9	386 756,6	4 135,0	1956
9 381,3	—	523,3	157 939,4	9 907,1	37 889,1	402,4	26 041,6	434,8	483 891,1	4 794,2	1957
9 423,3	—	475,4	175 439,9	10 287,8	37 910,9	688,9	18 024,1	399,1	477 050,6	4 200,2	1958
9 962,6	1 447,0	462,0	244 499,6	10 945,2	37 738,9	1 018,8	6 718,9	366,3	524 253,8	5 191,1	1959
11 176,5	2 527,8	477,7	325 786,5	12 191,1	42 908,7	1 100,4	2 934,5	485,8	646 506,7	6 553,6	1960
12 575,5	25 986,0	622,2	384 805,1	13 453,2	47 980,5	1 607,2	2 936,4	463,3	769 982,6	8 051,5	1961
14 348,7	22 492,4	656,8	508 180,6	15 271,4	58 630,9	1 442,2	2 793,7	476,5	957 725,1	10 110,3	1962
15 746,1	3 920,0	819,2	600 883,0	16 889,5	62 531,7	2 632,4	2 038,6	455,7	1 065 988,4	9 652,0	1963
17 333,5	8 593,6	897,2	628 870,9	19 239,5	67 257,3	762,6	2 183,3	502,9	1 131 729,9	10 201,0	1964
18 429,8	5 440,6	985,5	782 609,1	20 364,0	71 030,0	860,0	2 780,1	485,3	1 331 109,9	10 366,6	1965
19 678,2	5 272,0	1 080,1	1 013 397,8	22 022,7	78 449,8	3 593,8	3 330,7	538,9	1 608 206,7	12 233,5	1966
20 524,4	9 149,9	1 280,8	1 318 449,1	23 829,9	82 948,8	3 414,3	3 903,3	561,6	1 963 035,5	13 575,0	1967
22 274,5	5 046,0	1 380,1	1 858 598,6	26 122,1	89 875,7	6 495,2	4 521,9	693,1	2 603 104,8	18 673,4	1968
23 794,1	5 664,9	1 494,9	2 810 359,2	29 823,1	98 197,8	6 604,2	3 862,2	805,4	3 617 523,9	21 677,0	1969
26 279,7	5 412,6	1 934,9	3 898 871,6	33 260,8	108 126,9	2 890,6	4 579,6	819,4	4 801 067,6	19 622,6	1970
28 793,1	5 418,5	2 250,5	4 326 316,8	36 937,5	112 743,1	4 593,6	4 137,4	1 152,2	5 827 827,3	15 565,2	1971
32 147,7	5 570,9	3 017,1	6 232 088,9	40 273,5	125 953,4	3 294,3	3 224,6	1 570,3	8 528 068,7	14 717,4	1972
35 797,0	3 038,6	3 256,0	7 673 381,2	44 479,4	141 619,8	6 280,1	3 438,8	1 627,8	10 238 582,9	—	1973
40 005,0	—	3 174,2	8 431 563,2	50 395,9	154 129,7	3 397,5	—	2 149,9	11 351 217,7	—	1974
39 669,4	—	3 172,2	5 911 103,1	52 782,9	185 318,8	4 066,5	—	2 859,0	8 546 032,0	—	1975

<sup>5</sup> Seit 24. Juli 1973 unter Position «Devisen».

# Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 4, Tabelle IV

## Geschäftsergebnisse

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen	Diskontoertrag und Inkassogebühren					Ertrag des Lombardgeschäfts	Ertrag der eigenen Wertschriften <sup>2</sup>	Zinsen von Inlandkorrrespondenten <sup>3</sup>	Kommissionen <sup>4</sup>	Diverse Nutzposten	Zinsen an Deponenten <sup>5</sup>	Bruttoertrag
		Total	davon Diskontoertrag auf										
			Schweizerwechsel	Schatzanweisungen <sup>1</sup>	Obligationen	Wechseln der eidg. Darlehenskasse							
<i>In 1000 Franken</i>													
1907/08	1 563	1 979	1 977	—	—	—	117	496	738	69	20	473	4 509
1909	1 098	1 304	1 303	—	—	—	158	360	337	116	29	444	2 958
1910	1 270	2 502	2 490	—	—	—	247	481	1 084	69	5	1 415	4 243
1911	1 628	2 315	2 267	—	35	—	302	527	866	87	19	1 313	4 431
1912	1 117	3 430	3 233	—	183	—	568	479	396	125	22	705	5 432
1913	1 849	2 994	2 868	—	110	—	830	407	454	149	18	841	5 860
1914	1 208	5 292	4 472	427	371	—	1 046	527	487	192	19	426	8 345
1915	÷ 421	5 458	2 264	3 014	168	—	840	418	1 096	259	9	323	7 336
1916	2 470	5 874	939	4 872	51	—	920	382	1 520	321	12	288	11 211
1917	900	8 155	1 076	7 027	42	—	1 471	366	1 474	458	8	475	12 357
1918	1 120	10 660	4 813	5 734	103	—	2 106	520	1 553	695	140	25	16 769
1919	999	15 887	6 628	9 162	87	—	2 402	552	1 734	656	192	163	22 259
1920	3 996	11 696	7 149	4 343	191	—	1 956	446	4 164	619	189	187	22 879
1921	1 715	11 612	2 915	8 593	91	—	2 162	1 387	833	677	117	333	18 170
1922	4 640	4 492	848	3 575	55	—	2 070	747	1 288	752	130	497	13 622
1923	2 839	5 918	1 344	4 408	156	—	2 201	770	1 126	627	87	473	13 095
1924	909	3 606	3 246	175	175	—	3 323	609	1 617	525	137	867	9 859
1925	4 273	1 841	1 199	551	85	—	2 403	704	1 527	653	188	252	11 337
1926	4 927	2 419	1 177	1 169	68	—	2 064	543	1 098	539	249	267	11 572
1927	4 775	3 352	2 145	1 029	174	—	2 184	485	1 784	621	315	390	13 126
1928	5 222	4 240	2 970	995	271	—	2 821	475	496	578	393	468	13 757
1929	6 402	4 149	2 862	994	287	—	2 738	339	550	539	289	373	14 633
1930	7 646	1 658	972	422	258	—	1 675	1 359	468	727	287	778	13 042
1931	6 941	997	611	250	116	—	1 384	831	316	789	310	328	11 240
1932	4 660	517	300	91	89	16	1 375	2 240	197	662	340	310	9 681
1933	3 626	713	214	100	108	268	1 400	2 391	144	930	251	204	9 251
1934	3 529	1 338	256	606	117	338	1 926	1 203	119	698	234	217	8 830
1935	1 630	2 930	799	1 028	186	898	2 806	1 374	169	677	100	186	9 500
1936	1 562	3 304	237	1 830	111	1 106	2 165	1 270	145	736	170	219	9 133
1937	5 904	365	108	22	56	165	818	1 272	55	737	193	171	9 173
1938	10 429	523	259	159	23	67	571	2 445	46	673	95	181	14 601
1939	4 857	1 153	323	692	41	82	895	2 511	59	475	198	147	10 001
1940	3 454	2 676	872	1 580	54	81	1 668	3 087	75	546	146	132	11 520

<sup>1</sup> Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

<sup>2</sup> Ohne Berücksichtigung der Abschreibungen.

<sup>3</sup> Einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.

<sup>4</sup> Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankfachmieten.

<sup>5</sup> Einschliesslich Zinsen an den Bund bis 1936.

Ver- waltungs- kosten	Steuern und Abgaben inkl. Rück- stellungen hiefür	Bank- noten- anfert- igungs- kosten inkl. Rück- stellungen hiefür	Rück- stellungen und Verluste auf Gold <sup>8</sup>	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausser- ordent- liche Zuweisung an die Wohl- fahrtsein- richtungen der Bank	Rein- gewinn	Zuwei- sung an den Reserve- fonds	Divi- dende	Ab- lieferung an die eidg. Staats- kasse	Jahr
				<i>auf Bank- gebäuden und Mobiliar, abzüglich Mehrerlös aus verkauften Liegenschaften</i>	<i>auf Wert- schriften und laufenden Geschäften, abzüglich Wieder- eingänge</i>						
2 068	—	226	162	29	7	—	2 017	202	1 800	15	1907/08
1 399	—	151	8	22	43	20	1 315	131	1 000	184	1909
1 307	—	151	69	95	77	20	2 524	252	1 000	1 272	1910
1 355	—	225	68	91	87	30	2 575	258	1 000	1 317	1911
1 381	—	224	315	188	246	40	3 038	304	1 000	1 734	1912
1 426	—	271	165	163	248	100	3 487	349	1 000	2 138	1913
1 572	—	503	25	292	621	60	5 272	500	1 000	3 772	1914
1 498	—	566	2	140	598	80	4 452	445	1 000	3 007	1915
1 571	—	628	—	1 001	231	350	7 430	500	1 000	5 930	1916
1 844	—	501	—	1 195	419	440	7 958	500	1 000	6 458	1917
2 550	—	1 352	—	4 294	2 576	510	5 487	500	1 000	3 987	1918
3 577	—	454	1 878	5 046	2 861	1 000	7 443	500	1 000	5 943	1919
3 749	—	2 253	367	3 426	1 164	500	11 420	500	1 000	9 920	1920
3 715	2 500	1 000	146	1 233	÷ 48	500	9 124	500	1 500	7 124	1921
3 885	—	500	—	1 069	40	500	7 628	500	1 500	5 628	1922
3 825 <sup>6</sup>	1 500	176	—	67	490	—	7 037	500	1 500	5 037	1923
3 630	—	521	—	÷ 642	÷ 7	—	6 357	500	1 500	4 357	1924
3 708	—	415	—	33	÷ 5	500	6 686	500	1 500	4 686	1925
3 525	300	665	244	112	÷ 22	—	6 748	500	1 500	4 748	1926
3 597	800	779	77	830	290	—	6 753	500	1 500	4 753	1927
4 204 <sup>7</sup>	262	278	178	1 682	255	—	6 898	559	1 500	4 839	1928
4 153	—	437	624	1 618	÷ 10	500	7 311	500	1 500	5 311	1929
3 873	—	705	35	1 323	÷ 3	—	7 109	500	1 500	5 109	1930
3 913	—	688	—	66	869	—	5 704	500	1 500	3 704	1931
3 909	—	170	—	33	261	—	5 308	500	1 500	3 308	1932
3 532	—	204	234	28	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1933
3 390	170	123	—	27	÷ 133 <sup>9</sup>	—	5 253	500	1 500	3 253	1934
3 455	200	173	—	13	406	—	5 253	500	1 500	3 253	1935
3 459	112	258	—	46	5	—	5 253	500	1 500	3 253	1936
3 443	—	450	—	27	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1937
3 689	117	1 802	—	37	3 703	—	5 253	500	1 500	3 253	1938
3 764	—	946	—	38	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1939
4 308	735	1 058	—	166	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1940

In 1000 Franken

<sup>6</sup> Einschliesslich Fr. 300 000 für einen Transportversicherungsfonds (Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle).

<sup>7</sup> Einschliesslich Fr. 635 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

<sup>8</sup> Einschliesslich Barschaftsimporkosten von 1907/08 bis 1915.

<sup>9</sup> Nicht beanspruchte Reservestellung für Verluste im laufenden Geschäft.

# Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 4, Tabelle IV (Forts.)

## Geschäftsergebnisse

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen <sup>1</sup>	Diskontoertrag und Inkassogebühren					Ertrag des Lombardgeschäftes	Ertrag der eigenen Wertpapiere	Zinsen von Inlandkorrespondenten <sup>4</sup>	Kommissionen <sup>5</sup>	Diverse Nutzposten	Zinsen an Deponenten	Bruttoertrag
		Total	davon Diskontoertrag auf										
			Schweizerwech-seln	Schatz-anwei-sungen <sup>2</sup>	Obliga-tionen	Wechseln der eidg. Darlehens-kasse							
In 1000 Franken													
1941	6 503	1 513	783	520	23	114	642	2 555	56	634	122	134	11 891
1942	9 294	1 210	853	138	19	108	484	2 183	48	669	146	133	13 901
1943	7 098	1 365	963	335	10	18	419	2 269	49	568	82	137	11 713
1944	8 424	1 241	959	198	14	17	426	2 198	50	674	136	131	13 018
1945	8 550	2 232	725	1 455	14	7	480	2 072	52	624	223	130	14 103
1946	16 725	859	628	89	37	14	868	1 377	93	1 154	138	142	21 072
1947	10 756	811	517	127	108	55	1 427	1 515	147	1 899	—	175	16 380
1948	7 168	2 134	1 827	44	163	95	1 498	1 736	176	2 345	95	150	15 002
1949	7 689	1 902	1 814	14	34	37	700	1 386	80	1 409	116	164	13 118
1950	10 470	1 623	1 567	11	16	25	552	1 350	81	1 223	151	171	15 279
1951	7 888	2 811	2 641	127	31	1	770	1 459	130	1 266	179	176	14 327
1952	8 232	3 934	3 537	328	53	5	736	1 303	117	934	139	191	15 204
1953	9 699	3 751	3 295	435	14	—	605	1 258	114	1 214	171	206	16 606
1954	10 689	2 705	2 192	489	19	—	622	1 356	126	971	102	223	16 348
1955	16 735	2 298	1 832	347	115	—	1 090	1 366	168	967	607	231	23 000
1956	19 215	2 648	1 975	464	206	—	1 149	1 550	182	864	571	234	25 945
1957	16 894	3 329	2 860	176	289	—	981	1 702	187	712	591	246	24 150
1958	15 293	3 005	2 920	9	71	—	417	1 408	147	679	518	251	21 216
1959	16 167	1 385	1 368	—	13	—	254	1 793	99	502	564	251	20 513
1960	19 970	1 354	1 318	—	33	—	463	2 192	111	465	840	262	25 133
1961	25 750	1 337	1 297	—	27	—	390	1 776	112	537	912	284	30 530
1962	25 863	1 483	1 374	5	101	—	465	2 497 <sup>3</sup>	135	648	1 141	292	31 940
1963	25 889	1 541	1 396	58	83	—	505	8 416 <sup>3</sup>	147	601	1 088	302	37 885
1964	24 898	2 033	1 753	85	191	—	936	12 367 <sup>3</sup>	200	635	1 533	347	42 255
1965	29 785	2 270	1 959	74	233	—	731	20 208 <sup>3</sup>	189	671	1 468	402	54 920
1966	35 216	3 127	2 533	70	518	—	1 160	26 964 <sup>3</sup>	237	893	1 350	430	68 517
1967	31 650	4 235	3 596	77	557	—	1 141	28 789 <sup>3</sup>	258	938	1 068	476	67 603
1968	58 458	3 727	3 476	56	191	—	897	7 573	230	806	880	505	72 066
1969	63 276	7 487	6 576	285	622	—	2 471	7 453	311	1 109	696	546	82 257
1970	90 186	6 443	5 817	243	378	—	1 897	7 274	464	1 194	281	622	107 117
1971	77 499	4 154	3 992	68	89	—	780	8 882	338	1 351	340	783	92 561
1972	119 358	3 768	3 384	277	102	—	602	1 192	250	2 053	696	890	127 029
1973	139 479	5 458	4 914	242	297	—	2 782	950	342	2 069	828	987	150 921
1974	128 389	28 600	26 276	1 379	942	—	6 121	2 020	889	2 387	421	1 237	167 590
1975	81 000	30 737	27 668	2 992	75	—	3 831	8 951	594	2 704	539	1 669	126 687

<sup>1</sup> Einschliesslich Ertrag im Verkehr mit Auslandkorrespondenten.

<sup>2</sup> Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

<sup>3</sup> Einschliesslich ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken.

<sup>4</sup> Bis 1949 einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.

<sup>5</sup> Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankfachmieten.



Ver- waltungs- kosten <sup>6</sup>	Steuern und Abgaben inkl. Rückstel- lungen hiefür	Kosten und Rück- stellungen für Offen- markt- opera- tionen	Bank- noten- anfert- igungs- kosten inkl. Rück- stellungen hiefür	Sterilisie- rungs- kosten inkl. Rückstel- lungen hiefür	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausser- ordent- liche Zuweisung an die Wohlf- ahrtsein- richtungen der Bank	Rein- gewinn	Zuwei- sung an den Reserve- fonds	Divi- dende	Ab- lieferung an die eidg. Staats- kasse	Jahr
					<i>auf Bankge- bäuden und Mobilien, abzüglich Mehrerlös aus verkauften Liegens- chaften</i>	<i>auf Wert- schriften und laufenden Geschäften, abzüglich Wieder- eingänge</i>						
3 774	1 147	—	1 134	—	583	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1941
4 238	188	—	2 500	—	562	—	1 000	5 413	500	1 500	3 413	1942
4 370	323	—	1 535	—	72	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1943
5 273	300	—	1 500	—	532	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1944
4 836	239	—	2 300	—	715	—	600	5 413	500	1 500	3 413	1945
5 293	—	—	5 000	4 140	26	—	1 200	5 413	500	1 500	3 413	1946
6 563	480	—	3 243	—	681	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1947
7 056	—	—	2 000	—	83	—	450	5 413	500	1 500	3 413	1948
7 210	—	—	—	451	44	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1949
7 331	—	—	500	1 501	534	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1950
7 409	—	—	—	799	347	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1951
7 492	250	—	1 500	—	190	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1952
7 976	250	—	1 500	—	608	—	500	5 772	500	1 500	3 772	1953
7 786	—	—	2 500	—	290	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1954
8 501	—	—	6 000	—	727	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1955
11 138	300	—	5 000	—	2 035	—	1 200	6 272	1 000	1 500	3 772	1956
10 088	300	—	5 000	—	990	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1957
9 871	—	—	3 000	—	2 073	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1958
8 959	—	—	3 000	—	2 282	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1959
8 883	400	—	3 000	4 087	1 741	—	750	6 272	1 000	1 500	3 772	1960
9 432	—	—	6 000	5 362	1 893	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1961
10 366	400	—	6 000	4 358	2 973	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1962
11 603	200	—	10 000	5 812	2 427	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1963
13 172	400	—	10 000	7 914	2 926	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1964
12 788	—	6 000	10 000	12 964	4 325	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1965
14 565	—	16 460	7 020	16 513	5 116	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1966
15 700	—	4 984	6 489	29 008	2 579	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1967
17 818	234	5 000	10 101	22 674	7 396	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1968
19 311	—	3 000	12 554	13 563	24 986	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1969
28 268	1 000	5 000	23 360	30 250	9 396	—	3 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1970
26 685	—	—	16 711	35 285	3 364	—	3 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1971
32 149	2 467	27 000	17 601	10 593	26 703	—	3 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1972
31 389	—	20 000	31 559	37 658	19 799	—	3 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1973
53 677	2 915	—	33 743	30 949	35 790	—	3 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1974
34 667	—	—	6 821	40 379	35 304	—	2 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1975

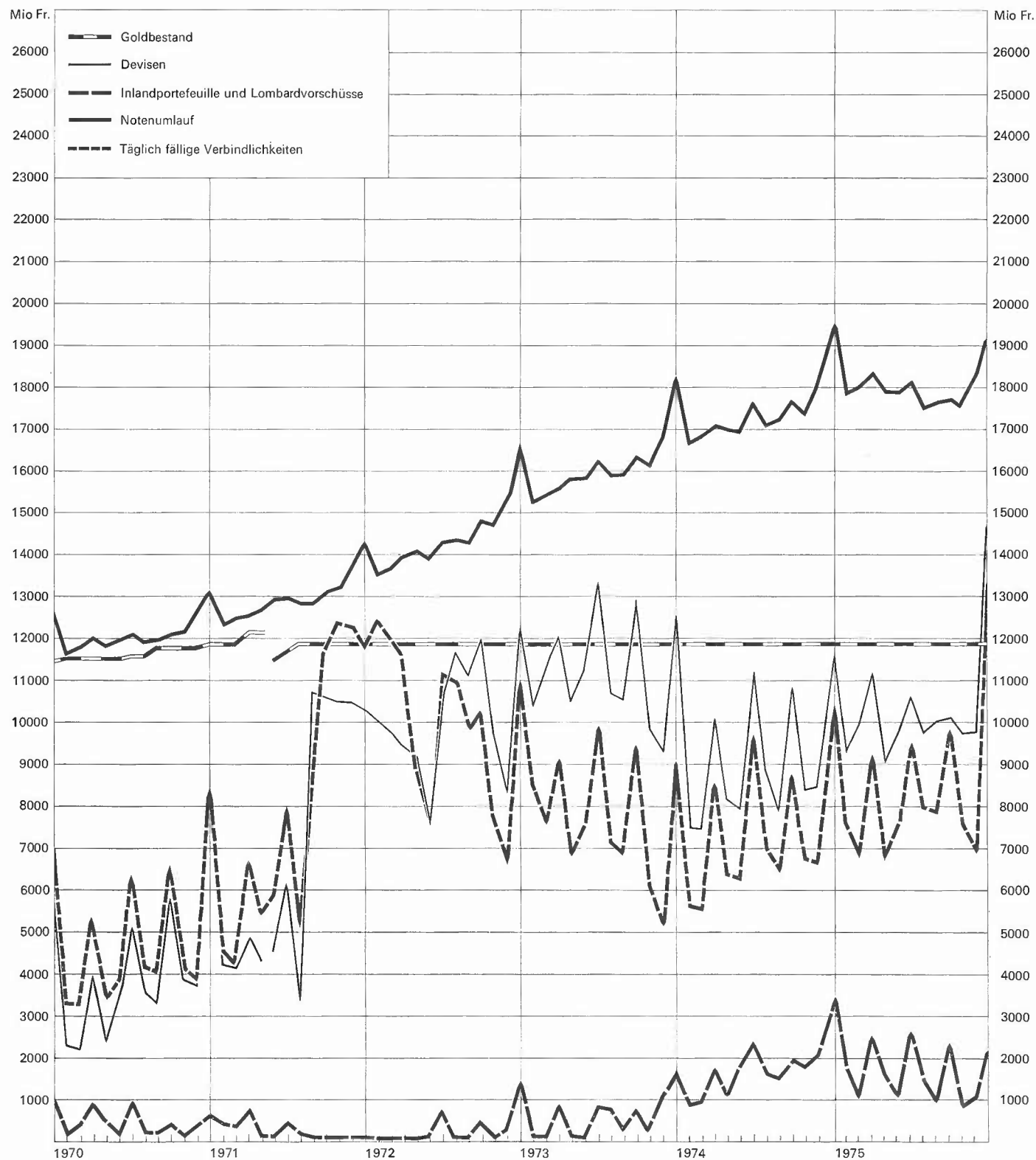
In 1000 Franken

<sup>6</sup> Einschliesslich Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

# Schweizerische Nationalbank 1970–1975

Beilage Nr. 5

## Bestände am Monatsende



# Diskontosatz und Lombardzinsfuß seit Eröffnung der Bank

## Beilage Nr. 6

Datum der Veränderung	Diskontosatz		Lombardzinsfuß		Datum der Veränderung	Diskontosatz		Lombardzinsfuß				
	%	Geltungsdauer Tage	%	Geltungsdauer Tage		%	Geltungsdauer Tage	%	Geltungsdauer Tage			
1907	20. Juni	4½	56	5	56	1921	7. April	4½	126	5½	126	
	15. August	5	84	5½	84		11. August	4	203	5	203	
	7. November	5½	70	6	70	1922	2. März	3½	168	4½	168	
1908	16. Januar	5	7	5½	7		17. August	3	331	4	331	
	23. Januar	4½	28	5	28	1923	14. Juli	4	831	5	831	
	20. Februar	4	28	4½	28		1925	22. Oktober	3½	1 624	4½	1 624
	19. März	3½	322	4	441	1930		3. April	3	98	4	98
1909	4. Februar	3	252	—	—		10. Juli	2½	196	3½	196	
	3. Juni	—	—	3½	133		1931	22. Januar	2	1 562	3	748
	14. Oktober	3½	28	4	28	1933		8. Februar	—	—	2½	814
	11. November	4	56	4½	56		1935	3. Mai	2½	495	3½	495
1910	6. Januar	3½	49	4	210	1936		9. September	2	78	3	78
	24. Februar	3	161	—	—		26. November	1½	7 475	2½	7 475	
	4. August	3½	49	4½	84	1957	15. Mai <sup>1</sup>	2½	652	3½	652	
	22. September	4	35	—	—		1959	26. Februar <sup>2</sup>	2	1 955	3	1 955
	27. Oktober	4½	70	5	70			1964	3. Juli <sup>3</sup>	2½	732	3½
1911	5. Januar	4	42	4½	42	1966	6. Juli <sup>4</sup>	3½	369	4	369	
	16. Februar	3½	224	4	224		1967	10. Juli <sup>4</sup>	3	798	3%	798
	28. September	4	350	4½	350	1969		15. September <sup>5</sup>	3%	1 225	4%	1 225
1912	12. September	4½	77	5	77		1973	22. Januar <sup>5</sup>	4½	364	5¼	364
	28. November	5	259	5½	259	1974		21. Januar <sup>6</sup>	5½	406	6	484
1913	14. August	4½	161	5	161		1975	3. März <sup>7</sup>	5	78	—	—
	1914	22. Januar	4	28	4½	189		20. Mai <sup>7</sup>	4½	97	5½	97
19. Februar		3½	161	—	—	25. August <sup>7</sup>	4	35	5	35		
30. Juli		4½	1	5½	1	29. September <sup>7</sup>	3½	30	4½	30		
31. Juli		5½	3	6	3		29. Oktober <sup>7</sup>	3	64 <sup>8</sup>	4	64 <sup>8</sup>	
3. August		6	38	7	38	1915	1. Januar	4½	1 371	5	1 280	
10. September		5	113	6	14		1918	4. Juli	—	—	5½	91
24. September		—	—	5½	99	3. Oktober		5½	322	6	917	
1915		1. Januar	4½	1 371	5	1 280	1919	21. August	5	595	—	—
	1918	4. Juli	—	—	5½	91						

<sup>1</sup> Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¼% (vom 1. April bis 24. Juli 1957), 2% (vom 25. Juli 1957 bis 31. Mai 1959); übrige Pflichtlager 2% (vom 1. April bis 24. Juli 1957), 2½% (vom 25. Juli 1957 bis 31. Mai 1959).

<sup>2</sup> Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¼% (vom 1. Juni 1959 bis 5. Juli 1964); übrige Pflichtlager 2% (vom 1. Juni 1959 bis 5. Juli 1964).

<sup>3</sup> Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 2¼% (vom 6. Juli 1964 bis 31. Dezember 1965); übrige Pflichtlager 2½% (vom 6. Juli 1964 bis 31. Dezember 1965).

<sup>4</sup> Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 2¾% (vom 1. Januar bis 30. September 1966), 3¼% (vom 1. Oktober 1966 bis 31. März 1968); übrige Pflichtlager 3% (vom 1. Januar bis 30. September 1966), 3½% (vom 1. Oktober 1966 bis 10. November 1969).

<sup>5</sup> Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 3% (vom 1. April 1968 bis 10. November 1969), 3¼% (vom 11. November 1969 bis 24. Januar 1972), 3½% (vom 25. Januar bis 29. Februar 1972), 3¾% (vom 1. März 1972 bis 1. Januar 1974); übrige Pflichtlager 4% (vom 11. November 1969 bis 24. Januar 1972), 3¾% (vom 25. Januar bis 29. Februar 1972), 3½% (vom 1. März 1972 bis 1. Januar 1974).

<sup>6</sup> Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 3¾% (vom 2. Januar bis 15. April 1974), 4% (vom 16. April bis 31. Dezember 1974); übrige Pflichtlager 4% (vom 2. Januar bis 15. April 1974), 4½% (vom 16. April bis 31. Dezember 1974).

<sup>7</sup> Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 4½% (vom 1. Januar bis 24. August 1975), 3¾% (vom 25. August bis 31. Oktober 1975), 3¼% (seit 1. November 1975); übrige Pflichtlager 5% (vom 1. Januar bis 24. August 1975), 4¾% (vom 25. August bis 31. Oktober 1975), 3½% (seit 1. November 1975).

<sup>8</sup> Bis 31. Dezember 1975.

# Verzeichnis der Mitglieder der Bankbehörden und der Bankorgane

auf 1. Januar 1976

Beilage Nr. 7

---

## Präsidium der Generalversammlung (Amtsperiode 1975–1979)

Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Bioggio, Präsident

Regierungsrat Dr. E. Wyss, Vorsteher des Departementes des Innern des Kantons Basel-Stadt, Basel, Vizepräsident

---

## Bankrat (Amtsperiode 1975–1979)

Die von der Generalversammlung der Aktionäre gewählten Mitglieder sind mit einem Stern (\*) bezeichnet

Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Bioggio, Präsident

R. Lardelli, Präsident des Bündner Handels- und Industrievereins, Chur

Regierungsrat Dr. E. Wyss, Vorsteher des Departementes des Innern des Kantons Basel-Stadt, Basel, Vizepräsident

Dr. E. Leemann, Hauptdirektor der Genossenschaftlichen Zentralbank Aktiengesellschaft, Basel

\* G. André, Präsident des Verwaltungsrates der Firma André et Cie, Aktien-Gesellschaft, Corsy-La Conversion

Dr. h. c. R. Meier, Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Bundesbahnen, Eglisau

Dr. R. Bärlocher, Rechtsanwalt, St. Gallen

\* J. Michaud, Ing. agr., Präsident der «Provins» Fédération des Caves de producteurs de vins du Valais, Präsident des Verbandes der Walliser Wirtschaft (Walliser Handelskammer), Sitten

\* L. Bühler, Direktor der Thurgauischen Kantonalbank, Weinfelden

Dr. W. Bühlmann, Rechtsanwalt, Präsident des Bankrates der Luzerner Kantonalbank, Präsident der Zentral-schweizerischen Handelskammer, Kastanienbaum

\* F. Moser, Präsident des Bankrates der Kantonalbank von Bern, Stettlen

Nationalrat E. Canonica, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Dietikon

\* Ständerat F. Muheim, Fürsprech und Notar, Altdorf

Nationalrat J. Diethelm, Regierungsrat, Vorsteher des Finanzdepartementes des Kantons Schwyz, Siebnen

\* Dr. K. Obrecht, Fürsprech und Notar, Präsident des Verwaltungsrates der Ebauches A.G., Küttigkofen

\* Dr. A. Edelmann, Direktor des Schweizer Verbandes der Raiffeisenkassen, St. Gallen

Dr. Dr. h. c. L. von Planta, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der CIBA-GEIGY AG, Basel

\* Dr. M. E. Eisenring, Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Rückversicherungs-Gesellschaft, Rüslikon

A. Richner, Vizepräsident des Verwaltungsrates des Aargauischen Elektrizitätswerkes (AEW), Oftringen

\* Nationalrat R. Etter, Nationalratspräsident, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Aarwangen

\* Dr. W. Rohner, a. Ständerat, Altstätten

Dr. A. Fürer, Delegierter des Verwaltungsrates der Nestlé Alimentana A.G., Chardonne

Dr. F. Schaller, Professor an den Universitäten Lausanne und Bern, Epalinges

P. Gaibrois, Delegierter des Verwaltungsrates der Torinos S.A., fabrique de machines Moutier, Moutier

E. Scherz, Ehrenpräsident des Schweizer Hotelier-Vereins, Gstaad

Dr. R. Givel, Direktor der Banque Vaudoise de Crédit, Lausanne

F. W. Schulthess, Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Kreditanstalt, Zürich

\* Ständerat C. Grosjean, Regierungsrat, Vorsteher des Baudepartementes und des Polizeidepartementes des Kantons Neuenburg, Auvernier

\* Dr. H. R. Schwarzenbach, in Firma Robt. Schwarzenbach & Co., Horgen

\* Dr. J. E. Haefely, Vizepräsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Emil Haefely & Cie. A.G., Binningen

\* Ständerat A. Stefani, Advokat und Notar, Giornico

Dr. E. Hatt, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Aktiengesellschaft Heinr. Hatt-Haller, Hoch- & Tiefbau-Unternehmung, Zürich

G. Sulzer, dipl. Ing., Präsident des Verwaltungsrates der Gebrüder Sulzer, Aktiengesellschaft, Winterthur

Dr. L. Hentsch, in Firma Hentsch et Cie, Collonge-Bellerive

Nationalrat R. Suter, Präsident der Verwaltungsdelegation des Migros-Genossenschafts-Bundes, Zürich

Nationalrat Dr. H. Tschumi, Interlaken

Dr. W. Jucker, Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bremgarten bei Bern

\* Dr. R. Vischer, in Firma Simonius, Vischer & Co., Inhaber Vischer & Cie., Basel

R. Juri, Ing. agr., Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes, Le Mont-sur-Lausanne

Staatsrat Dr. A. Waeber, Finanzdirektor des Kantons Freiburg, Tafers

---

**Bankausschuss** (Amtsperiode 1975–1979)

Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Bioggio, Präsident von Amtes wegen

Regierungsrat Dr. E. Wyss, Vorsteher des Departementes des Innern des Kantons Basel-Stadt, Basel, Vizepräsident von Amtes wegen

Dr. W. Bühlmann, Rechtsanwalt, Präsident des Bankrates der Luzerner Kantonalbank, Präsident der Zentral-schweizerischen Handelskammer, Kastanienbaum

Dr. L. Hentsch, in Firma Hentsch et Cie, Collonge-Bellerive

Dr. W. Jucker, Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bremgarten bei Bern

R. Juri, Ing. agr., Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes, Le Mont-sur-Lausanne

Dr. h. c. R. Meier, Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Bundesbahnen, Eglisau

Dr. K. Obrecht, Fürsprech und Notar, Präsident des Verwaltungsrates der Ebauches A.G., Küttigkofen

Dr. W. Rohner, a. Ständerat, Altstätten

Staatsrat Dr. A. Waeber, Finanzdirektor des Kantons Freiburg, Tafers

---

**Revisionskommission** (Amtsperiode 1975/1976)*Mitglieder*

J. Iten, Direktionspräsident der Zuger Kantonalbank, Zug, Präsident

G. Grenier, Direktor der Caisse d'Epargne de la République et Canton de Genève, Genf

W. Staub, Direktor der Bank in Gossau, Gossau

*Ersatzmänner*

P. Hostettler, Direktor des Crédit Foncier Neuchâtelois, Neuenburg

S. Lutz, Direktor der Appenzell-Ausserrhodischen Kantonalbank, Herisau

M. Meier-Milt, Direktor der Basellandschaftlichen Hypothekenbank, Bottmingen

---

**Lokalkomitees** (Amtsperiode 1975–1979)*Aarau*

K. Oehler, Mitglied des Verwaltungsrates der Oehler Aarau AG., Aarau, Vorsitzender

Dr. O. Seiler, Kaufmännischer Direktor der Kabelwerke Brugg A.-G., Brugg, Stellvertreter des Vorsitzenden

P. H. Kern, Delegierter des Verwaltungsrates und Vorsitzender der Geschäftsleitung der Kern & Co. A.-G., Aarau

*Basel*

H. Hatt, Präsident des Verwaltungsrates und Generaldirektor der Danzas A.G., Basel, Vorsitzender

Dr. H. Gürtler-Meyer, Delegierter des Verwaltungsrates der Brauerei Ziegelhof A.G., Seltisberg, Stellvertreter des Vorsitzenden

Th. Müller-Kriegel, Ing., Präsident des Verwaltungsrates der Kriegel & Schaffner A.G., Basel

*Bern*

P. Gerber, Ing. agr., Verwalter des Alters- und Pflegeheimes Frienisberg, Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes, Frienisberg, Vorsitzender

B. Leimgruber, Direktor der Lamelcolor S.A., Estavayer-le-Lac, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. M. Frölicher, Fürsprecher, Direktor der Wander AG, Vizepräsident der Berner Handelskammer, Ursellen bei Konolfingen

*Genf*

Dr. E. Bordier, in Firma Bordier & Co., Genf, Vorsitzender

Dr. Ch. Aubert, Direktor der Chambre de Commerce et d'Industrie de Genève, Petit-Lancy, Stellvertreter des Vorsitzenden

J. Pfau, Generaldirektor der Charmilles Maschinenbau A.G., Collonge-Bellerive

*Lausanne*

A. Langer, Mitglied des Verwaltungsrates der Aliments Lacta S.A., Gland, Vorsitzender

R. Morandi, Delegierter des Verwaltungsrates der Firma Morandi frères, société anonyme, Payerne, Stellvertreter des Vorsitzenden

Nationalrat F. Carruzzo, Stadtpräsident, Sitten

*Lugano*

L. Antonini, Direktor der Firma Michele Antonini & Co., Präsident der Camera di commercio dell'industria e dell'artigianato del Cantone Ticino, Bellinzona, Vorsitzender

Dr. D. Poggioli, Treuhandbüro, Lugano, Stellvertreter des Vorsitzenden

P. Melera, Direktor der Saceba S.A., Castel S. Pietro

### *Luzern*

Dr. J. Hug, Präsident des Verwaltungsrates der Zwieback- & Biscuitfabrik Hug A.G. Malters, Luzern, Vorsitzender

Dr. W. Dubach, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Brauerei Eichhof, Luzern, Stellvertreter des Vorsitzenden

F. Stöckli, Ing. agr., Direktor der UFAG, Sursee

### *Neuenburg*

A. Grisel, Generaldirektor der Société des fabriques de spiraux réunies, La Chaux-de-Fonds, Vorsitzender

P. Kiefer, Mitglied des Verwaltungsrates der Chocolat Suchard Société anonyme, Delegierter des Verwaltungsrates der Schweizerischen Interfood-Zentrale A.G., Colombier, Stellvertreter des Vorsitzenden

E. Haas, Generaldirektor der «Neuenburger» Schweizerische Allgemeine Versicherungsgesellschaft, St-Blaise

### *St. Gallen*

Dr. R. Perret, Präsident des Verwaltungsrates und Direktor der Roco Conserven Rorschach, Horn, Vorsitzender

Th. Ruff, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der J. Huber & Co. A.-G. St. Gallen, Niederteufen, Stellvertreter des Vorsitzenden

V. Widmer, Verwaltungsrats-Präsident der Union A.G., St. Gallen

### *Zürich*

Prof. Dr. E. Jaggi, Direktionspräsident des Verbandes ostschweiz. landwirtschaftl. Genossenschaften (VOLG), Winterthur, Vorsitzender

Dr. L. Granzio, Präsident des Verwaltungsrates und kaufmännischer Direktor der Spinnereien Aegeri, Zug, Stellvertreter des Vorsitzenden

W. Baumann, Mitinhaber der Firma Baumann & Co., Horgen

## **Direktorium**

*bis 29.2.1976:* Dr. F. Leutwiler, Zürich (Präsident); A. Hay, Rechtsanwalt, Bern (Vizepräsident); Dr. L. Schürmann, Zürich

*ab 1.3.1976:* Dr. F. Leutwiler, Zürich (Präsident); Dr. L. Schürmann, Bern (Vizepräsident); P. Languetin, Zürich

## **Departemente**

### *I. Departement in Zürich*

Departementsvorsteher:

Dr. F. Leutwiler, Präsident des Direktoriums

Stellvertreter des Departementsvorstehers:

Dr. P. Ehram, Direktor, Dr. J. Lademann, Direktor

Abteilungsdirektor: Dr. H. R. Läng

Stellvertretende Direktoren: H. Baumgartner, M. Thoman

Rechtskonsulent: Dr. P. C. Gutzwiller

Vizedirektor: W. Obi

Abteilungsvorsteher: J. Bertschi, Dr. J. Bonorand, R.-M. Chappuis, Dr. A. Frings, R. Schibli

Prokuristen: Dr. A. Föllmi, Frl. A.-E. Heeb, W. Küng, Dr. K. Schiltknecht, K. Stämpfli

Handlungsbevollmächtigte: C. Bohner, A. Galli, Frl. I. Gloor, Frl. E. Habermacher, W. Hegnauer, Dr. P. Klauser, L. Lukacsy, K. Martin, Frau E. Schürch, Frau H. Stahel, R. Stutz

### *II. Departement in Bern*

Departementsvorsteher:

*bis 29.2.1976:* A. Hay, Rechtsanwalt, Vizepräsident des Direktoriums

*ab 1.3.1976:* Dr. L. Schürmann, Vizepräsident des Direktoriums

Stellvertreter des Departementsvorstehers:

Dr. M. de Rivaz, Direktor

Abteilungsdirektoren: Dr. J. Ammann, W. Bretscher

Hauptkassier der Bank: R. Aebersold

Vizedirektoren: H.-P. Dosch, H. Hulliger,

M. Isenschmid, R. Raschle, Ch. Schweingruber

Prokuristen: R. Bourqui, Frl. S. Grandjean, W. Gutmann, R. Kuhn, A. Lerch, Frl. M. Merkli, B. Siegrist, H. Spahni, W. Wey, V. Zumwald

Handlungsbevollmächtigte: D. Ambühl, E. Berthoud, E. Maibach, J.-P. Michellod, W. Streuli, R. Tornare

### *III. Departement in Zürich*

Departementsvorsteher:

*bis 29.2.1976:* Dr. L. Schürmann, Mitglied des Direktoriums

*ab 1.3.1976:* P. Languetin, Mitglied des Direktoriums

Stellvertreter des Departementsvorstehers

Dr. P. Flückiger, Direktor

Stellvertretender Direktor: H. Stahel

Vizedirektoren: W. Bächtold, A. Kunz, H. W. Preisig, H. Schmid, R. Würmli

Abteilungsvorsteher: E. Guyer

Prokuristen: G. Allenbach, E. Altorfer, Th. Benz, W. Blumer, W. Bolliger, W. Brunner, E. M. Frei, A. Grolimund, J. Knecht, H. Siegfried, E. Studhalter, M. Wichser, W. Wunderli, E. Zangger

Handlungsbevollmächtigte: E. Ammann, W. Frischknecht, O. Hofmann, A. Hutter, F. Oberholzer, R. Perret, Frl. E. Reilstab, A. Schärer, Dr. Th. Scherer, F. Steinmann, M. Stutzmann, A. Wartmann, G. Weber

### *Generalsekretariat in Zürich und Bern*

Generalsekretär: Dr. H. Meyer, Abteilungsdirektor, Zürich

Stellvertreter des Generalsekretärs: S. Delémont, Bern

Abteilungsvorsteher: Dr. G. Jaquemet, Zürich

Handlungsbevollmächtigte: Frl. L. Dubied, Bern, Frl. E. Suter, Zürich

---

## **Zweiganstalten**

### *Aarau*

Direktor: R. Winteler (bis 31.12.75)  
Direktor: H. Herzog (ab 1.4.1976)  
Stellvertreter des Direktors: F. Merz  
Prokuristen: A. Walz, A. Widmer

### *Basel*

Direktor: A. Bertschinger (bis 31.12.75)  
Direktor: R. Winteler (ab 1.1.76)  
Stellvertreter des Direktors: K. Schär  
Prokuristen: E. Hess, M. Loehler  
Handlungsbevollmächtigte: H. Grüninger, M. Joho,  
J. Strub

### *Genf*

Direktor: C. Gaggini  
Stellvertreter des Direktors: J.-P. Borel  
Prokuristen: D. Allamand, E. Bänninger, J. Rossi  
Handlungsbevollmächtigte: P. Beck, R. Buensod,  
P. Christinaz

### *Lausanne*

Direktor: W. Schreyer  
Stellvertreter des Direktors: A. Weiss  
Prokuristen: Ch. Goy, G. Mounoud, F. Verdon  
Handlungsbevollmächtigte: R. Kellenberger, J.-P. Rod,  
N. Zanini

### *Lugano*

Direktor: Dr. P. Cioccarì  
Stellvertreter des Direktors: B. Rüttsch  
Prokuristen: E. Gianinazzi, F. Poretti  
Handlungsbevollmächtigte: A. Sassi

### *Luzern*

Direktor: Dr. H. Aepli  
Stellvertreter des Direktors: J. Burri  
Prokuristen: K. Camenzind, J. Huber, W. Imboden,  
J. Immoos  
Handlungsbevollmächtigte: W. Kreyenbühl

### *Neuenburg*

Direktor: F. von Arx  
Stellvertreter des Direktors: Ch. Girod  
Prokuristen: A. Tribolet, J.-P. Veluzat  
Handlungsbevollmächtigte: M. Bosset

### *St. Gallen*

Direktor: R. Sutter  
Stellvertreter des Direktors: A. Geiger  
Prokuristen: A. Keller, H. P. Menet  
Handlungsbevollmächtigte: W. Stieger

---

## **Eigene Agenturen**

### *Biel*

(dem Sitz Bern unterstellt)

Agenturführer: J. Messmer, Vizedirektor  
Prokurist: P. Bürgi  
Handlungsbevollmächtigte: R. Januth

### *La Chaux-de-Fonds*

(der Zweiganstalt Neuenburg unterstellt)

Agenturführer: J. Jolidon  
Handlungsbevollmächtigte: P. Benguerel

### *Winterthur*

(dem Sitz Zürich unterstellt)

Agenturführer: E. Maurer, Vizedirektor  
Prokurist: E. Willi  
Handlungsbevollmächtigte: K. Rietmann